Nr. 288. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Pfarrergehälter und Pfarrpfründen.

Die preußische Regierung hält es bekanntlich für notwendig, die Gehälter der Geistlichen aufbessern zu helfen, und auch die bürgerlichen Parteien haben bereits in erster Lesung ihrer Zustimmung zu den Besoldungsaufbesserungen, die dem Staate 12½ Millionen Mark kosten sollen, Ausdruck gegeben. Nur der Redner der sozialdemokratischen Partei hat sich gegen diese erneuten Zuwendungen an die Kirche, durch die der Zuschuß aus direkten preußischen Staatsmitteln auf **mindestens 35 Millionen jährlich** gebracht würde, mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Er hat die Forderung abgelehnt, weil die sozialdemokratische Partei den Standpunkt vertritt, daß Kirche und Staat völlig getrennte Organe sein müssen, daß deshalb alle Aufwendungen für kirchliche Zwecke aus den privaten Mitteln der der kirchlichen Organisation angehörenden Mitglieder aufzubringen sind. Er zweifelte aber außerdem die Notwendigkeit eines weiteren staatlichen Jahreszuschusses von 12½ Millionen an. Selbst wenn man die Aufbesserung der Gehälter der schlechter gestellten Geistlichen für notwendig halte, so seien die dazu erforderlichen Mittel einfach dadurch aufzubringen, daß man den überreichlich besoldeten Geistlichen von ihrem Ueberflusse nehme, um davon den schlechter entlohnten Amtskollegen zuzulegen. Die Regierung möge doch gefälligst einmal dem Landtag das statistische Material über die Besoldungsverhältnisse der Geistlichen unterbreiten, aus dem sich — selbst vom Standpunkte der bürgerlichen Parteien aus — die Ueberflüssigkeit eines erhöhten Staatszuschusses ergeben werde.

Da die Regierung offenbar nicht daran denkt, dieser Aufforderung zu willfahren, wollen wir durch einige Stichproben beweisen, welcher **gröblichen Verschleuderung von Staatsmitteln** sich das preußische Abgeordnetenhaus schuldig machen würde, wenn es tatsächlich die 12½ Millionenforderung bewilligte.

Die evangelischen Geistlichen in Preußen erhalten gegenwärtig ein Mindestgehalt von 1800 bis 4800 M., außerdem freie Wohnung und Gemüsegarten oder eine Mietsentschädigung, die nicht zu knapp bemessen ist, in Berlin und anderen Großstädten beispielsweise 1500 M. beträgt. Nach zehnjähriger Dienstzeit erhöht sich bereits heute für die Geistlichen der niedrigsten Gehaltsklasse das Gehalt um zwei Zulagen von je 600 M., beträgt dann also 3000 M. bar, wozu freie Wohnung und Garten oder die obenerwähnte Mietsentschädigung tritt. Für Großstädte beträgt danach das Einkommen der am schlechtesten gestellten Geistlichen nach zehn Jahren bereits mindestens 4500 M., nach 25 Jahren mindestens 6300 M. Wir sagten mindestens, denn Berlin und manche anderen Großstädte Preußens haben einen viel höheren Besoldungstarif. Hier beginnen schon heute die Geistlichen durchweg bereits mit einem Einkommen einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses von 4000 bis 4500 M., um ein Endgehalt von 8500 und 9000 M. zu erreichen!

Wenn man bedenkt, daß die Hälfte des preußischen Volkes ein Einkommen von weniger als 900 M. besitzt, daß selbst die bestgestellten qualifizierten Arbeiter mit dem dritten Teil eines Geistlichengehaltes auskommen müssen, und wenn man weiter bedenkt, daß hunderttausend preußischen Beamten auch von der Budgetkommission kein höheres Gehalt als 1100 bis 1800 M. und ein Wohnungsgeldzuschuß von 150 bis 480 M. bewilligt worden ist, so könnte man schon angesichts dieser Zahlen sehr wohl zu der Auffassung gelangen, daß die Aufbesserung der Löhne der Staatsarbeiter und der Gehälter der Unterbeamten eine **viel dringlichere Aufgabe des Staates** wäre als die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen!

Aber auch wenn man glaubt, daß die Geistlichen zu schlecht bezahlt werden, müßte man den 12½ Millionen-Zuschuß ablehnen aus dem einfachen Grunde, weil es der Kirche selbst sehr wohl möglich wäre, die Gehaltsaufbesserung aus eigenen Mitteln zu bestreiten, wenn sie nur die Gehälter **nach oben beschneiden** wollte. Ist es doch überhaupt eine unglaubliche Zumutung an den Staat, der Kirche Zuschüsse für die Besoldungsaufbesserung ihrer Geistlichen zu bewilligen, **während eine feste Begrenzung der Höchstgehälter der Geistlichen überhaupt nicht besteht!** Die Kirche will die Steuergroschen des Volkes in Anspruch nehmen, bloß um den groben Unfug der Pfründenwirtschaft munter weiter bestehen zu lassen!

Welch üppige Gehälter vielen Geistlichen bezahlt werden, denen Zufall oder Begönnerung zu einer reich dotierten Stellung verhalf, mögen vorläufig ein paar Zahlen aus Berlin und der Provinz Brandenburg beweisen. Es bezogen Berliner Geistliche folgende Gehälter: 17 150 M., 16 860 M., 12 974 M., 11 830 M., 10 788 M., 10 500 M., 10 000 M.; sechs Geistliche zwischen 9000 und 10 000 M. usw. Insgesamt bezogen 136 Berliner Geistliche mehr als 5000 M., das **Durchschnittseinkommen** dieser Geistlichen belief sich auf 7000 M. Aber auch in der Provinz Brandenburg gibt es Gehälter von 13 170 M., 11 242 M., 10 696 M., 10 851 M.; von zahlreichen Gehältern zwischen 9000—10 000 M., 8000 bis 9000 M. und 7000—8000 M. gar nicht zu reden! Und solche Einkommen werden vielfach in kleinen Städten, ja selbst Dörfern bezahlt! Würden die Gehälter dieser zirka 300 Geistlichen sämtlich auf 6000 M. im Maximum gestellt, so könnten hier bereits ein paar hunderttausend Mark gespart werden!

Und wie es in der Provinz Brandenburg ist, so ist es in manchen anderen Provinzen, z. B. in der Provinz Schleswig-Holstein, in der Provinz Pommern, in der Provinz Sachsen usw. Im ganzen könnten Millionen gespart werden, ein Betrag, der völlig ausreichen würde, um etwa das Anfangsgehalt der Geistlichen mit dem niedrigsten baren Grundgehalt von 1800 auf 2400 Mark zu erhöhen. Die von allen bürgerlichen Parteien gebilligte Erhöhung des baren Minimal-Endgehaltes auf 6000 M. erscheint freilich um so weniger nötig, als die Lehrer nach der Regierungsvorlage — nach 31 Jahren Dienstzeit! — in allen Orten mit weniger als 25 000 Einwohnern nur 3150 M. Höchstgehalt erreichen sollen und auch in den größten Städten ein Höchstgehalt von nicht mehr als 3900 M. erreichen dürfen. Auch bei dem heutigen Höchstgehalt von 4800 M. würden sich die Geistlichen aller Orte mit weniger als 25 000 Einwohnern noch um 1650 M. an barem Gelde besser stehen als die Lehrer, deren Tätigkeit eine viel anstrengendere ist. Auch in den großen Städten wäre das Mehreinkommen der Geistlichen gegenüber den Lehrern mindestens ebenso hoch. Denn da in Berlin das nach 31 Dienstjahren erreichte Höchstgehalt für Lehrer 3900 M. betragen soll und der Wohnungsgeldzuschuß 750 M. beträgt, das Gesamteinkommen also 4650 M., so würde das Gesamteinkommen des Geistlichen bei 4800 M. Gehalt nebst 1500 M. Dienstwohnungsentschädigung 6300 M. betragen, also um 1650 M. mehr. Wie wir aber bereits an anderer Stelle ausführten, zahlen ja Berlin, Frankfurt a. M., Kiel, Altona, Breslau usw. ohne den Mietszuschuß bereits Minimal-Endgehälter von 6000, 7000, ja 7500 M.!

Angesichts dieser Tatsachen sollte man meinen, daß selbst die bürgerlichen Parteien, die ja nicht den Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche einnehmen, das ungeheuerliche Ansinnen ablehnen müßten, der Kirche einen weiteren Staatszuschuß von 12½ Millionen Mark zu leisten, um ein Normal-Höchsteinkommen der Geistlichen von 7500 M. zu schaffen, ein Einkommen, das dasjenige der Mehrzahl der Lehrer um **mehr als das Doppelte übertreffen** würde, während es obendrein noch zahlreiche Pfarrstellen selbst in den kleinsten Nestern gibt, deren Einkommen sich auf 8000, 9000, 10 000 M. und mehr beläuft!

Die üppigen Pfründenstellen sind ja freilich eine lockende Prämie für die besondere Gesinnungstüchtigkeit der Geistlichen im reaktionären und kapitalistischen Sinne! Sie sind ein Anreiz, sich durch besonderes Wohlverhalten gegenüber den herrschenden und besitzenden Klassen auch einmal die Anwartschaft auf solch eine Stelle zu erwerben. Deshalb möchte man die Einkünfte dieser fetten Stellen auch nicht beschneiden! Wie denn überhaupt der Bewilligungseifer der Vertreter der besitzenden Klassen gerade gegenüber den Geistlichen dem Wunsche entspringt, sich diese Stützen des herrschenden Klassenstaates möglichst wohlgesinnt zu erhalten! Charakteristisch dafür ist auch die unlängst erfolgte Gehaltserhöhung der mecklenburgischen Geistlichen durch die obotritischen Junker, obgleich gerade auch in Mecklenburg **Pfarrgehälter von 8000—10 000 M. keineswegs Seltenheiten sind!**

Die Mehrheit des Volkes hat sich mit einem Einkommen von weniger als 1000 M. zu begnügen! Die Mehrzahl der Staatsbeamten soll sich mit einem Gesamteinkommen von 1500—2000 M. einrichten. Aber die Herren Geistlichen sollen mit einem mittleren Einkommen von 4000 bis 5000 M. nicht auskommen können!

Und wenn die Gehälter der schlechter gestellten Geistlichen aufgebessert werden sollen, will man **nicht etwa die fetten Pfründen der Aristokratie der Geistlichen beschneiden** — nein, **der Staat** soll zu den mehr als 22 Millionen, die er schon jetzt der Kirche zahlt, abermals 12½ Millionen jährlich herausrücken!

Dafür soll dann freilich die Kirche den Klassenstaat um so eifriger gegen die „Begehrlichkeit" der Hungerleider schirmen helfen!

Das Viertelmilliardengeschenk für die Einzelstaaten.

Als das Deutsche Reich gegründet wurde, waren seine Einnahmen aus den Betriebsüberschüssen aus Post und Telegraphie und den Zöllen und Steuern keine derartigen, daß es damit hätte auskommen können. Wie der Norddeutsche Bund auf Zuschüsse der Einzelstaaten angewiesen war, so auch das neugegründete Deutsche Reich. Während der Jahre 1872 bis 1879 betrugen diese Zuschüsse, die sogenannten Matrikularbeiträge, zwischen 51 und 82 Millionen Mark jährlich.

Im Jahre 1879 begann dann Bismarck seinen systematischen Ausbau der indirekten Besteuerung. Das Zentrum setzte damals die sogenannte „Frankensteinsche Klausel" durch, wonach ein bestimmter Teil der Zölle und Steuern des Reichs den Einzelstaaten überwiesen wurde. Was das Reich dann noch brauche, solle ihm jährlich vom Reichstag bewilligt werden, und zwar unter Fortbestand der Zuschußpflicht der Bundesstaaten in Gestalt der Matrikularbeiträge.

Das System der Ueberweisungen bestimmter indirekter Reichssteuern an die Einzelstaaten gestaltete sich bald zu einem guten Geschäft für diese. Während in den Jahren 1880 bis 1882 die Matrikularbeiträge rapid sanken, von 64 Millionen auf 1⅓ Million, traten 1883—1892 an die Stelle der Zuschüsse der Bundesstaaten an das Reich infolge des Ueberweisungssystems umgekehrt bedeutende Zuschüsse des Reichs an die Bundesstaaten, **die bis zu 66, 70, 77 und 139 Millionen im Jahre betrugen!** Nach zweijähriger Unterbrechung überstiegen dann abermals während der vier Jahre 1894—1897 die Ueberweisungen die Matrikularbeiträge um 12—17 Millionen jährlich. Erst dann begannen wieder die mageren Jahre für die Einzelstaaten, die sich jetzt infolge der kolossal wachsenden Ausgaben für Heer und Marine trotz der riesenhaften Ueberweisungen von 5—600 Millionen wieder zu Zuschüssen bequemen mußten. Jetzt fand man auf einmal das System des nutzlosen Hinüber- und Herüberschreibens der Beträge überflüssig und reduzierte die Ueberweisungssteuern 1903 von 556 auf 190 Millionen. Aber die Ausgaben für die famose Weltpolitik wuchsen weiter, und die Matrikularbeiträge erreichten schließlich trotz der 150 Millionen neuer Steuern der „Finanzreform" von 1906 die enorme Höhe von 122 Millionen.

Und die Einzelstaaten, die im Jahre 1889 den Reichszuschuß von gar **139 Millionen** ruhig eingesäckelt hatten, blieben jetzt seit 1906 zirka **242 Millionen Matrikularbeiträge schuldig!** Solange ihnen das Ueberweisungssystem Vorteile brachte, öffneten sie ihre Taschen; jetzt, wo sie auch einmal anständige Zuschüsse leisten sollen, wollen sie ihren Gläubiger, das Reich, um seine Forderungen prellen!

Verrechnen wir — seit 1879 alle Ueberweisungen und **Matrikularbeiträge**, so ergibt sich, daß die Einzelstaaten bisher nicht nur keinen einzigen Pfennig Matrikularbeiträge geleistet, sondern im Gegenteil **noch 50 Millionen eingesäckelt haben!** Und jetzt wollen sie **eine weitere Viertelmilliarde** durch Uebernahme ihrer „gestundeten" Matrikularbeiträge auf das Reich **geschenkt haben!**

Und der Reichsschatzsekretär Sydow will nicht nur das **Viertelmilliardengeschenk** gewähren, sondern er will auch durch eine Fixierung der künftigen Matrikularbeiträge auf ein **kärgliches Minimum** späteren Drückebergereien der Einzelstaaten Vorschub leisten!

Die Volksvertreter des Reiches haben alle Ursache, dem dreisten Erpressungsversuch in der schärfsten Weise entgegenzutreten!

Reichspumpwirtschaft.

Die „Köln. Volksztg." stellt melancholische Betrachtungen über unsere verrottete Reichsfinanzwirtschaft an. Obgleich man als eines der wichtigsten Ziele der Reichsfinanzreform das Aufhören der Pumpwirtschaft bezeichnet habe, gehe diese Pumpwirtschaft doch auch jetzt munter weiter. Der Reichshaushaltsetat für 1909 und die Finanzgesetze würden uns voraussichtlich eine neue feste Anleihe von 625 Millionen und die Ermächtigung zur Ausgabe von kurzfristigen Schatzanweisungen in der Höhe von nicht weniger als 600 Millionen bringen! Wenn auch schon jetzt die Ermächtigung zur Ausgabe von Reichsschatzanweisungen in Höhe von 475 Millionen bestehe, komme immerhin eine Erhöhung von 125 Millionen in Betracht.

Die feste Anleihe von 625 Millionen setze sich aus folgenden Posten zusammen: aus 203 Millionen für die im Etat für 1909 zur Deckung aus Anleihen vorgesehenen Ausgaben, insbesondere Flottenausgaben, aus 27 Millionen Kolonialanleihen, zusammen rund 230 Millionen nach dem Etat für 1909. Hierzu werde eine Anleihe von 190 Millionen zur Durchführung des Branntweinmonopols und eine weitere von 242 Millionen kommen, um die ungedeckten „gestundeten" Matrikularbeiträge von 1906, 1907 und 1908 zu decken. Die Erhöhung der schwebenden Schuld, d. h. die Ausgabe weiterer 125 Millionen Schatzanweisungen werde durch das weitere Defizit im Etat notwendig werden. Und mit der Tilgung dieser „schwebenden" Schuld werde es bis zu einer wirklichen Ordnung unserer verfahrenen Finanzwirtschaft noch gute Wege haben.

Das ultramontane Blatt fährt dann fort:

„Welche lächerlich kleine Rolle spielt gegen diese Schuldenvermehrung von 662⅓ Millionen, die für Schuldentilgung pro 1909 in den Etat eingesetzte Summe von 25⅓ Millionen Mark!

Die angegebenen Beträge sind diejenigen, deren das Reich effektiv in bar zum Begleich der angegebenen Ausgaben bedarf, je nachdem aber 4 Prozent, 3½ Prozent oder 3 Prozent Anleihe ausgegeben wird, also je nachdem die Anleihe zu Pari oder unter Pari begeben werden muß, erhöht sich der Bedarf noch. Würde das Geld mit 4 Prozent Anleihe beschafft, so könnte die Anleihe heute vielleicht zum Parikurse begeben werden, bei einer 3½proz. Anleihe müßten jedoch etwa 700 Millionen, bei einer 3prozentigen sogar 770—800 Mill. Mark Nominalbetrag der neuen Anleihe ausgegeben werden, um der Reichskasse das erforderliche Bargeld zu schaffen. Wenn man bisher nur von „Schuldentilgung" und nicht von einer neuen **großen Anleihe, der größten, welche das Deutsche Reich**

jemals seit seinem Bestehen aufgenommen hat, hörte, so liegt dies daran, daß die Einzelheiten der neuen Finanzreform noch wenig bekannt sind und daß auch der Mommsensche Vorschlag bisher nur im eigenen Kreise bekannt geworden ist.

Die feste Reichsschuld würde nach Begebung dieser neuesten Anleihe auf rund 5 000 000 000 Mark steigen!"

Die „Köln. Volksztg." hat doppelte Ursache zu diesen Jeremiaden! Ist es doch das Zentrum in erster Linie gewesen — vor und nach der Blockära! — das durch seine unsinnige Bewilligung aller Forderungen für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik diese uferlose Pumpwirtschaft heraufbeschworen hat! Denn daran, daß sich seit 1892 die Ausgaben für diese weltpolitischen Zwecke verdoppelt haben, von noch nicht 800 Millionen **auf annähernd 1600 Millionen im Jahre 1909 angewachsen** sind, ist die Schuld des Zentrums! Die Heulerei über die Finanzzerrüttung und die Pumpwirtschaft nützt nichts, das Zentrum hätte der tollen Verschwendungswirtschaft entgegentreten müssen! Das wird es aber nicht einmal in der Zukunft tun! Wir werden den Zentrumsbewilligern aber jedesmal die Zentrumsklage über die Pumpwirtschaft entgegenhalten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember 1908.

Die Freisinnigen und der Fall Schücking.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft ist sich, wie die „Liberal. Korr." mitteilt, in ihrer Rücksichtnahme auf die schwächliche Konstitution des Blocks darin einig, daß eine Interpellation über den Fall Schücking zurzeit unangebracht sei und deshalb aufgeschoben werden müsse. Als Grund für diesen weisen Verzicht gibt die freisinnige Fraktionsgemeinschaft an, daß das Disziplinarverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Als die Affäre Schücking seinerzeit an die Oeffentlichkeit kam, da war auch bei den freisinnigen Abgeordneten die Entrüstung groß und flammend. Und man wollte nur den Zusammentritt der Parlamente abwarten, um Herrn v. Moltke und den Reichskanzler zu „stellen". Als es so weit war, besann man sich auf seine „Block"-Pflichten und erklärte, erst einmal den Spruch des Bezirksausschusses abwarten zu wollen. Jetzt vertröstet man sich und die liberale Wählerschaft bis zum völligen Abschluß des Verfahrens. Wenn dieser beendet ist, wird man wahrscheinlich entdecken, daß nun eine Interpellation keinen Zweck mehr habe. —

Diamanten-Schwindel.

Das „Berl. Tagebl." meldete gestern, daß in Deutsch-Südwestafrika eine neue Diamantenfundstätte entdeckt worden wäre, die ungemein reiche Erträge verspreche. Wie jetzt gemeldet wird, ist diese Nachricht wieder einmal völlig aus der Luft gegriffen gewesen. Was bis jetzt in Süd-West an Diamanten gefunden worden ist, hat nicht einmal ausgereicht, um Wilhelm II. ein Präsent zu machen, das einen höheren als Kuriositätswert besäße!

Es sind eben Dernburg-Diamanten! —

Rußland und die Brüsseler Zuckerkonvention.

Wie die „Kölnische Zeitung" berichtet, will die russische Regierung bei den in diesen Tagen stattfindenden Beratungen der ständigen Zuckerkommission in Brüssel anregen, das russische Ausfuhrkontingent für den Fall, daß der Zuckerpreis auf dem englischen Markt eine gewisse Grenze überschreitet, zu erhöhen. Bei dem Widerstande, den in Deutschland schon die Festsetzung des Kontingents in der gegenwärtigen Höhe gefunden hat, und bei dem hohen Interesse unserer Industrie und Landwirtschaft an der Erhaltung des deutschen Absatzes in England, läßt sich wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß die russischen Wünsche auf Erhöhung des Ausfuhrkontingents keine Gegenliebe finden werden. Irgend eine triftige Veranlassung, den erst vor wenigen Monaten geschlossenen Brüsseler Vertrag jetzt schon wieder abzuändern, liegt nicht vor. —

Noch ein Kaiser-Interview.

Der Kaiser hat vor einiger Zeit eine Rede in das Grammophon gehalten. Wie die „Berliner Volkszeitung" mitteilt, ist der amerikanischen Firma aufgegeben worden, daß diese Platten vor dem Tode des Kaisers nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen. Durch die Indiskretionen der letzten Zeit gewitzigt, sollen nunmehr die Platten von der amerikanischen Firma zurückverlangt worden sein, damit jede Verbreitung der Grammophonrede verhindert wird.

Reichsverbands-Reinfall.

Jüngst ging ein Zirkular mit Beitrittserklärungen zum Reichslügenverband auch an einen Dr. X in der Provinz Sachsen. Dieser legte das Zirkular bei Seite. Darauf folgte eine Mahnung mit der Bitte, doch für Unterschriften sorgen zu wollen. Nun sandte Dr. X. das Zirkular mit folgender Randbemerkung zurück. „Ich habe meine Patienten nicht zum Beitritt bewegen können." Dr. X., Tierarzt.

Die selige Johanna!

Seit langem wird mit größter Gründlichkeit in der Kongregation der Riten in Rom beraten, ob die Jungfrau von Orleans heilig, oder nur selig zu sprechen ist. Zwischen der Heilig- und der Seligsprechung ist nämlich ein bedeutsamer Unterschied. Für die letztere genügt der Nachweis von zwei Wundern, während für die erstere vier Wunder erforderlich sind. Außerdem erfolgt eine Heiligsprechung auf Grund der Unfehlbarkeit des Papstes, was bei der Seligsprechung nicht der Fall ist.

Endlich scheint man sich jedoch in Rom auf die Seligsprechung geeinigt zu haben. Wie gemeldet wird, wird der wiederhergestellte Papst am 13. d. M. einer feierlichen Sitzung der Kongregation der Riten beiwohnen, in der das päpstliche Dekret verlesen werden wird, mit welchem die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans verkündet werden soll. Die Seligsprechung selbst wird im nächsten Frühjahr im Sankt Peter stattfinden, und wie versichert wird, soll bei dieser Gelegenheit Jeanne d'Arc als Schutzpatronin Frankreichs proklamiert werden.

Die Aussichten auf Einführung von Schiffahrtsabgaben

sollen nach den „Münchener Neuesten Nachrichten" sehr ungünstig sein. Es sei zweifelhaft, ob eine solche Vorlage im Bundesrate eine Mehrheit findet. Selbst aber dies vorausgesetzt, seien dann diplomatische Verhandlungen mit den Auslandsstaaten notwendig, namentlich mit Oesterreich, die wenig oder gar keinen Erfolg versprächen. Angesichts all dieser Schwierigkeiten sei die Einbringung einer solchen Vorlage höchst zweifelhaft geworden.

Keine Arbeiterkontrolle in sächsischen Bergwerken.

Dresden, 7. Dezember.

Das veraltete sächsische Berggesetz, das seine Rückständigkeiten besonders gegen die Arbeiter richtete, ist einer Aenderung unterzogen worden. Heute hat die Zweite Kammer des sächsischen Landtages, nachdem schon das „Oberhaus" seinen Segen dazu gegeben hatte, die Novelle in einer Schlußberatung erledigt. Viel ist geändert, aber für die Arbeiter wenig gebessert worden, obwohl die Bergarbeiterorganisation alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, für die Grubensklaven etwas herauszuschlagen. In der Deputation der Zweiten Kammer hat sich besonders der Genosse Goldstein bemüht, Besserungen durchzusetzen, bis seine plötzliche und schwere Erkrankung seinem Wirken ein Ziel setzte.

Das sächsische Dreiklassenparlament nahm die unzulänglichen Beschlüsse der Gesetzgebungsdeputation als fertige Arbeit hin; niemand bemühte sich mehr, die bessernde Hand anzulegen, obwohl mehr als genug Anlaß dazu vorhanden gewesen wäre. Nur über die Grubenkontrolle durch Arbeiter entspann sich eine längere Debatte, in der gelegentlich auch der Achtstundentag mit erwähnt wurde, den man den sächsischen Bergarbeitern ebenfalls versagt; obwohl behauptet wurde, daß fast allenthalben in sächsischen Gruben „nur" acht Stunden gearbeitet würde, hat man den Achtstundentag nicht gesetzlich festgelegt. Und zwar, wie der nationalliberale Abg. Langhammer bemerkte, weil dadurch ein schlechtes Beispiel für die Industrie gegeben worden wäre. Auch nicht übel, aber echt nationalliberal.

Im ersten Schrecken über die Radbod-Katastrophe hatte sich die Gesetzgebungsdeputation nochmals mit der Grubenkontrolle beschäftigt. Eine aus nationalliberalen Mitgliedern bestehende Minderheit hatte einen Antrag eingebracht, der für die Gruben Arbeiterkontrolleure und ihre Wahl durch die Belegschaft forderte, während die konservative Mehrheit sich nur dazu aufzuschwingen vermochte, die Regierung zu ersuchen, festzustellen, ob die Bergwerksbesitzer freiwillig unter Mitwirkung der Arbeiter eine Bekämpfung der Unfallgefahr durchführen wollen.

Die Liberalen vertraten übrigens ihren Antrag nur sehr lau; ihre Reden waren auf den Ton gestimmt: „man lasse den Arbeitern den Willen, wenn's auch nichts nützt, so schadet's auch nichts, und wir haben unser Gewissen beruhigt." Darin wurden sie auch von einem Konservativen, dem Abg. Rudelt, unterstützt, der Gemeindevorstand in einem großen Bergarbeiterdorf des Plauenschen Grundes ist. Die übrigen Herren von der konservativen Mehrheit beschränkten sich darauf, ihre Abneigung gegen Grubenkontrolleure durch Zwischenrufe auszudrücken und dagegen zu stimmen.

Die Regierung hatte sich schon in der Deputation gegen Arbeiterkontrolleure gesträubt, im Plenum wehrte sich der Finanzminister Dr. Rüger mit Händen und Füßen. Besonders verhaßt war ihm die Wahl der Kontrolleure durch die Belegschaft. Mit der ganzen Geschichte würden nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt, die die Wahlen zur Agitation ausnutzen und ihre Agitatoren als Grubenkontrolleure den Grubenherren ins Nest setzen würden. Der Staat solle sie womöglich bezahlen oder gar als Beamte anerkennen. Nein, lieber verzichte er auf das ganze Gesetz, ehe er die Sozialdemokratie hineinreden lasse, die dem Staate nie etwas nützen werde, die nur Unfrieden stifte usw. Im übrigen erklärte der Minister noch, daß er nicht für ein Reichsberggesetz sei und sein Standpunkt auch von allen übrigen Bundesstaaten vertreten werde.

Aehnliche Lamentos ließ auch der Geheimrat Dr. Wahl, der Chef des Bergwesens, steigen. Die Beihilfe der Bergarbeiter bei Bekämpfung der Unfallgefahr ist ihm wohl willkommen, aber als Kontrolleure kann man sie nicht anstellen. Soweit sich die Grubenbesitzer dazu herbeilassen, alte Bergarbeiter zur Kontrolle zu benutzen, ist's ihm recht, er will eventuell auch durch eine Verordnung nachhelfen, aber dabei soll unter allen Umständen der „freie Arbeitsvertrag", das heißt, das Recht des Unternehmers die Arbeiterkontrolleure auf die Straße zu setzen, wenn sie unbequem werden, erhalten bleiben.

Umsonst wurde von der linken Seite, auf der leider noch immer Genosse Goldstein fehlt, darauf hingewiesen, daß die Bergarbeiter die Grubenkontrolle eventuell selbst bezahlen wollen, daß sie eventuell bereit sind, nur die Arbeiter mitwählen zu lassen, die zehn Jahre in der Grube sind, daß die Bergleute nur zu den von ihnen selbst gewählten Vertretern Vertrauen haben könnten — die konservative Mehrheit trat dem von arbeiterfeindlicher Verschrobenheit erfüllten Finanzminister bei, der nicht umsonst den roten Lappen geschwungen hatte, und stimmte alle Anträge auf Schaffung von Grubenkontrolleuren aus dem Arbeiterstande nieder. Mit 30 gegen 24 Stimmen fielen sie unter den Tisch. Nicht einmal das Entsetzen über die 340 Leichen in Radbod hat das sozialpolitische Gewissen der Mehrheit im sächsischen Dreiklassenparlament soweit schärfen können, daß sie den sächsischen Bergarbeitern das gewähren, was ihre Leidensgenossen in Belgien, Frankreich und anderswo längst haben. —

Wie angehende „Stellvertreter" sich amüsieren.

Vor einigen Wochen wurde ein vor mehr als zwei Jahren vom 15. Husarenregiment in Wandsbeck desertierter Rekrut B. ergriffen, der über recht merkwürdige Dinge aussagte, die sich in diesem Truppenteil in der Zeit vom Herbst 1905 bis April 1906 abgespielt haben. In einer Oktobernacht 1905 „revidierten" mehrere Gefreite die Stuben, ließen sich von den Rekruten die Stiefel zeigen, ob sie auch gut geputzt seien, kommandierten „Ruff uff die Spinde!" und hieben mit Rohrstöcken auf die Rekruten ein, so daß von den so Behandelten etwa 15 an der Zahl mehrere dicke Striemen am Körper aufwiesen. Einer der Peiniger wurde nach — drei Jahren in der Person des inzwischen zum Unteroffizier avanzierten Herrn Tiedemann ermittelt. Wie weiter auf Grund der Aussagen des Deserteurs B. ermittelt wurde, hat damals der Wachtmeister Roberg die Meldungen durch Ohrfeigen unterdrückt, wobei er bemerkte: „Gemeldet wird nicht." Gegen den zur Reserve entlassenen Wachtmeister ist ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet worden. Durch den Deserteur B. sind auch noch andere Dinge ins Rollen gekommen. So hat ein damaliger Gefreiter Kummerfeldt, der als Stubengefreiter, Stallwachthabender usw. fungierte, seine Untergebenen ganz furchtbar mit allen möglichen Gegenständen — Reit- und Klopfpeitschen, Degenknopf usw. — mißhandelt, „weil die anderen es auch taten", wie er entschuldigend sagte. Dieser „Kasernenzauber" beschäftigte am Sonnabend das Kriegsgericht der 18. Division (Altona). Die Sache gegen Kummerfeldt wurde zwecks weiterer Zeugenladung (sie liegt schwerer, als die Anklage annahm) ausgesetzt, dagegen wurde gegen den Unteroffizier Tiedemann verhandelt. Da dessen Gedächtnis total versagte, schilderten die Zeugen recht eingehend den „Kasernenzauber". Der Anklage zufolge soll gemeinschaftliche Mißhandlung in Frage kommen, aber das Charakteristikum der Gemeinschaftlichkeit vermochte nicht festgestellt zu werden, und da ein Strafantrag wegen einfacher Körperverletzung nicht vorliegt, erfolgte die Freisprechung des Stellvertreters, der damals keine Vorgesetztenqualität besaß. Es soll aber noch auf dem Disziplinarwege gegen ihn vorgegangen werden. Das Gericht rügte in scharfer Weise das „Bimsen" und „Einweihen" der Rekruten seitens der alten Leute, sowie den nächtlichen „Kasernenzauber", wie ihn der Verteidiger des Angeklagten, ein Leutnant, zu nennen beliebte.

Soldaten als Transportarbeiter.

Die Versuchsabteilung der Verkehrstruppen wird künftig Heeresautomobile auch an Private verleihen, damit diese Gelegenheit haben, sich über den Nutzen und die Wirtschaftlichkeit des Lastkraftwagenbetriebes ein eigenes Urteil zu bilden. Die Bedienung der verliehenen Lastwagen erfolgt durch Soldaten, die von den Verkehrstruppen abkommandiert werden. Der Entleiher des Kraftwagens hat die gesamten Kosten zu tragen, u. a. muß er die Kommandozulagen bezahlen, und zwar für den Unteroffizier 1,50 M. täglich, für den Wagenführer 1 M., für den Begleitmann 70 Pf. Transporte innerhalb der Städte sind ausgeschlossen. Erleiden die Soldaten bei diesem Dienste einen Unfall, so trägt die Heeresverwaltung die dadurch entstehenden Kosten. Die Verleihung soll nur auf kürzere Zeit erfolgen.

Es wäre entschieden besser, wenn die Firmen, die solche Kraftwagen benutzen wollen, sich diese von den Automobilfabriken leihen würden, denn schließlich sind die Heeresautomobile doch nicht dazu da, um in den Dienst privater Unternehmer gestellt zu werden. Noch weniger aber sollten Soldaten dazu verwendet werden, den Transportarbeitern Konkurrenz zu machen. —

Kein Recht, zu zweifeln! . . .

Die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg" antwortet auf unseren Artikel „Zerstörte Legende" zum Fall Hoffmann-Kaiserslautern nach demselben Rezept wie die „Münchener Post". Sie hat in unserem Artikel nur den Vorwurf gefunden, daß sie die Maßregelung des Fortbildungsschullehrers Hoffmann nicht energisch genug bekämpft habe; von unserem Verlangen, daß sich die bayerische Parteipresse über die dem Volksschullehrer Hoffmann angedrohte Maßregelung äußern müsse, nimmt sie keine Notiz. Sie hält vor ihren Lesern die Fiktion aufrecht, als gebe es nur den Fall des Fortbildungsschullehrers Hoffmann, und geht darin gar so weit, daß sie zum Schluß schreibt:

„Genosse Hoffmann ist bisher nur durch die Verfügung einer unteren Verwaltungsbehörde gemaßregelt worden. Die eingelegte Beschwerde beim Kultusministerium ist noch nicht erledigt. Das Gesamtministerium hat noch nicht gesprochen. Bis das geschehen, haben wir kein Recht, daran zu zweifeln, daß die bayerische Regierung ihr feierlich gegebenes Wort, daß alle Staatsbürger in unserem Staate als gleichberechtigt behandelt werden, brechen wird."

So schreibt man in Nürnberg, während die bayerische Regierung ihr feierlich gegebenes Wort, alle Staatsbürger als gleichberechtigt zu behandeln, durch die Drohung, den Volksschullehrer Hoffmann zu maßregeln, wenn er eine sozialdemokratische Kandidatur annehme, längst gebrochen hat!

Wir glauben das in unserem Artikel vom Sonnabend so deutlich ausgesprochen zu haben, daß niemand über den Sinn unseres „Scheltens" (um mit der „Fränkischen Tagespost" zu reden) im Zweifel sein konnte. Aber die bayerische Parteipresse, die sonst außerordentlich feinfühlig ist, tut, als sei sie für alle Fragen, die sich auf die dem Volksschullehrer Hoffmann von der Regierung angedrohte Maßregelung beziehen, auf beiden Ohren schwerhörig!

Wie lange soll dies unwürdige Versteckspiel noch dauern?

Wie lange soll die Parteigenossenschaft Bayerns noch im Unklaren gehalten werden in einer Sache, die sie ganz besonders nahe angeht!

Wie lange soll sie noch in dem falschen Glauben gehalten werden, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern sei von der Regierung nicht angetastet worden und man habe an dem Regierungswort, das die Gleichberechtigung verhieß, kein Recht zu zweifeln . . .?

Eine erlassene Erbschaftssteuer.

Man schreibt uns aus Karlsruhe:

Das hiesige Zentrumsblatt teilt mit, daß das Finanzministerium als Berufungsinstanz beschloß, dem katholischen Arbeiterverein Freiburg i. B. auf Grund seiner bei der Steuerdirektion eingereichten Beschwerde gegen die Heranziehung zur Erbschaftssteuer stattzugeben. Der Beschluß der Großh. Steuerdirektion vom 4. November, der die Steuerpflicht des genannten Vereins ausgesprochen hat, wird aufgehoben.

Aus der Hinterlassenschaft des Reichstagsabgeordneten Marbe in Freiburg fielen jenem Zentrums-Arbeiterverein als Erbe 5 Aktien des kathol. Vereinshauses im Nominalbetrage von 1000 M., im Steuerwert von 750 M. zu. Gegen die reichsgesetzliche Heranziehung zur Erbschaftssteuer wehrte sich der katholische Arbeiterverein mit der Begründung, daß er als ein die religiös-sittliche, soziale Hebung des Arbeiters und die Veredelung des geselligen Lebens bezweckender Verein eine gesetzliche Befreiung zu beanspruchen habe.

Das Finanzministerium erkennt im Gegensatz zur Steuerdirektion die absolute Reinheit der sittlich-religiösen Ziele an, die hauptsächlich „auf Leute vom gewöhnlichen Volk" (Vereinsmitglieder) gerichtet sind. Ein an sich nicht gemeinnütziger Vereinszweck werde es dadurch, „daß er lediglich der Förderung der gemeinnützigen Vereinszwecke dient".

Bei der bekannten Tatsache, daß die katholischen Arbeitervereine Organe des Zentrums und seine tätigsten Wahlkörperschaften sind, ist diese Entscheidung von symptomatischer Bedeutung. Andere Arbeitervereine, die ihren Zweck ebenfalls auf die sittliche und soziale Hebung jener Staatsbürger richten, welche das Hohe Ministerium „gewöhnliches Volk" zu titulieren geruhen, dürfen beanspruchen, ebenfalls von dieser Entscheidung zu profitieren. —

Protest gegen die Anzeigensteuer.

Auch die Vereinigung der Schriftgießereibesitzer Deutschlands hat sich gegen die Anzeigensteuer ausgesprochen. Die Vereinigung erblickt in dieser Steuer eine durch nichts gerechtfertigte Sonderbesteuerung, die das ohnehin schwerbedrängte Schriftgießereigewerbe in doppelter Hinsicht stark schädigen muß. Der ablehnende Beschluß wird wie folgt begründet:

Durch die Erfindung und Ausnutzung der Zeilengießs- und Setzmaschinen ist der Verbrauch von Werk- und Zeitungsschriften sehr zurückgegangen. Um sich für diesen Ausfall zu entschädigen, verlegen sich die Schriftgießereien immer mehr auf die Schaffung und künstlerische Ausgestaltung der sogenannten Auszeichnungs- und Titelschriften, ein Gebiet, auf dem in den letzten Jahren hervorragende kunstgewerbliche Leistungen zu verzeichnen sind. Die erwähnte Steuer würde nun für die Schriftgießereien, welche den Anzeigenteil der Presse mit Schriften, Messinglinien, Galvanos, Klischees usw. zu versorgen haben, unabsehbare schlimme Folgen zeitigen, da nach dem einmütigen Urteil der Presse und der Inserenten ein Rückgang des Anzeigengeschäftes nach Einführung einer Abgabe außer Zweifel steht. Infolge der wenig günstigen Lage des Schriftgießereigewerbes ist dieses genötigt, mehr als früher seine Neuschöpfungen zur Kenntnis der Abnehmer zu bringen. Hierzu genügt aber keineswegs, wie bei anderen Angeboten, ein kurzer Hinweis, die fraglichen Schriften, Linien usw. müssen vielmehr so umfangreich vorgeführt werden, daß deren praktische Verwendbarkeit ersichtlich wird. Aus allen diesen Gründen muß die Vereinigung der Schriftgießereibesitzer Deutschlands entschieden Verwahrung einlegen gegen die geplante einseitige Belastung ihrer Mitglieder.

Gegen das preußische Lehrerbesoldungsgesetz.

Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat eine Petition an das preußische Abgeordneten- und Herrenhaus gerichtet, in welcher Einspruch gegen das Lehrerbesoldungsgesetz erhoben wird. Es wird u. a. darin nachgewiesen, daß ein erheblicher Teil der Charlottenburger Volksschullehrer und sämtliche Lehrerinnen eine direkte Gehaltsverschlechterung durch das Lehrerbesoldungsgesetz erfahren. Die Petition bemerkt in dieser Beziehung:

„Die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Grundgehälter — 1850 M. für Lehrer und 1050 M. für Lehrerinnen — tragen den Charakter von Normalziffern, welche nicht überschritten werden dürfen. Falls diese Bestimmung Gesetzeskraft erlangt, würden die am hiesigen Orte zurzeit bestehenden Grundgehälter von 1450 M. für Lehrer und 1300 M. für Lehrerinnen

eine Herabsetzung um 100 und 250 M. erfahren. Eine weitere Herabsetzung würde dadurch herbeigeführt werden, daß die Alterszulagen hier schon 450 M. mehr betragen als der Gesetzentwurf vorsieht."

Der Magistrat bittet, es auch ferner zu gestatten, daß auch ferner den Lehrern und Lehrerinnen angemessene und pensionsfähige Ortszulagen gewährt werden dürfen, ohne durch eine Maximalgrenze in der Bewegungsfreiheit gehindert zu werden. —

Die Wahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Nachdem unsere Partei, wie bereits gestern mitgeteilt worden ist, bei den Stichwahlen in Stadt-Ilm durch die Haltung des Freisinns unterlegen ist, setzt sich der Landtag zusammen aus sechs Sozialdemokraten, sechs Agrariern, drei Nationalliberalen und einem Freisinnigen.

Landtagswahl in Lippe.

Bei den am Montag, den 7. Dezember, vorgenommenen Wahlen zum Landtag erzielte unsere Partei in der dritten Klasse einen beträchtlichen Stimmenzuwachs. In zwei Kreisen stehen wir in Stichwahl mit der liberalen Partei des Dr. Neumann-Hofer. Bisher hatten wir drei Mandate im Besitz. Im ganzen wurden bis abends 8 Uhr gezählt — es stehen nur noch einige kleine Ortschaften aus — 3470 sozialdemokratische Stimmen gegen 2560 im Jahre 1904.

Oesterreich-Ungarn.

Gegen die Pluralität.

Budapest, 8. Dezember. Der Kongreß der Christlich-Sozialen protestierte gegen das Pluralwahlrecht und forderte die Einlösung des Versprechens des Königs und der Koalition. Der Kongreß erklärte sich jedoch gegen einen Massenstreik.

Frankreich.

Ein reaktionärer Beschluß.

Paris, 8. Dezember. Deputiertenkammer. Bei der heutigen Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des französischen Strafgesetzbuchs hat die Kammer den § 1 des Artikels 1, der die Todesstrafe aufrechterhält, in der Fassung der Kommission mit 330 gegen 201 Stimmen angenommen.

Das Wettrüsten.

Paris, 8. Dezember. Der „Matin" erfährt, daß der Marineminister sich mit der Aufstellung eines Programms beschäftigt, welches die vollständige Neubeschaffung der französischen Kriegsflotte betrifft. Der Gesetzentwurf, welcher vom Minister ausgearbeitet wird, betrifft Neubauten, die dahin zielen, die französische Flotte auf einen Bestand von 38 Panzerschiffen für 1920 zu erhöhen.

Die Kosten würden einen jährlichen Mehrbedarf von etwa 460 Millionen Frank erfordern.

Der Fall Germinet.

Paris, 8. Dezember. In der Deputiertenkammer interpellierte Admiral Bienaimé die Regierung wegen der Maßregelung des Admirals Germinet. Der Interpellant behauptete, es handle sich um ein Mißverständnis, die Regierung sei falsch unterrichtet worden, Germinet sei wegen seiner Energie das Opfer von Intrigen geworden, die Marine verliere in ihm eine bedeutende Kraft. (Lebhafter Beifall.) Ministerpräsident Clemenceau erklärte, er habe den früheren Marineminister Thomson nicht gedrängt, seine Entlassung zu nehmen, aber er habe sie mit Befriedigung aufgenommen. Der Deputierte Michel führte aus, Admiral Germinet habe einfach eine unumstößliche Wahrheit ausgesprochen, die der Marineminister selbst von der Tribüne herab gesagt habe. Thomson erklärte, Germinet werde mit Recht gelobt, aber er habe unrecht getan, wiederholt Interviews zu gewähren, alle, besonders die Führer, müßten den Gesetzen der Disziplin Folge leisten. (Beifall links.)

Marineminister Picard verlas die Interviews des Admirals Germinet und erinnert daran, daß schon der frühere Marineminister Thomson dem Admiral mehr Zurückhaltung anempfohlen habe, trotzdem habe sich Germinet öffentlich über den Zustand der Landesverteidigung geäußert. Die Schuld Germinets sei um so größer, als er Geschwaderchef war und keine entmutigenden Erklärungen machen durfte. Allein die verantwortliche Regierung habe das Recht, die Wahrheit zu sagen. (Unruhe rechts und im Zentrum.) Der Marineminister erbat darauf das Vertrauen der Kammer. Ministerpräsident Clemenceau fügte dieser Erklärung hinzu, daß Admiral Germinet davon gewußt habe, da er von Picard direkt telegraphisch über die getroffenen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt worden sei. Clemenceau fuhr fort, die Regierung habe ihren Spruch für unerläßlich gehalten, da Admiral Germinet schon einmal ernstlich verwarnt worden sei. Die Kammer werde der Regierung beipflichten, welche auf Achtung vor der Disziplin gehalten habe, ohne die es keine Armee gäbe. (Beifall links, Lärm im Zentrum und rechts.)

Rußland.

Der Moskauer Polizeisumpf.

Die Revision, der der Senator Sarin die Moskauer Stadthauptmannschaft unterzogen hat, hat mit dem Antrag geendet, dem früheren Stadthauptmann Generalmajor Reinbott in Anklage zu versetzen. Die Anklage beschuldigt ihn des Mißbrauchs der Amtsgewalt, der Bestechlichkeit und Erpressung. Zugleich erhielt Reinbott seinen Abschied.

Fast ein ganzes Jahr hat es gedauert, ehe die Senatorenrevision das Beweismaterial gegen den Hauptschuldigen an den unglaublichen Verbrechen der Moskauer Polizei zusammentragen konnte. Das Beweismaterial war so erdrückend, die verbrecherische Tätigkeit des Stadthauptmanns und seiner Helfershelfer so kompromittierend, daß die Sache nicht wie gewöhnlich vertuscht werden konnte. Ein Zögling des Bobrikowschen Regimes in Finnland und eine der stärksten Stützen der bestehenden Ordnung ist Generalmajor Reinbott endlich dem Gericht übergeben worden.

Das Bild, das die Untersuchung ergeben hat, ist selbst nach russischen Begriffen unglaublich. Die größten Raubanfälle und „Expropriationen" während der letzten drei Jahre erweisen sich als das Werk von Banden, die von Agenten der Moskauer Geheimpolizei, mit dem Abteilungschef Moissejenko an der Spitze organisiert wurden. Als ein nicht eingeweihter Agent Wind davon bekam und Lärm schlug, wurde er von General Reinbott ohne Angabe der Gründe unverzüglich entlassen. Eine halbe Stunde von Moskau entfernt befand sich das Hauptquartier einer Bande von „Expropriateuren", die unter der Leitung eines gewissen Schestakow und mit Unterstützung der Geheimpolizei etwa 40 „Expropriationen" verübte. Die geraubten Sachen wurden im „Hauptquartier" angesammelt und hierauf an die Moskauer Großfirma K. verkauft. Mit welcher Sicherheit die Bande operierte, ist daraus ersichtlich, daß sie es wagen konnte, in der nächsten Nähe Moskaus Proben von Eisenbahnexpropriationen abzuhalten.

Ein weites Feld für die Moskauer Polizei boten ferner die Spielklubs und Bordelle. Diese wie jene gelangten unter General Reinbott zur ungeahnten Blüte, und zugleich mit ihnen wuchsen die „Einnahmen" der Polizeibeamten. Jeder hatte sein streng abgegrenztes Gebiet, das er nach Herzenslust ausbeuten konnte. Wie hoch sich die Einkünfte der Polizei beliefen, ist daraus ersichtlich, daß z. B. der Polizeimeister Korotkij in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Vermögen von mehr als hunderttausend Rubel ansammeln konnte.

Das sind nur wenige Einzelheiten des Anklagematerials, das die Senatorenrevision gegen Generalmajor Reinbott gesammelt hat. Sie geben aber einen Begriff von der Schandwirtschaft, die sich unter den berufenen Hütern der „staatlichen Ordnung" unter dem Schutz des Ausnahmezustandes und der Feldkriegsgerichte in Rußland eingebürgert hat. Während die Regierung, von der Bourgeoisie mit Jubel begrüßt, die drakonischsten Maßregeln ergriff, um „Leben und Eigentum" der Bürger zu schützen, während sie Tausende von Personen vollkommen unschuldig oder wegen geringer Vergehen dem Galgen auslieferte, operierte in der Residenz unter der Leitung eines Generals à la suite vollkommen offen eine Räuberbande, die im Verlaufe einiger Jahre Plünderungen und Erpressungen im großen Stil betreiben konnte. —

Türkei.

Die türkischen Progressisten.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Obwohl die Parlamentswahlen noch nicht vollendet sind, so kann man doch schon jetzt mit Bestimmtheit voraussagen, daß den Progressisten in der zukünftigen türkischen Volksvertretung eine überwiegend große Mehrheit gesichert ist. Die Reibereien, die im Laufe der Wahlen namentlich zwischen Jungtürken und Griechen hier und da vorkommen, werden von keiner Bedeutung für die politische Zusammensetzung des Parlaments sein, da ja beide Parteien entschieden verfassungsfreundlich sind. Auch zu nationalen Kämpfen wird es, soweit man jetzt voraussehen kann, nicht kommen, wenn die Lage sich nicht durch einen Balkankrieg kompliziert. Die Wahlkämpfe zwischen Jungtürken und Griechen sind nicht auf nationalistische, sondern vielmehr auf ökonomisch-politische Bestrebungen zurückzuführen. Die Griechen als Vertreter des Großhandels sind bestrebt, der Land- und Militäraristokratie, die hauptsächlich in der jungtürkischen Partei ihre Vertretung hat, die unbeschränkte Herrschaft im Parlament unmöglich zu machen. Dadurch erklärt sich einerseits, daß die Griechen in mehreren Wahlkreisen (auch in einem Wahlkreis in Konstantinopel selbst) Unterstützung bei den türkischen Großhändlern gefunden haben, andererseits, daß die reinen Progressisten, die Organisation „Fortschritt und Einigkeit", geneigt sind, nicht nur den Griechen, sondern auch den Armeniern und Juden, die ebenfalls als Handelsgruppen zu betrachten sind, Konzessionen zu machen. Und umgekehrt: die Tatsache, daß die eigentliche Siegerin im Wahlkampf nicht die jungtürkische, sondern eben die „Partei des Fortschritts und der Einigkeit" ist, erklärt sich dadurch, daß letztere von jeher bestrebt war, keiner bestimmten sozialen Schicht den Vorzug zu geben und in Fragen der Staatszentralisation und der Konfessionsfreiheit immer viel nachgiebiger war, als die jungtürkische Partei.

Die „Fortschritts- und Einigkeitspartei" existiert seit Mitte der neunziger Jahre und wirkte neben der jungtürkischen. Einige der bedeutenden Progressisten gehörten sogar gleichzeitig beiden Organisationen an. Zu einer völligen Verschmelzung der Organisationen selbst kam es aber trotz mancher Versuche nicht infolge der Meinungsverschiedenheiten der Führer über die erwähnten prinzipiellen und über Organisationsfragen. Auch innerhalb der Fortschrittspartei selbst traten mehrmals Streitigkeiten prinzipiellen Charakters auf. Diese Streitigkeiten und die Verfolgungen, denen die Anhänger der Partei in der Türkei ausgesetzt waren, führten sogar zur Unterbrechung der Parteitätigkeit in den Jahren 1896 und 1898. Im Jahre 1902 gelang es aber den Führern, einen Kongreß in Paris zustande zu bringen, an dem 47 Vertreter verschiedener, im türkischen Reiche wohnende Nationalitäten teilgenommen haben. Auf diesem Kongreß wurde auch das jetzige Programm der Partei ausgearbeitet und angenommen. Außer den allgemeinen konstitutionellen Forderungen (eine Verfassung, Gleichberechtigung aller Bürger, Konfessionsfreiheit, Verantwortlichkeit der Minister usw.) stellt das Programm die ausdrücklichen Forderungen der Dezentralisation und der Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf.

Seit diesem Kongreß bis zur Revolutionszeit wirkte die Partei ununterbrochen durch im Ausland herausgegebene Zeitungen und durch tüchtige Agitatoren und Organisatoren in der Türkei. Besonders zahlreiche Anhänger fand sie unter der studierenden Jugend und unter den jungen Kaufleuten in Konstantinopel. Nach der Revolution war die Fortschrittspartei so populär, daß, nach Zeitungsberichten, der Sultan selbst erklärt haben soll: „Die ganze Nation gehört ja der „Fortschritts- und Einigkeitspartei" an und ich bin ihr berufener Präsident. Wollen wir also zusammen arbeiten für die Zukunft und für die Wiederbelebung unseres Vaterlandes."

Der Sultan hat wohl vergessen, welchen Verfolgungen er diese Partei ausgesetzt hat, besonders in den Jahren 1900—1902, als Damed-Mahmud, der mit einer Schwester des Sultans verheiratet war, nach seiner Flucht nach Europa sich dieser Partei angeschlossen hatte. Die Verfolgungen hörten auch nach dem Tode Damed-Mahmuds (1903) nicht auf, aber jetzt erklärt sich der Sultan für den „berufenen Präsidenten". . . . Vieles muß sich der Sultan gefallen lassen. So mußte er schon nach dieser Erklärung teilnahmslos zusehen, wie die Fortschrittler und Jungtürken seine besten alten „Diener und Freunde" in seinem Namen verhaftet und in die Verbannung geschickt haben, wie die revolutionären Truppen seine letzte Stütze, seine alte, treue Leibgarde aus dem Schlosse mit Gewalt verjagt haben, wobei einige der Getreuen niedergeschossen wurden. Ja, er mußte „wohlwollend" zusehen, wie die revolutionären Truppen mit Musik vors Schloß zogen und ihnen den allerhöchsten Dank „für die geleisteten Dienste" aussprechen.

Der Partei des „Fortschritts und der Einigkeit" gehört also die nächste Zukunft in der Türkei. Sie wird zweifellos das entscheidende Wort im Parlament führen. Ihr werden sich auch die Jungtürken fügen müssen, wie schon viele von den linksstehenden Jungtürken auch zu den Wahlen als Vertreter des „Fortschritts" gegangen sind. Was stellt nun diese siegreiche Partei dar? Sie ist vor allem eine bürgerliche Partei. In Interessen der weiten bürgerlichen Kreise ist sie konstitutionell, diesen Interessen ist sie bereit, wie schon ihre Vergangenheit zeigt, den Nationalismus und den Monarchismus zu opfern. Sie behält vorläufig beides, aber nur um den Sieg der Bourgeoisie sicherer zu stellen. Sie ist national, liberal und monarchistisch aus denselben Gründen, aus denen es seiner Zeit die deutsche Fortschrittspartei war. Auch muß sie, wie seinerzeit die deutsche Fortschrittspartei, gegen die Landaristokratie kämpfen, die wahrscheinlich im Parlamente in den rechtsstehenden jetzigen Jungtürken ihre Vertretung finden wird. Die Lage ist aber für die türkischen Fortschrittler viel günstiger, als sie es für die deutschen Fortschrittler war: In der Türkei gibt es keine mächtige Landaristokratie wie das deutsche Junkertum. Nach der Lage der Dinge hat die türkische Fortschrittspartei alle Vorbedingungen zu einer demokratischen Entwickelung. Allerdings nur dann, wenn sie ausschließlich den Kampf nach rechts führt und sich nicht weder in politischer noch in sozialer Hinsicht zu einem Kampf nach links hinreißen läßt. Leider gibt das Verhalten der Fortschrittspresse während der russischen Revolution von 1905 und während der letzten Streikbewegung in der Türkei zu Befürchtungen solcher Art nur allzusehr Veranlassung.

Die Verhandlungen.

Konstantinopel, 8. Dezember. „Ikdam" erfährt aus authentischer Quelle, daß die Verhandlungen zwischen der Pforte und Oesterreich-Ungarn demnächst beginnen werden.

Aus der Partei.

Gemeindewahlen.

Einen glänzenden Erfolg erzielten die Genossen von Bayreuth. Nach einem beispiellos erbitterten Wahlkampfe fand am Montag die Wahl statt. Drei Listen waren eingereicht, Liberale, Mittelständler und Sozialdemokraten kämpften um die freigewordenen Mandate. Am Vorabend der Wahl öffnete die bürgerliche Presse torweit die Schleusen ihrer Verleumdungen gegen unsere Partei, selbst das tausendmal abgetane Offenbach mußte wieder als warnendes „Mene tekel gegen sozialdemokratische Mißwirtschaft" herhalten. Nicht weniger denn sechs verschiedene Flugschriften wurden noch am Sonntag unter die Wähler geworfen. Das Ergebnis war ein glänzender und kaum erhoffter Erfolg für die Sozialdemokratie. Ihre Stimmen stiegen gegen die letzte Wahl vor 3 Jahren um 230 Proz. Sie eroberten zum erstenmal aus eigener Kraft vier Sitze. Die Liberalen erhielten 5, die Mittelständler 3 Mandate.

In Schwarzburg-Rudolstadt wurden noch in einigen Orten erfreuliche Erfolge erzielt. In Gräfinau siegte die sozialdemokratische Liste mit großer Majorität. Drei Genossen wurden gewählt. Im Gemeinderat sitzen jetzt fünf Sozialdemokraten und ein bürgerlicher Vertreter. In den ländlichen Orten Seehausen, Göllingen, Esperstedt und Ildersleben drang die sozialdemokratische Liste mit großer Mehrheit durch.

In Farnroda (Sachsen-Weimar) wurde ein zweiter Sitz von uns erobert.

Bei den Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung zu Essen wurden in dem Vorort Essen-West 578 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 335 mehr als im Jahre 1906.

Im östlichen Westfalen hatte die Sozialdemokratie schöne Erfolge in der dritten Wählerklasse zu verzeichnen. In Heepen im Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück wurde ein Genosse mit 117 Stimmen gegen zwei Gegner, die 17 und 22 Stimmen erhielten, gewählt. — In Herford entfielen auf die fünf sozialdemokratischen Kandidaten 1059 bis 1080 Stimmen. Vier Bürgerliche wurden mit 1114—1121 Stimmen gewählt, für das fünfte Mandat waren zwei Mischmasch-Kandidaten aufgestellt, die jeder 570 Stimmen erhielten. Dadurch gelangte ein Genosse in aussichtsreiche Stichwahl. Gegen die letzte Wahl gewann die Sozialdemokratie 419 Stimmen, die Bürgerlichen verloren 168 Stimmen. — In Enger wurde der erste Sozialdemokrat mit 116 gegen 75 konservative und 34 christliche Stimmen gewählt. — In Blotho wurden zwei Genossen gewählt. — In Spenge (bekannt durch die „Schlacht bei Spenge" des Pastors Iskraut) wurde der sozialdemokratische Kandidat mit 75 gegen 30 christliche, 36 konservative und 6 nationalliberale Stimmen gewählt. — Im Wahlkreise Minden-Lübbecke siegte in Rehme der sozialdemokratische Kandidat mit 97 Stimmen. In Lübbecke kam einer in die Stichwahl. Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 81 und 76 Stimmen, drei Gegner 119, 77 und 42 Stimmen.

Mehrere Siege sind in Sachsen zu verzeichnen. In Frankenberg haben unsere Parteigenossen bei den Stadtverordnetenwahlen vier Mandate erobert. Der Stimmenzuwachs beträgt 90 Proz. Die ersten Sozialdemokraten ziehen in das Stadtparlament ein. — In Gablenz bei Crimmitschau sind die sozialdemokratischen Kandidaten in der Klasse der Hausbesitzer und der Unansässigen gewählt worden. — In Werthau dagegen siegten die Kandidaten des reichstreuen Vereins. Die sozialdemokratische Stimmenzahl hat sich gegen die Vorwahl verdoppelt. Sie stieg von 122 bis 150 auf 257 bis 313. — In Neustadt wurde die sozialdemokratische Liste ganz gewählt, die ersten vier Sozialdemokraten ziehen in die Gemeindevertretung ein. — In Jahnsdorf gewann die Sozialdemokratie zwei neue Mandate. — In Meerane behauptete sie ihren Besitzstand, in Simbach ebenfalls, in Gersdorf wurden vier Genossen gewählt, von denen zwei neu einziehen. — In Bolgtsberg wurden vier Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt. — In Haßlau bei Zwickau siegte die sozialdemokratische Liste in der Klasse der Hausbesitzer und Unansässigen. — In Nieder-Planitz unterlag die Partei in der Klasse der Hausbesitzer, während sie in der Klasse der Unansässigen ihre zwei Sitze behauptete.

Ein sozialdemokratisches Organ als Amtsblatt.

Der Gemeinderat von Voigtsberg bei Oelsnitz i. V. hat beschlossen, das „Sächsische Volksblatt"-Zwickau neben einem bürgerlichen Blatte als Publikationsorgan für die Gemeinde zu benutzen.

Arbeiter-Samariter-Bund.

Der Genosse Oskar Schaumburg, Elberfeld, Küferstraße 25, ersucht alle Arbeiter-Sanitäts-Kolonnen, ihm zwecks Gründung eines Arbeiter-Samariter-Bundes baldigst ihre Adressen zugehen zu lassen. Gleichzeitig ersucht er die Parteiblätter um Abdruck seiner Bitte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freispruch. Von dem Landgericht zu Chemnitz wurden die beiden Redakteure Max Müller und Ludwig Bartels sowie zwei Glasschleifer, die wegen Beleidigung eines Glashüttenbesitzers unter Anklage standen, freigesprochen. — In der ersten Instanz hatte Müller 100 M. Geldstrafe zuerteilt bekommen, die anderen drei waren freigesprochen worden. Müller hatte gegen seine Bestrafung und der Fabrikant gegen die Freisprechung Berufung eingelegt.

Der Sachverhalt ist folgender: Am 15. Dezember 1907 entstanden in dem Betriebe des Fabrikanten Differenzen, da die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit einführen wollten. Der Unternehmer erklärte sich damit einverstanden, mit der Einschränkung, daß die Arbeiter — falls es einmal notwendig sei — länger arbeiteten. Später hat er dieses Versprechen nicht gehalten und zwei Arbeiter, die sich bei den Differenzen im Interesse ihrer Kollegen betätigt hatten, gemaßregelt. Die „Volksstimme" hatte dieses Vorgehen wiedergegeben und Kritik an den Zuständen im Betriebe geübt.

Gewerkschaftliches.

Eine neue Scharfmacher-Gründung.

„Streikentschädigungsgesellschaft für die deutsche Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie" nennt sich diese neueste Organisation, die bereits der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen in Berlin" angeschlossen ist. Das Domizil der Gründung ist Braunschweig.

Aus dem langen Rundschreiben, das mehrere Spalten füllt und an alle Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten Deutschlands gerichtet ist, sind folgende Stellen bemerkenswert. Das Schreiben beginnt:

Sehr geehrter Herr!

Noch bis vor wenigen Jahren hat die deutsche Industrie einer Versicherung gegen die Schäden, die ihr bei Streiks zugefügt werden, ablehnend gegenübergestanden, doch nach den schweren Streiks der letzten Jahre ist eine vollständige Aenderung in den Anschauungen eingetreten. Das ist am deutlichsten daraus zu ersehen, daß bereits eine ganze Anzahl von industriellen Verbänden Entschädigungsgesellschaften gebildet haben. . . . . Die Notwendigkeit für die Bildung solcher Entschädigungsgesellschaften liegt in der fortwährenden Bedrohung und Beunruhigung der Industrie durch Streiks, die hauptsächlich von den Arbeiter-Gewerkschaften angeregt und geleitet werden. Diese Gewerkschaften verfügen bekanntlich über

enorme Kapitalien, die ihnen als Mittel dienen, um den Kampf mit den Industriellen aufzunehmen. . . .

Auch der deutschen Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie sind schon infolge der minierenden Arbeit zielbewußter Agitatoren in den letzten Jahren harte Kämpfe aufgedrängt, die manchen Fabrikanten schwer geschädigt haben. Hiergegen mußte unbedingt ein Gegengewicht geschaffen werden und ist nunmehr auch geschaffen durch die auf Veranlassung der „Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten" erfolgte Gründung einer Streikentschädigungsgesellschaft für die deutsche Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie", die der in Berlin domizilierten „Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen" als Rückversicherungsgesellschaft angeschlossen ist.

Die Gesellschaft bezweckt Arbeitseinstellungen in den Betrieben ihrer Mitglieder möglichst zu verhindern und die wirtschaftlichen Folgen von unvermeidlichen Arbeitseinstellungen zu mildern, indem sie einen Teil des materiellen Ausfalls, der den Mitgliedern durch diese Streiks erwächst, gegen Zahlung eines bestimmten jährlichen Beitrags entschädigen will. . . .

Für jeden durch Arbeitseinstellung ausfallenden Arbeitstag kann vom Aufsichtsrate eine Entschädigung bis zur Höhe von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns des streikenden oder ausgesperrten Arbeiterpersonals bewilligt werden; es ist dieses natürlich vorerst davon abhängig, ob genügend verfügbare Mittel vorhanden, und deshalb nicht eher möglich, als bis größere Fonds angesammelt sind. Da nun die Rückversicherungsgesellschaft 12½ Prozent des täglichen Durchschnittsverdienstes des Personals garantiert, so läuft dieses praktisch darauf hinaus, daß tatsächlich 50 Proz. der Entschädigung, also die Hälfte, auf sie entfällt. . . . Wir erlauben uns deshalb, hiermit ergebenst bei Ihnen anzufragen, ob Sie geneigt sind, die Mitgliedschaft dieser Gesellschaft, der bereits eine größere Anzahl Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten beigetreten sind, zu erwerben; bejahendenfalls bitten wir beiliegende Postkarte ausgefüllt uns zuzusenden, und werden wir Ihnen alsdann sofort unsere Satzungen zur gefälligen Kenntnisnahme übermitteln. . . .

Jemehr den Arbeitnehmehmern bekannt wird, daß die Arbeitgeber gegen die Gefahren des Streiks geschützt sind, desto schwerer werden sie sich entschließen, leichtfertige Streiks ins Werk zu setzen, und damit ist der Zweck der Versicherung, auch als Vorbeugungsmittel zu dienen, am besten erreicht.

In Hoffnung, Sie recht bald als unser Mitglied begrüßen zu können, zeichnet

Hochachtungsvoll
Streikentschädigungsgesellschaft für die deutsche Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie.
Louis Hirsch, Vorsitzender. R. Baumgarten, Geschäftsführer.

Wir halten die Schlußfolgerung des Scharfmacherschreibens für falsch. Je mehr den Arbeitern bekannt wird, daß ihre Ausbeuter sich zusammengeschlossen haben, desto mehr wird auch ihnen die Notwendigkeit der Organisation einleuchten!

Berlin und Umgegend.

Stukkateure! Als Streikbrecheragent sucht der Maurer G. Riewe, N. 58, Kopenhagener Straße 43, Seitenflügel IV, für die Firma Schmeiser, Leipzig, Arbeitswillige. Wir warnen davor, auf dieses im Arbeitsmarkt der „Morgenpost" enthaltene Inserat hineinzufallen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.

Vom Arbeiterausschuß der Firma Orenstein u. Koppel vom Werk Drewitz wird uns zu unserem Bericht in der Nr. 286 des „Vorwärts" vom Sonntag, den 6. Dezember, mitgeteilt, daß die Direktion Wert darauf legt, festzustellen, daß nicht allen im Betrieb beschäftigten Akkordarbeitern der Abzug von 6 Proz. gemacht ist, sondern nur dem Teil der Akkordarbeiter Abzüge gemacht wurden, die bisher im Schichtwechsel gearbeitet haben. In unserem Bericht ist nicht behauptet worden, daß allen im Akkord beschäftigten Arbeitern 6 Proz. Abzug gemacht sind. Es steht ausdrücklich darin, daß man gerade denjenigen Arbeitern, denen die Arbeitszeit durch Aenderung des Schichtwechsels verkürzt wurde, noch obendrein 6 Proz. Abzüge gemacht hat. Es wird dann weiter ausdrücklich gesagt, daß von dem Abzug zirka 130 Mann betroffen werden. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Direktion genau so gut wie wir weiß und wie es unsere Leser wissen, daß im Werk Drewitz mehr als 130 Arbeiter beschäftigt sind.

Deutsches Reich.

Vom Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker werden uns die nachfolgenden beiden Schriftstücke zugesandt:

Zur Richtigstellung!

Die Polemik des „Vorwärts" gegen den „Korrespondent"-Redakteur Rexhäuser läßt die Vermutung offen, daß über die Maßnahmen und Publikationen des Verbandsvorstandes in Sachen der Auseinandersetzungen des „Korrespondent" mit der Parteipresse über den Prozeß Fischer kontra „Post" Meinungsverschiedenheiten zwischen den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern und den Beisitzern beständen. Demgegenüber erklärt der Unterzeichnete, daß alle in der Angelegenheit unternommenen Schritte die volle Billigung des Gesamtvorstandes gefunden.

Ebenso stellt der Unterzeichnete fest, daß ein definitiver Termin für die Verlegung des „Korrespondent" nach Berlin noch nicht festgelegt ist und daß bei Besprechung dieses Punktes die Person des Redakteurs Rexhäuser überhaupt nicht in Frage kam, sondern lediglich technische Gründe.

Berlin, den 8. Dezember 1908.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

* * *

Erklärung.

In einer Versammlung des Berliner Korrektoren-Vereins habe ich auf Anfrage des Kollegen Fülle mitgeteilt, daß ich von dem Wortlaut der Erklärung des Verbandsvorstandes vor der Publikation keine Kenntnis gehabt, sondern mir lediglich die Mitteilung zugegangen sei, daß eine Erklärung in Sachen des „Korrespondent" veröffentlicht werde, dabei bemerkend, daß ich mit dem Inhalt der Veröffentlichung nicht einverstanden sei. Nachträglich habe ich mich davon überzeugt, daß in der Streitsache Rexhäuser kontra Parteipresse die bekannte Erklärung des Verbandsvorstandes gerade in dieser Form und zum damaligen Zeitpunkte publiziert werden mußte, sodaß ich nicht anstehe, nunmehr die fragliche Publikation zu vertreten.

Ich bedaure außerordentlich, daß eine im kollegialen Kreise meinerseits abgegebene Erklärung von einem Berufsgenossen benutzt wurde, durch die Form ihrer Veröffentlichung das ohnehin bestehende gespannte Verhältnis zwischen dem Buchdruckerverbande und der Parteipresse zu verschärfen.

Berlin, den 8. Dezember 1908.

Alwin Beuermann, Mitglied des Verbands-Vorstandes.

* * *

Was die Erklärung des Verbandsvorstandes betrifft, so kann uns diese auch heute noch nicht von der in der Sonntagnummer geäußerten Ansicht abbringen, „daß Verbandsvorstand und Gauvorsteherkonferenz das Richtige in der von Rexhäuser geschaffenen Situation trafen, wenn sie die Uebersiedelung der „Korrespondent"-Redaktion nach Möglichkeit hinausschoben."

* * *

Die Erklärung des Beisitzers Beuermann bestätigt nicht nur, was wir über das Zustandekommen der Solidaritätserklärung des Verbandsvorstandes mit Rexhäuser gesagt haben, sondern stellt darüber hinaus fest, daß Beuermann seinerzeit mit dem Inhalt jener Vorstandsveröffentlichung nicht einverstanden war. Wir möchten nicht die unschuldige Ursache dazu sein, daß nun etwa die noch fehlenden fünf Berliner Beisitzer mit ähnlichen Erklärungen kommen und wollen deswegen nur noch einmal darauf hinweisen, daß lediglich die Abwehr gegen die Rexhäusersche Behauptung, wir seien „in dieser Sache sorgenselig" gewesen, uns zu dem Hinweis auf uns bekannte, aber von uns nicht erwähnte Vorgänge im Verbandsvorstand veranlaßte, die in Berlin die Spatzen von den Dächern pfiffen.

Wir würden ebenfalls bedauern, wenn die Abwehr gegen Rexhäuser ein gespanntes Verhältnis zwischen Buchdruckerverband und Parteipresse herbeiführen sollte. Wir glauben aber nicht daran. Die Tatsache, daß sich der Verbandsvorstand direkt an uns wendet, und nicht die Abwehr Herrn Rexhäuser überläßt, ist uns ein Beweis vom Gegenteil. Und im übrigen sind wir uns auch der Zustimmung eines gewaltigen Teiles der organisierten Buchdrucker sicher. Rexhäuser ist doch nicht der Verband! In einem Anfall von Wahrheitsliebe ist ihm selbst ja dieses Zugeständnis entschlüpft!

Streik in der Metallindustrie.

Wegen Reduzierung der Akkord- und Stundenlöhne legten sämtliche Arbeiter der Firma Jacobi u. Ko. in Brandenburg die Arbeit nieder. Der bestehende Tarifvertrag war am 1. November abgelaufen, die Firma lehnte es ab, den Vertrag auf ein Jahr zu verlängern.

Zur angedrohten Aussperrung im Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthaler Industriegebiet, bei der 20 000 Metallarbeiter in Frage kommen, nahm am Sonntag eine im Saalbau zu Mannheim abgehaltene Versammlung Stellung, die so stark besucht war, daß sie gesperrt werden mußte. Der Referent, Arbeitersekretär Böttger, übte scharfe Kritik an der Kampfesweise des Metallindustriellenverbandes und gab Beispiele, wie der Arbeitsnachweis zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung benutzt werde. In der Diskussion wurde erklärt, daß es so nicht weitergehen könne; die Mannheimer Arbeiterschaft müsse sich mit den Streikenden solidarisch erklären, damit diese siegreich aus dem Kampfe hervorgingen. Auch die Idee des Generalstreiks wurde erörtert. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche gegen den Arbeitsnachweis, gegen Dr. Möbius wegen seines bekannten Zirkulars, die Frauen und Töchter der streikenden Metallarbeiter aus den Fabriken zu entlassen — und gegen die Androhung der Aussperrung in scharfen Ausdrücken Protest einlegt.

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter des Elektrizitätswerkes in Straßburg erreichten nach Verhandlungen mit der Direktion eine Lohnerhöhung von 5 Proz. ab 1. Januar 1910. Die Forderung von 10 Proz. erklärte die Direktion — gegenüber den sonstigen, in der Metallindustrie gezahlten Löhnen — für zu hoch. Die Ueberstunden sollen künftig mit 25 Proz., die Nacht- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. vergütet werden. Eine Verkürzung der Schichtzeit, die bisher 10 Stunden währte, wurde nicht erreicht. Die Direktion will ferner am 1. Januar 1909 mit einem Fonds von 300 000 M. eine Pensionskasse für Arbeiter einrichten, für die die Beiträge vom Werk selbst getragen werden. An der Ausgestaltung der Kasse und der Statuten soll der Arbeiterausschuß mitwirken. Im Betriebe können Verbandsbeiträge einkassiert und Zeitungen verteilt werden. Die Organisation wurde anerkannt. Der Direktor Löwe erklärte: „Jeder Arbeiter, der sich in den heutigen Verhältnissen nicht seiner Organisation anschließt, ist ein erbärmlicher Feigling."

Die Arbeiter nahmen in einer Versammlung die Zugeständnisse des Werkes einstimmig an. Die Abschließung eines Vertrages hängt aber noch davon ab, wie die Verhandlungen zwischen Stadt und Werk wegen Ankauf des Werkes oder Abschluß eines neuen Vertrages ausfallen werden.

Ein neuer christlicher Eisenbahnerverband.

Die christlichen Gewerkschaften zählen sich eine Anzahl von Organisationen zu, die aus Angestellten der Post und der Eisenbahn in verschiedenen Bundesstaaten bestehen. Darunter ist auch der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter (Sitz Trier), da angeblich 40 000 Mitglieder zählt. Gewerkschaftliche Bedeutung haben diese Verbände nicht, sie stehen auch außerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, da ihnen behördlicherseits nicht gestattet wird, sich Organisationen anzuschließen, die sich der Waffe des Streiks bedienen. Mit dieser Begründung hat wenigstens der Führer des Trierer Verbandes, Sattler Peter Molz, den Anschluß seines Verbandes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften abgelehnt. Wie es in dem letzten Bericht des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften heißt, ist jedoch unter den Mitgliedern eine starke Strömung zugunsten des Anschlusses vorhanden. Die Anschlußfrage, heißt es dort weiter, ist für den Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter in der Hauptsache zu einem Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen geworden. Der Vorsitzende des Verbandes befindet sich in führender Stellung des katholischen Arbeitervereins Trier, wo neben Berlin die Hauptmatadore der katholischen Fachabteilungen sitzen. Diese suchen mit allem Nachdruck den Anschluß zu hintertreiben und finden in Molz den geeigneten Strohmann zur Durchsetzung ihrer Ziele. Zum Schluß wird versichert, daß die Anschlußfrage innerhalb des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker nicht mehr zur Ruhe kommen werde, sie sei von Personen auf die Dauer nicht mehr aufzuhalten.

Es scheint nun aber doch, daß die Bemühungen der führenden Leute in den christlichen Gewerkschaften, den Trierer Verband zum Anschluß zu bewegen, gescheitert sind. Denn es wird jetzt die Bildung eines Zentralverbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter mit dem Sitz in Elberfeld gemeldet, der sich dem Gesamtverbande christlicher Gewerkschaften angeschlossen hat. Der Verband ist zustande gekommen unter hervorragender Mitwirkung des Eisenbahnschlossers Bayer, der auch Mitglied der Zentrumsfraktion im preußischen Landtage ist. Zentralvorsitzender der christlichsoziale Herr Höser in Elberfeld.

Die Macher des neuen Verbandes rechnen damit, daß zahlreiche Mitglieder und Ortsvereine des Trierer Verbandes übertreten. „Ueberhaupt, so heißt es im Stöckerschen „Reich", hat der Verband eine große Zukunft, da es in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten in Preußen 200 000 Eisenbahnhandwerkern und -Arbeiter gibt."

Nach den bisherigen Erfahrungen haben die Christlichsozialen, die hinter dem neuen Unternehmen stecken, nicht allzuviel Kredit in der deutschen Arbeiterschaft, und man ist berechtigt, hinter ihre überspannten Hoffnungen ein großes Fragezeichen zu machen.

Ausland.

Für die Arbeitslosen in Dänemark.

Im dänischen Folkething brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Martin Olsen, der Vorsitzende des Verbandes der Gewerkschaften, am Freitag einen Gesetzentwurf über außerordentliche Hilfe für die Arbeitslosen ein. Es wird darin verlangt, daß die Gemeinderäte in Stadt und Land ermächtigt werden, in diesem Budgetjahr den anerkannten Arbeitslosenkassen und Hilfskassen Zuschüsse zu gewähren, die über das gesetzlich festgelegte Maximum hinausgehen. Der Zuschuß soll auch den anerkannten Arbeitslosenkassen gewährt werden, die noch nicht, wie es sonst Vorschrift ist, 12 Monate bestehen. Die Hälfte des außerordentlichen Zuschusses soll den Gemeinden bis zur Summe von 50 Oere pro Einwohner aus der Staatskasse ersetzt werden. Selbstverständlich soll jegliche Einbuße an den Bürgerrechten der unterstützten Notleidenden ausgeschlossen sein, wie dies ja auch in den dauernd geltenden Gesetzen über die ordentlichen Staats- und Gemeindezuschüsse zu den Arbeitslosen- und den Hilfskassen festgelegt ist.

Bekanntlich hatten unsere Genossen in der vorigen Session denselben Vorschlag zu einem Notgesetz eingebracht, der dann, allerdings in verschlechterter Form, angenommen wurde. Bei Begründung der neuen Vorlage erklärte Folkethingsmann M. Olsen, daß, solange die bestehende, ganz wahnsinnige Produktionsordnung beibehalten werde, die Sozialdemokraten noch recht oft mit derartigen Anträgen kommen würden.

Uebrigens hat die Arbeitslosigkeit sich im Laufe dieses Jahres noch verschlimmert. Die Mitte November veranstalteten statistischen Erhebungen des Verbandes der dänischen Gewerkschaften haben ergeben, daß in 62 Städten von 91 273 Mitgliedern der Gewerkschaften 12 874 arbeitslos sind. Zwei Drittel der Arbeitslosen wohnen in Kopenhagen. Von den Kopenhagener Arbeitslosen sind 4700 schon über drei Monate ohne Arbeit. Aus eigenen Mitteln haben die dänischen Gewerkschaften in diesem Jahre schon 745 257 Kronen für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Am allerschlimmsten ist es im Baugewerbe Kopenhagens mit der Arbeitslosigkeit bestellt; hier waren von den Mitgliedern der Bauberufsorganisationen am 15. November schon 43 Proz. arbeitslos.

Die Staatsanerkennung und damit die Berechtigung zu den regelmäßigen Staats- und Gemeindezuschüssen hatten bis Oktober 1908 bereits 40 Arbeitslosenkassen mit 76 664 Mitgliedern erreicht. Diese Kassen erhalten demnach auf Grund des Staatszuschusses ein Drittel, und soweit die Gemeinden noch ihr Sechstel zuschießen, die Hälfte der Ausgaben aus öffentlichen Mitteln ersetzt und können dementsprechend mehr für Unterstützung ihrer Arbeitslosen aufwenden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lage Amerikas.

Washington, 8. Dezember. Präsident Roosevelt hat dem Kongreß eine Botschaft zugehen lassen, in der es heißt: Die Finanzlage des Landes ist **zurzeit ausgezeichnet**, und die Finanzpolitik der Regierung hat in den letzten sieben Jahren die **befriedigendsten Ergebnisse** gezeitigt. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1901 bis 30. September 1908 haben die ordentlichen Einnahmen einen Ueberschuß ergeben über die ordentlichen Ausgaben in den vier Jahren 1902, 1903, 1906 und 1907; ein Defizit weisen sie auf in den Jahren 1904, 1905, 1908 und in einem Teil des Finanzjahres 1909. Im ganzen hat sich in diesen sieben Jahren und drei Monaten ein Ueberschuß von fast 100 Millionen Dollars ergeben, ferner eine Verringerung der verzinslichen Schuld um 90 Millionen — und zwar trotz der außerordentlichen Ausgaben für den Panamakanal — und endlich eine Ersparnis von fast 9 Millionen an den jährlichen Zinsen. Ferner sind während dieses Zeitraumes **keine neuen Steuern** eingeführt worden, keine der bestehenden Steuern ist erhöht, im Gegenteil, **einige Steuern sind abgeschafft worden.** Was die an dem zwischenstaatlichen Geschäftsverkehr beteiligten großen Gesellschaften, besonders die Eisenbahnen, anlangt, kann ich nur wiederholen, was ich immer und immer wieder in meinen Botschaften an den Kongreß gesagt habe. Ich glaube, daß es schlimmer als töricht ist, den Versuch zu machen, alle Kombinationen zu verhindern, wie es durch das Shermansche Antitrust-Gesetz geschieht, weil ein solches Gesetz nur unvollständig und ungleichmäßig zur Anwendung gelangen und weil die Anwendung eines solchen Gesetzes fast ebenso viel Härte wie Gutes schaffen kann. An Stelle eines unklugen Bestrebens, alle Kombinationen zu verhindern, sollte nach meiner Ansicht ein Gesetz geschaffen werden, das ausdrücklich alle Kombinationen gestattet, die im öffentlichen Interesse liegen, das aber zu gleicher Zeit irgendeiner Stelle der Regierung volle Macht gibt, die Kombinationen zu kontrollieren und zu beaufsichtigen.

Bezüglich der **Lohnarbeiter** bin ich der Ansicht, daß alle, mögen sie körperliche Arbeit oder Kopfarbeit verrichten, mögen sie für den Markt produzieren oder für die produzierten Artikel einen Markt suchen, **einen weit größeren Anteil als jetzt an den Reichtümern haben sollten**, die sie schaffen, und in den Stand gesetzt werden sollten, ihren Anteil in den Geräten und Werkzeugen anzulegen, mit denen alle Arbeit ausgeführt wird. Ferner muß **Kinderarbeit verboten, Frauenarbeit vermindert und die Arbeitszeit aller Handwerker herabgesetzt werden.** Verwässerung des Aktienkapitals sollte verhindert und vom Börsenspiel in Aktien soviel als möglich abgeschreckt werden; auf große Vermögen sollte eine **progressive Erbschaftssteuer gelegt werden; gewerblicher Unterricht** sollte gefördert werden. So weit möglich, sollte die **Steuerlast des kleinen Mannes erleichtert werden.** Wirtschaftlichkeit, schwere Arbeit, geschäftliche Energie sollten mit Preisen belohnt werden. Wenn das alles nur ein flüchtiger Umriß der Reformen ist, für die wir arbeiten sollten, so gibt es doch eine Materie, mit der der Kongreß sich in dieser Session beschäftigen sollte: die **Fürsorge für Lohnarbeiter** nämlich, die unter unserem jetzigen Industriesystem **ums Leben kommen, verkrüppelt** oder infolge der regelmäßigen Vorkommnisse bei einer bestimmten Tätigkeit **arbeitsunfähig** werden. Der Mehrheit der Lohnarbeiter müssen ihre Rechte durch die einzelnen Staaten gewährleistet werden, die Nationalregierung aber sollte in gründlichster und weitreichender Weise **gesetzgeberische Maßregeln** treffen nicht nur für alle **Angestellten der Nationalregierung**, sondern auch für alle Personen, die im zwischenstaatlichen Handel beschäftigt sind. Ich erneuere meinen in einer früheren Botschaft gemachten Vorschlag, allen von der Regierung beschäftigten Lohnarbeitern während des Sommers **einen Urlaub zu gewähren**, ebenso wiederhole ich meinen Vorschlag, daß das **Prinzip des Achtstundentages** so schnell und so weit als tunlich auf alle Arbeiten ausgedehnt wird, die von der Regierung ausgeführt werden. — Die Botschaft bespricht weiter die Rechtspflege und die Richterfrage in den Vereinigten Staaten und berührt dann die Frage der Erhaltung der Wälder, die das erste und wichtigste Element für die Bewahrung der natürlichen Hilfsquellen des Landes seien.

Die **auswärtige Politik** der Vereinigten Staaten basiert auf der Theorie, daß das Recht genau ebenso in den Beziehungen zwischen den Völkern herrschen muß, wie zwischen einzelnen Personen, und in unseren Handlungen haben wir in den letzten zehn Jahren **unsere Redlichkeit durch unsere Taten bewiesen.** Wir haben uns gegenüber den anderen Nationen so verhalten und verhalten uns ihnen gegenüber so, wie im privaten Leben ein ehrenhafter Mensch sich seinen Mitmenschen gegenüber verhalten würde.

Die Botschaft bespricht dann noch in ausführlicher Weise die Stellung Amerikas zu den Kolonien und die Ausgestaltung von Heer und Marine.

Der Fall Germinet vor der Kammer.

Paris, 8. Dezember. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer nahm mit **355 gegen 142 Stimmen** die vom Ministerpräsidenten genehmigte Tagesordnung des Deputierten Grosdidier an, in der der Regierung **das Vertrauen ausgesprochen wird**, in der Ueberzeugung, daß sie die Tatkraft besitze, die Marinereformen zu gutem Ende zu führen.

Die Gefahren des Bergbaus.

Essen a. d. Ruhr, 8. Dezember. (W. H.) Auf Zeche Karl Friedrich bei Blankenstein wurden durch eine zu früh erfolgte Explosion eines Sprengschusses **zwei Arbeiter tödlich verletzt.**

Gegen den Schund.

Stuttgart, 8. Dezember. (W. H.) Das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens hat die Polizeibehörden angewiesen, gegen die **Verbreitung der sogenannten Detektivgeschichten** unter den Schülern im Rahmen des bestehenden Rechts mit den **strengsten Maßregeln vorzugehen** sowie die **kinematographischen Vorführungen**, deren Einfluß auf die Schuljugend nicht weniger bedenklich sei, einer **scharfen Ueberwachung zu unterziehen** und die Vorführung und Darstellung von Szenen **demoralisierenden Inhalts** zu verhindern.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Eine sozialistische Krise in England.

Es wird uns geschrieben:

Die Ausführungen, die Ihr Londoner Korrespondent unter dem obigen Titel in Nr. 274 des „Vorwärts" über die Meinungsverschiedenheiten unter den englischen Genossen veröffentlicht hat, veranlassen mich, als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.), früher Social Democratic Federation (S. D. F.) genannt, zu einer Erwiderung. Es scheint mir, daß der Korrespondent die Bedeutung des jetzigen Protestes nicht richtig erfaßt und gewürdigt hat.

Zunächst möchte ich hervorheben, worin die Hauptbedeutung der jetzigen Opposition gegen die Haltung der parlamentarischen Labour Party (Arbeiter-Partei) liegt, nämlich in nichts Geringerem als der Tatsache, daß sie der Enttäuschung der Mitglieder der Partei selbst über die Haltung ihrer eigenen Abgeordneten entspringt.

Ginge die Opposition in der Hauptsache von der S. D. P. aus, so hätte sie nur einen Bruchteil ihrer jetzigen Wichtigkeit. Es ist ja bekannt, daß die S. D. P. in ständiger Gegnerschaft zur Politik der Arbeiter-Partei steht. Daß meine Behauptung zutrifft, geht nicht nur aus dem hervor, was der Korrespondent des „Vorwärts" schreibt. Es wird auch bestätigt in einem Artikel der „Soz. Monatsh." (26. Heft 1908 S. 1449), der Mac Donald zum Verfasser hat, der vielleicht mehr wie jeder andere Führer die Politik der Arbeiter-Partei beeinflußt hat. In diesem Artikel heißt es, daß die S. D. P. „in gewissen kleinen Zirkeln der Unabhängigen Arbeiterpartei" Unterstützung gefunden hat. Unter diesen „kleinen Zirkeln" ist wohlgemerkt die Ortsgruppe der genannten Partei in der großen Fabrik- und Industriestadt Newcastle-on-Tyne zu verstehen, einem der wichtigsten Mittelpunkte der englischen Industrie. Aber wenn Mac Donald soviel zugibt, wenn er bestätigen muß, „die Politik der S. D. P. scheint im Augenblick erfolgreich zu sein", dann ist es klar, daß die Erbitterung gegen die parlamentarische Politik in den eigenen Reihen, daß die Enttäuschung ihrer eigenen Gefolgschaft nicht mehr zu leugnen ist. Wer die englische sozialistische Presse, „Labour Leader", „Clarion", „The New Age" und das schottische sozialistische Organ „Forward" liest, die alle mehr oder weniger der Unabhängigen Arbeiterpartei nahestehen, der „Labour Leader" ist das Zentralorgan, der muß den Eindruck gewinnen, daß die Unzufriedenheit in sehr weiten Kreisen der Partei verbreitet ist. Die Ueberzeugung davon drängt sich ihm auf, trotz, ja, sogar infolge der Versuche des „Labour Leader", die Situation schön zu färben, die Risse zu verkleistern, die Bedeutung der Opposition herabzusetzen usw.

The lady doth protest too much methinks. (Hamlet.)
(Mich dünkt, die Dame widerspricht zu viel.)

Gerade die Nervosität, mit der das Zentralorgan des englischen revisionistischen Sozialismus die Sache behandelt, läßt klar hervortreten, daß es sich nicht bloß um ein Händchen Unzufriedener handeln kann, daß die Unzufriedenheit mit der Haltung der Parteiparlamentarier vielmehr einen sehr bedrohlichen Charakter angenommen hat.

Doch weiter. Bei den Meinungsverschiedenheiten handelt es sich zweitens keineswegs nur um die Frage, ob wir das Tempo der sozialistischen Bewegung beschleunigen können oder nicht. Die Frage ist eine viel bedeutsamere. Sind die Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament in Wirklichkeit das, was sie sein sollen: unabhängige Vorkämpfer der Arbeiterklasse, oder sind sie nur ein Schwanz der Liberalen Partei? Mit anderen Worten: hat sich die parlamentarische Politik der Arbeiter-Partei bisher in der Richtung von unzweideutiger, ausgesprochener proletarischer Klassenpolitik bewegt oder ist sie in dieser Beziehung auf dem alten Fleck geblieben, ja womöglich vom Ziel weiter abgekommen und haben in der Folge ihre Vertreter im Parlament nicht von dem früheren Einflusse als Oppositionspartei eingebüßt? Das ist die Frage.

Zwei Umstände sind es besonders, welche in den Reihen der Arbeiterpartei selbst die Enttäuschung über die Politik ihrer Parlamentarier ausgelöst haben. Der erste davon ist die wiederholte Weigerung des Vorstandes der Arbeiterpartei, bei einer ganzen Anzahl von Ersatzwahlen zum Parlament selbständige Kandidaturen zu unterstützen, welche von den Ortsgruppen dringend gewünscht wurden. Diese Weigerung erweckt den Verdacht, daß zwischen der Arbeiter-Partei und der Liberalen Partei ein Vertrag oder Pakt bestehe, wonach in Wahlkreisen, wo zwei Abgeordnete zu wählen sind, die beiden Mandate zwischen den genannten Parteien geteilt werden sollten. Daß tatsächlich ein geschriebener Vertrag existiert, mag billig bezweifelt werden; ein solcher wäre überflüssig und sehr gefährlich. Daß jedoch eine ungeschriebene Verständigung zwischen den zwei Parteien erreicht worden ist, das steht meiner Meinung nach ziemlich fest. Dank einer derartigen Verständigung mit den Liberalen soll ungefähr die Hälfte der Abgeordneten der Arbeiter-Partei gewählt worden sein. Wenn das der Fall ist — und ich kann die Tatsachen nicht anders erklären —, wo bleibt dann die Unabhängigkeit der parlamentarischen Arbeiterpartei? Existiert im Gegenteil keine solche Verständigung, so ist die Nervosität schlechterdings unbegreiflich, mit der die Mac Donald und die anderen Führer der Arbeiter-Partei die Frage der betreffenden Ersatzwahlen behandelt haben.

Der Verdacht und die Mißbilligung der Parteigenossen wurde verstärkt durch das vollständige Versagen der Arbeiterpartei als Oppositionspartei gegenüber der liberalen Regierung.

Von ihrem Verhalten in Sachen des Koalitionsrechtes abgesehen, wo sie dem Drang der Arbeiterpartei nachgab, hat diese Regierung alle ihre liberalen Prinzipien vollständig preisgegeben, wenn nicht mit dem Mund, so doch in der Praxis. Aber von dieser einzigen Ausnahme abgesehen, hat die Arbeiter-Partei nie eine entschiedene Kampfesstellung zur Regierung eingenommen, um sie zu zwingen, ihre eigenen Versprechungen zu halten. Nicht einmal die Frage der Arbeitslosigkeit hat sie bestimmt, als unbeugsame, konsequente Oppositionspartei aufzutreten. Ob Genosse Grayson mit seinem bekannten Vorstoß taktisch richtig gehandelt hat oder nicht, ob er die Frage zur rechten Zeit und in der rechten Form aufgerollt hat, darüber brauchen wir nicht zu rechten. Tatsache ist, daß wahrscheinlich die Mehrheit der Sozialisten aller Schattierungen, einschließlich der Fabier, der Meinung ist, daß er in der Sache recht gehabt hat. Während die Arbeitslosigkeit in geradezu erschreckendem Maße um sich gegriffen hatte, vertrödelte das englische Parlament seine ganze Zeit mit Verhandlungen über ein Schankgesetz, das angeblich im Interesse des Kampfes gegen den Alkoholismus liegen sollte, von welchem sich aber höchstwahrscheinlich niemand viel versprach. Monate wurden mit der Beratung dieser Vorlage vergeudet, und der ehemalige Arbeiter und Genosse John Burns, der jetzige Minister mit einem Jahresgehalt von 40 000 M., wußte den Arbeitslosen nichts Besseres zu sagen, als sie sollten nicht trinken und ähnliche Mätzchen. Kein Wunder, daß unserem temperamentvollen Genossen — der allerdings in ziemlich hohem Grade ein Gefühlsmensch ist — der Gaul seines Zornes durchging und über die Geschäftsordnung des Hauses kühn hinweggaloppierte. Kein Sozialist hat Grayson das übelgenommen. Es ist sicher, daß sein Vorgehen nicht nur das Parlament, sondern auch die Regierung gezwungen hat, der Frage der Arbeitslosigkeit ernster näher zu treten. John Burns sogar mußte einige unbeliebte Maßnahmen rückgängig machen. Grayson hatte erreicht, daß die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeitslosen gelenkt wurde. Und wenn Genosse Mac Donald uns versichert, daß Graysons Protest ohne Wirkung war, daß die parlamentarische Arbeiterpartei die Sache bereits in die Wege geleitet hatte, und daß weder sie noch das Parlament durch des Genossen geschäftsordnungswidrigen Vorstoß beeinflußt worden sind, so macht er dadurch seine eigene Fraktion lächerlich. Welches ist dann der Erfolg dieser ihrer Politik? Die Arbeiter-Partei hat höchstens erreicht, daß die allgemeine Enttäuschung, der Zorn der Massen gegen die liberale Regierung und die Liberale Partei auch auf sie selbst ausgedehnt wird. Wenn die liberale Regierung keine ernsten Reformen im Hinblick auf das Oberhaus wagt, so ist das der Ausdruck ihrer eigenen Feigheit. Um ihre Maßnahmen dem House of Lords annehmbar zu machen, verwässert sie diese derart, daß kein Mensch mehr ein Interesse daran hat, ob sie Gesetz werden oder nicht. Im letzten Grunde ist ihre Furcht vor dem Oberhause nur ein Deckmantel für liberale Heuchelei. Angesichts der Situation hätte die Arbeiterpartei im Parlament einen kraftvollen Protest erheben müssen. Statt dessen wollten einige Mitglieder der Arbeiter-Partei die Regierung wegen ihres Schankgesetzes unterstützen, obwohl sie nichts Positives zu antworten vermocht hätten, wenn man sie nach dem Nutzen dieser Vorlage gefragt haben würde. Was die Haltung der Regierung in Sachen des Koalitionsrechtes betrifft, so war die Tugend nicht außerordentlich groß. Als die Frage entschieden wurde, war das Ministerium noch jung, und das Parlament stand wie das ganze Land unter dem frischen Eindruck des Sieges, den die Arbeiter-Partei bei den allgemeinen Wahlen errungen hatte. Der Arbeiterpartei war es damals nicht schwer, als Oppositionspartei aufzutreten, und das ist mit Erfolg geschehen. Seither aber hat ihre Opposition an Kraft verloren. Ihre Politik ist von derjenigen der Ministeriellen kaum zu unterscheiden. Die Interessen der englischen Arbeiterklasse fordern aber eine Arbeiterpartei, die wirklich im Gegensatz zu den Bourgeoisparteien steht und nicht von liberaler Gnade abhängig ist.

Was die Gründung einer sozialistischen Partei an Stelle der Arbeiterpartei betrifft, so ist diese jüngst in dem Organ der Fabier, „The New Age", angeregt worden. „Justice", das Organ der S. D. P., hat sich sofort gegen die Gründung erklärt. Das hätte, so will mich bedünken, doch dem Korrespondenten des „Vorwärts" bekannt sein müssen, als er seinen schweren Vorwurf gegen die sozialdemokratische Partei erhob. Zu dem Kapitel der Vorwürfe möchte ich nebenbei ein Wörtchen sagen. Grayson ist oft seine angeblich mangelnde Solidarität den Mitgliedern der Arbeiterfraktion im Parlament gegenüber vorgeworfen worden. Dieselben parlamentarischen Vertreter der Arbeiter-Partei haben aber dafür gestimmt, daß Genossen Grayson das Wort abgeschnitten werden sollte, als er die Schmach der Verbrüderung zwischen der englischen Regierung und dem zarischen Henkersregiment brandmarken wollte. Der „Einpeitscher" oder Vertrauensmann der Fraktion hat zwar geleugnet, daß er bei dieser Gelegenheit nach einer Verabredung mit den führenden bürgerlichen Politikern gehandelt hat. Die Zeugnisse jedoch, die er für seine Behauptung beigebracht hat, sind so vorsichtig gefaßt, daß sie fast das Gegenteil von dem beweisen, was sie bekräftigen sollen.

Es steht den Herren überhaupt sehr schlecht an, wenn sie sich — was oft geschieht — über den Mangel an Disziplin in den eigenen Reihen beklagen. Drei Jahreskongresse der Arbeiter-Partei haben sich nacheinander mit stets steigender, überwältigender Mehrheit gegen das beschränkte Damenwahlrecht und für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts erklärt. Dieser dreifache und stark unterstrichene Beschluß, der sich auch mit der Stellungnahme des Trade-Unions-Kongresses deckt, hat die einflußreichsten Mitglieder der Fraktion nicht zu binden vermocht. Sie haben für das beschränkte Damenwahlrecht gestimmt, obgleich sie über seine plutokratische, arbeiterfeindliche Natur nicht im unklaren sein können. Wie in anderen Ländern, so soll auch in England die Parteidisziplin nur für die gemeinen Soldaten in Reih und Glied gelten, nicht aber für die Parlamentarier.

Zum Schluß eine Frage! Welchen Wert hat eine Einheit der Arbeiterbewegung, die nur um den Preis erkauft werden kann, daß sie sich ängstlich davor hütet, sozialistische Arbeiterbewegung zu sein? Was zur Entscheidung steht, ist nicht, ob die englische Arbeiterbewegung einig sein soll, sondern ob sie endlich damit ernst machen will, sozialistisch zu werden. Die Praxis hat bewiesen, daß die Unabhängigkeit der Arbeiter-Partei ohne sozialistische Ziele nur ein Schein ist.

J. B. Askew.

Aus Industrie und Handel.

Großkapitalismus in der Düngerindustrie.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit stickstoffhaltigem Dünger ist zurzeit in einer entscheidenden Umwälzung begriffen. Sie erhält ihre weittragende Bedeutung besonders dadurch, daß mit dem neuen Verfahren der Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft verschiedene andere, schon lange bestehende Produktionsverfahren in ihrer Existenz bedroht werden. Die Salpeterproduktion Chiles ist heute auf 1 600 000 Tonnen pro Jahr gestiegen, der Geldwert derselben beträgt etwa 360 Millionen Mark. Inwieweit Deutschland an diesem Produkt und seinen Preisen interessiert ist, lehrt ein Blick auf die Handelsstatistik. 1906 hatte Deutschland einen Einfuhrüberschuß (Einfuhr weniger Ausfuhr) an Salpeter von 569 300 Tonnen im Werte von 117 Millionen Mark. Diese Zahlen werden wohl im Laufe des nächsten Jahrzehntes eine große Aenderung erfahren, da in Deutschland das Verfahren, welches die atmosphärische Luft zum Zwecke der Düngergewinnung ausbeutet und dazu als treibende Kraft die „weiße Kohle" benutzt, sich immer mehr entwickelt. Daß bei dieser Entwickelung der Dinge die Elektrokonzerne eine wichtige Rolle

Kleines Feuilleton.

Hundekultus. Max Hesdörffer schreibt in der Jagdzeitung „Wild und Hund": „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes", so steht es irgendwo im Alten Testament geschrieben, und man wird es ganz in der Ordnung finden, wenn alle diejenigen, die sich als Gehilfen bei der Arbeit, als Wächter für Haus und Hof, oder auch nur aus besonderer Liebhaberei einen Hund halten, diesen in sachgemäßer Weise füttern und verpflegen. So geschieht es auch allgemein. Eine unrühmliche Ausnahme machen aber gewisse, in neuerer Zeit leider in starker Zunahme begriffene hysterische Weiber, die sich in überwiegender Zahl der sogenannten gebildeten Gesellschaftsklasse zurechnen. In Berlin W. beobachte ich jetzt täglich, wie derartige Vertreterinnen des sogenannten schönen Geschlechtes ihre eigentümlich kostümierten Zwerg- und Affenpinscher zum Gaudium vernünftiger Menschen spazieren führen. Jeder dieser Knirpse ist mit einem hochmodernen Mäntelchen behängt, das nach vorn in einen gewaltigen Stehkragen ausläuft und auf der rechten Brustseite eine Seitentasche zeigt, aus welcher das bei Dandys beliebte rosarote Taschentüchelchen hervorschaut. Zur Vervollständigung dieser Hundetoilette fehlen nur noch seidene Höschen, Spitzenfrack und die moderne Indianertasche mit Fransen. Wer weiß, vielleicht kommen wir auch noch so weit, denn einen mit wollenen Hosen bekleideten Fixköter, dessen hintere Körperverlängerung in einem gestrickten Futteral steckt, kann man heute schon in Berlin W. umherlaufen sehen.

Alles was bisher an übertriebenem, die schärfste Kritik herausfordernden Hundekultus geleistet wurde, übertraf aber die Hektorausstellung in der Abteilung für Schoßhunde. Die kleinen Drahtbogen, diese Hundeknirpse, gehörten hier zu den Ausnahmen. An ihre Stelle waren kostbare Glaspaläste und imitierte Miniaturvillen getreten, im Innern in luxuriösester Weise mit persischen Teppichen, Vorhängen und Möbeln ausgestattet. „Fifi" und „Gipsy" lagen, ihren momentanen Launen entsprechend, entweder lang ausgestreckt auf der Chaiselongue, oder bis an die Nase zugedeckt in weichen Federbetten, deren Kissen und Decken Seidenbezüge mit reichem Besatz aus Brüsseler Spitzen aufwiesen. Neben jedem dieser prunkvollen Hundepaläste saß von früh bis spät auf hartem Rohrstuhl die „Gnädige" zur Bewachung und Betreuung ihres Lieblings, so daß die Rollen vollständig vertauscht schienen. Der Hund wird zum Herrn und der Herr zum Hund. Wer Zeit hat, kann hier beobachten, wie die kleinen Köter mit Makronen und Schlagsahne gefüttert werden, wie die Hundemutter nach beendigter Fütterung ein blütenweißes Taschentuch hervorzieht, ins Wasser taucht, um dem Knirpschen die Zähne zu putzen, wie sie es abstaubt, kämmt, ihm Löckchen dreht, um ihm schließlich nach der Verrichtung eines natürlichen Bedürfnisses auch noch mit einem Pariser Schwämmchen das — Pöpöchen abzuwaschen. Aber nicht nur das kann man beobachten, man kann auch sehen, wie gebildete und gesittete Leute derartigem Treiben entrüstet den Rücken kehren, um sich einer anderen Abteilung der Ausstellung zuzuwenden. Man sollte es nicht für möglich halten, daß zu einer so ernsten Zeit, wie der gegenwärtigen, zu welcher allein in Großberlin über 40 000 Arbeitslose gezählt wurden, die mit ihren Familien darben müssen, ein derartig abscheulicher Hundekultus der Oeffentlichkeit widerspruchslos vorgeführt werden darf. Es muß Sache der Schoßhundvereine sein, hier erzieherisch zu wirken, damit nicht fernerhin durch ähnliche Schaustellungen der berechtigte Hundesport geschädigt wird.

Spielzeugluxus. Aus London wird berichtet: Die großen englischen Spielwarenbasare haben ihre Vorbereitungen für die Weihnachtstage abgeschlossen, und in den weiten Räumen türmen sich die kostbaren Spielzeuge, mit denen die reichen Eltern ihre Kleinen beschenken wollen. In der Spielwarenindustrie hat die verflossene Geldkrise jedenfalls keine Spuren zurückgelassen, denn die Kostbarkeit der Gegenstände ist gegen die früheren Jahre eher gewachsen als gefallen. In diesem Jahre sind es vor allem die Nachbildungen von Tieren, die am meisten begehrt werden, aber die Dimensionen sind gegen früher ins Doppelte und Dreifache gestiegen und mancher fragt sich zweifelnd, wie die Kinder diese riesigen Spielzeuge handhaben sollen. Denn hier gewahrt man ein fast lebensgroßes Renntier, auf dem St. Nikolaus mit der Rute thront, dort sieht man Vergrößerungen der in den letzten Jahren so beliebten „Teddy-Bären", daneben Wölfe, Hunde, Ziegen, Lämmer und Ponys, durchweg Kunstwerke des Kürschners und mit einer Sorgfalt gearbeitet, die ihr Echo in den hohen Preisen findet. 100, 150, 200, ja 300 M. und mehr werden für diese Wundertiere gefordert und trotzdem versichern die Geschäftsinhaber, daß die Nachfrage von Tag zu Tag wachse und solche Preise keineswegs vereinzelte Ausnahmen darstellen. Auch im Reiche der Puppen entfaltet sich ein Hang zum Luxus und Wohlleben, der dem der fashionablen Modedamen kaum etwas nachgibt. Die kostbaren Puppen werden meist mit einer vollkommenen Ausstattung versehen, die anmutig in feingearbeiteten kleinen Kommoden und Schränken geordnet, der Bewunderung harrt. Hier spiegeln sich die letzten Errungenschaften der Mode; in matten Farbentönen glühen die kunstvoll gearbeiteten Miniaturtoiletten, zu denen die letzten Modelle von Paquin und Worth das Vorbild abgegeben haben, in den Hutschachteln und Hutschränken sind die reizendsten kleinen Toques oder entzückend garnierte elegant geschwungene Lustige Witwenhüte aufgestapelt und in den Wäscheladen duften die lichten Schätze aus zartem Batist, um die kostbare winzige Spitzen sich ranken. Eine wirklich elegante Puppe besitzt ihre Straßentoiletten, ihre schicken, enganliegenden Tailor-made-Kostüme, ihre lichten Seidentoiletten für die Soiree, ihre bequemen Hauskleider, ihr Reitgewand und ihre Sportkostüme.

Warum verbietet kein Staatsanwalt solche Ausstellungen — die in Paris und Berlin natürlich ebenso gut zu finden sind wie in London? Oder wirken sie nicht aufreizender als alle Reden und Schriften, wegen derer von solchen Tatsachen Aufgereizte vor die Gerichte geschleppt werden?

Die japanische Zensur. In Europa sind über Japan sehr ungenaue, ja falsche Vorstellungen im Umlauf. Oberflächliche Besucher und in ihre selbstgeschaffenen Phantasiebilder verliebte Schriftsteller beherrschen das öffentliche Urteil. In Wirklichkeit herrschen in Japan Zustände, die alles andere wie idyllisch sind. Die barbarische Knebelung und Verfolgung der Arbeiterbewegung in Japan hat uns ja auch eine genügende deutliche Vorstellung von dem Lande der Kirschenblüten, der Chrysanthemen und der Geishas gegeben, Requisiten, mit denen unsere Japanschwärmer in ihren luftigen Darstellungen auskommen. Das Unterdrückungssystem tritt auch im geistigen Leben zutage. So gut wie in Rußland und Preußen schaltet und waltet in Japan die Zensur. Nicht allein daß man die letzte Broschüre des Grafen Tolstoi über die russische Revolution unterdrückt hat, auch die große japanische Molière-Uebersetzung, die Saburo Wakasagi in langjähriger Arbeit besorgt hat, ist beschlagnahmt worden, weil „sie Stellen enthält, die geeignet sind, das Niveau der öffentlichen Moral herabzudrücken". Auch die vor kurzem von Ida bewerkstelligte Uebersetzung des Romans „Paris" von Zola ist verboten worden, trotzdem das Werk dem Premierminister Saionji gewidmet ist und obgleich der leitende Staatsmann die Widmung angenommen hat. Das Zensuramt hat das Werk für „aufreizend" erklärt und kurz entschlossen die Beschlagnahme aller Exemplare und die Vernichtung der Druckplatten verfügt. Aber die Zensurbehörden gehen in ihrem Eifer noch weiter, und jetzt ist in den höheren Schulen sogar der unschuldsvolle „Vicar von Wakefield" wegen „Immoralität" verboten worden, ebenso wie die englische Geschichte Macaulays, weil der englische Historiker revolutionären Ideen zu nahe stehe.

Humor und Satire.

Bureau-Deutsch. „Bei mir in der Ontarla sitzt so'n Lümmel, der gibt sämtliche Hausarbeiten seinem Vater zur Korrektur." — „Und Sie müssen dann dessen Arbeit mit „gut" zensieren? . . ." — „Im Gegenteil, mit „ungenügend", — der Vater ist Legationsrat."

Der Stolz der Familie. Der kleine Oskar fährt mit seiner Mutter in der Elektrischen. Da sagt ein Herr wohlwollend zu ihm: „Junge, Du hast aber ein Paar dicke Beine!", worauf Oskarchen stolz antwortet: „Au — da sollten Sie erst mal die von meiner Mama sehen!"

Die Nährsteuer. Mutter zum Säugling: „Gleich wird mein Liebling zu trinken kriegen, Mutti muß nur noch die dumme Banderole losmachen!" („Lustige Blätter.")

Notizen.

— **Goethe-Abend.** Im Charlottenburger Schiller-Saal wird Sonntag, den 13. Dezember, abends 8½ Uhr, ein Goethe-Abend veranstaltet. Eintrittsgeld (50 Pf. einschl. Garderobe und Programm) sind an der Kasse des Schillers-Theaters zu haben.

— **Esperantissimo.** Wie uns mitgeteilt wird, sind aus dem Esperanto Unschönheiten sowie eine Anzahl sprachtechnischer Mängel vor Jahresfrist von einem internationalen Komitee unter dem Vorsitz des Prof. W. Ostwald-Leipzig und unter Beteiligung hervorragender Philologen klar gekennzeichnet und durch eine wissenschaftlich durchgeführte Reform beseitigt worden. Diese Reformen decken sich im wesentlichen mit früheren Vorschlägen des Erfinders der Sprache, Dr. Zamenhof (z. B. Abschaffung der Akzente, der Endungen aj, ej, oj, uj, an usw.). Die Pflege der verbesserten Sprache hat sich die in Berlin gegründete „Vereinigung für (?) internationale Hilfssprache" zur Aufgabe gemacht, deren Vorsitzender, Dr. W. Borgius, Groß-Lichterfelde-Ost, Lorenzstraße 65, Interessenten gern Auskunft erteilt.

spielen würden, war von Anfang an zu erwarten. Die Siemens u. Halske-Gruppe beherrscht rund hundert Millionen, dies ist die Hälfte der in der Kalkstickstoffverwertung der ganzen Welt investierten Kapitalien.

Die Ausnutzung der Luft nach dem sogenannten Birkeland-Eydeverfahren erfolgte 1904 zuerst in Norwegen. An der ersten Gründung partizipierte norwegisches, schwedisches, dänisches, russisches, deutsches (Dresdner Bank) und französisches Kapital. Nachdem dann durch ein Syndikat eine bessere Ausbeutungsform geschaffen worden war, erhöhte man 1906 das Kapital um 13½ Millionen. Die Hälfte davon übernahm die Badische Anilin- und Sodafabrik auf ihre Rechnung. Da sie mit den Elberfelder Farbenfabriken und der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation seit einiger Zeit eine auf fünfzig Jahre laufende Interessengemeinschaft geschlossen hat, so sind auch diese beiden Unternehmer in den Birkelandkonzern aufgenommen. Die riesigen Kräfte, die er mobil zu machen gedenkt, demonstriert schon die Wasserkraftanlage am Svaelgfos in Norwegen, die 47 000 PS darstellt. Dem Syndikat, dem die Konzession zur Erbauung einer 850 000 PS kräftigen Zentrale am Niagara erteilt worden ist, soll der genannte Konzern auch nicht fernstehen.

Das zweite Verfahren zur Luftstickstoffgewinnung ist durch Patente in den Händen der 1899 gegründeten Cyanidgesellschaft. Heute in Wirklichkeit in den Händen von Siemens u Halske und der Deutschen Bank. Die Siemens u. Halske-Gruppe ging damals ins Ausland, da zur Herstellung des Stickstoffes die weiße Kohle als Kraft gehört. Deutschland aber zur Jahrhundertwende mit der Ausbeutung seiner Wasserkräfte sorben erst begonnen hatte. Zuerst wurden in Italien Gesellschaften gegründet, dann in Oesterreich und Frankreich; auch Norwegen und der Niagarafall blieben nicht verschont. Selbstverständlich wurden alle diese Gesellschaften nicht auf eigenes Risiko gegründet und in Betrieb gesetzt, sondern durch selbständige Gesellschaften, von deren Herten die genügende Anzahl in die Portefeuilles der Gründerin und anderer, befreundeter und abhängiger Gesellschaften übergingen. Im „übrigen" war Siemens und Halske dann immer damit zufrieden, den Auftrag für den Bau der Kraftanlagen zu erhalten.

In Deutschland hat sich in der in Frage kommenden Industrie eine entscheidende Wendung vollzogen. Die auf Grund eines eigenen Verfahrens produzierende Gesellschaft für Stickstoffdünger Westeregeln m. b. H. bei Staßfurt, deren Gründung sich im Anschluß an eines der größten Kalibergwerke Deutschlands vollzog, ist in Liquidation getreten, um in die jüngere Schwestergesellschaft in Knapsack am Rhein aufzugehen. Im Juli ist dann eine Vereinigung der Siemens u. Halske-Gruppe und der Westeregeln-Gruppe perfekt geworden, und zwar durch die Gründung einer Verkaufsvereinigung für Stickstoffdünger. Dieser Riesenkonzern mit einer Eigenproduktion von 110 000 Tonnen liefert den Dünger an die halbe Welt.

Die Gründung des vierten Werkes für Stickstoffdüngerproduktion in Bayern teilte der „Vorwärts" schon mit, es ist auch eine Gründung der Siemens u. Halske-Gruppe.

Dividenden verteilende Aktiengesellschaften.

Die amtliche „Statistische Korrespondenz" bringt jetzt eine Zusammenstellung über die Dividenden verteilenden Aktiengesellschaften in Preußen im Jahre 1906. Von allen Gesellschaften haben nur 3,2 Proz. mit 1 Proz. des eingezahlten Aktienkapitals ohne Gewinn und Verlust abgeschlossen; mit Verlust schlossen ab 14,6 Proz. der Gesellschaften, die über nur 5,5 Proz. des Gesamtaktienkapitals verfügten.

Tatsächlich verteilten für 1906 (1905) 1901 (1808) Aktiengesellschaften, d. i. 72,7 (70,8) Proz. der erwähnten Gesellschaften mit Dividendenverteilung vorsehendem Statut überhaupt bezw. 88,4 (86,7) Proz. der letzteren, soweit sie mit Reingewinn abschlossen, Dividende. Diese Gesellschaften verfügten über ein eingezahltes Aktienkapital von 7196,64 (6600,99) Mill. M., d. i. 80,4 (87,9) Proz. des gesamten der satzungsmäßig Dividendenverteilung zulassenden Aktiengesellschaften. Ihr dividendenberechtigtes Kapital betrug 6988,45 (6 458,82) Millionen Mark = 97,9 (97,8) Proz. ihres eingezahlten Gesamtkapitals, davon das tatsächlich dividendenbeziehende 6935,76 (6404,11) Millionen Mark oder 99,2 (99,2) Proz. Von dem insgesamt vorhandenen dividendenberechtigten Aktienkapital machte dasjenige der Gesellschaften, welche 1906 (1905) Dividende zahlten, 89,8 (87,9), deren wirklich am Dividendenbezuge beteiligtes Kapital 88,7 (87,2) Prozentteile aus.

Die 1 901 (1 808) Gesellschaften, welche für 1906 (1905) Dividende verteilt haben, erzielten für dieses Geschäftsjahr einen bilanzmäßigen Reingewinn von 959,07 (800,85) Millionen Mark = 13,4 (12,1) Proz. ihres eingezahlten Aktienkapitals. Von diesem Reingewinne wurden 673,67 (575,85) Millionen Mark, also 70,2 (71,9) Proz., an die Aktionäre als Dividende verteilt. Im ganzen betrug also die Verzinsung des dividendenbeziehenden Aktienkapitals 9,7 Proz. gegen 9,0 Proz. im Vorjahre; insbesondere bezifferte sich die Dividendensumme auf 8,6, 1905 auf 7,8 Proz. des dividendenberechtigten Kapitals überhaupt bezw. auf 9,6, 1905 auf 8,9 Proz. desjenigen der Aktiengesellschaften, welche tatsächlich Dividende zahlten.

Soziales.

Vogelfrei.

Ein starkes sächsisches Polizeistückchen hat sich in voriger Woche in Zwickau zugetragen. Gehen da zwei zugereiste Schlosser, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, am Montag, den 30. November, Arbeit suchend durch die Straßen, als auf einmal der Schutzmann Michel auf sie zugelaufen kommt und sie in der bekannten Polizeiart veranlaßt, in einen Hausflur einzutreten. Dort wirft er ihnen vor, daß sie gebettelt hätten. Im Bewußtsein ihrer völligen Unschuld verwahrten sich die beiden dagegen und da sagte er zu ihnen, sie sollten doch keine langen Umschweife machen und sollten gestehen, daß sie gebettelt hätten. Wieder bestreiten beide dies energisch. Darauf fordert er sie auf, mit nach der Wache zu gehen. Dort wird ihnen ohne alles weitere 1 Tag Haft zudiktiert! Sie geben sich damit nicht zufrieden, verlangen gerichtliche Entscheidung, weil sie völlig unschuldig sind. Nun werden sie nach dem Amtsgerichtsgefängnis Zwickau gebracht. Dort läßt man sie bis zum Sonnabend sitzen. Am Sonnabend früh werden beide aus der Haft vorgeführt. Es wird ihnen eine Frau gegenübergestellt, bei der sie gebettelt haben sollen. Die Frau erklärt sofort, daß die beiden nicht bei ihr gebettelt hätten. Die Betreffenden, um die es sich handele, seien viel älter gewesen. Darauf tritt am Sonnabend nachmittag der Gerichtsdiener mit folgenden Worten in die Zelle: „Ihr habt aber Schwein gehabt, Ihr seid freigesprochen", und damit sollten die beiden Arbeiter entlassen sein. Hierauf erklärte der eine, daß er eine Bescheinigung verlange, worauf ihm ein Schriftstück nachstehenden Inhaltes angefertigt und ausgehändigt wurde:

A. A. II 455/08. Zwickau, am 5. Dez. 1908.

Herrn Schlossergehilfen . . . . . .
geb. 14. April 1889 in . . . . . .
wird auf Ansuchen bestätigt, daß derselbe bisher unbestraft, heute vom königl. Amtsgericht nach Aufhebung eines Haftbefehls entlassen worden ist, da der in der polizeilichen Strafverfügung vom 30. Nov. 1908 ausgesprochene Verdacht des Bettelns sich nicht bestätigt hat.

Königl. Amtsanwaltschaft Zwickau
Gerichtsstempel. Aeter, Sekr.

Aus dem Schriftstück ist ersichtlich, daß man es hier mit völlig unschuldigen und auch unbescholtenen Menschen zu tun hat. Auch das ganze Aeußere der Leute zeigte selbst dem Ungeübtesten auf den ersten Blick, daß man es hier nicht etwa mit Bummlern oder Landstreichern zu tun hat, sondern daß es sich um ehrliche Arbeiter handelte, die durch die gegenwärtige Misere von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Da wirft sich die Frage auf: Sind denn solche arme und ehrliche Leute vogelfrei? Kann man sich ihnen gegenüber alles gestatten? Mußte, durfte man sie eine Woche lang ihrer Freiheit berauben? Das, was man am Sonnabend getan hat, nämlich, daß man sie der in Frage kommenden Frau gegenüberstellte, das konnte die kluge Polizei bereits am Montag getan haben. Dann wäre der ganze Zwischenfall im Verlaufe von zehn Minuten geregelt gewesen. Die Unschuld der Betreffenden hätte sich sofort ergeben. Ja, wissen denn die gutbezahlten Herren, die an der Festhaltung dieser Aermsten schuld sind, nicht, was sie damit den Leuten zugefügt haben? Nicht allein, daß man sie eine Woche lang ihrer Freiheit beraubte, hat man sie noch anderweitig geschädigt, indem jetzt kurz vor Weihnachten mit jedem Tag, mit dem man weiter in den Winter hineinkommt, sich die Aussicht auf Beschäftigung vermindert. Man hat den Leuten damit eine Woche lang das Umschauen nach Arbeit unmöglich gemacht, und als man sie dann aus dem Gefängnis entläßt, hat man sie nicht etwa für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft entschädigt, ja man hat sich nicht einmal über diesen an ihnen begangenen Mißgriff entschuldigt. So etwas hat man ja gewöhnlichen Leuten gegenüber nicht nötig. Wie charakteristisch für unsere Zustände, für die Rechtlosigkeit der Arbeiter ist der Ausspruch des Gerichtsdieners! Man muß leider dem Gerichtsdiener beistimmen: Schwein haben die Leute gehabt, daß man sie nicht ein viertel oder ein halbes Jahr unschuldig gefangen gehalten hat, daß sie „schon" nach einer Woche in die sächsische Freiheit zurückkehren durften. Und so etwas nennt sich Rechtsstaat. Das ist Gleichheit vor dem Gesetz!

Man vergleiche mit dem geschilderten Vorgehen die zarte Rücksichtnahme vor dem Haftbeschluß in der Eulenburgaffäre. Freilich waren die zu Unrecht verhafteten und bestraften Arbeiter keine Eulenburger, sondern „nur" Arbeiter.

Hoffentlich gelingt es den Arbeitern mit Hilfe ihrer Gewerkschaft, eine Schadenersatzklage gegen die schuldigen Beamten anzustrengen. Die Gewerkschaft könnte vielleicht so als Erzieherin von Beamten zur Beobachtung größerer Vorsicht und peinlicher Gewissenhaftigkeit gegenüber Arbeitern recht erhebliches zur Abwehr ähnlicher Fälle leichten Umspringens mit der Freiheit von Arbeitern leisten. Die geschilderten Fälle sind ja leider nicht vereinzelte, sondern typische Fälle.

Submissionsbedingungen.

Die baugewerkschaftlichen Arbeiter Hamburgs haben in Verfolg einer am 17. November in Hamburg abgehaltenen Versammlung, dem Senat und der Bürgerschaft eine Petition zugehen lassen, in der sie um Einfügung folgender Bestimmungen in die Submissionsbedingungen des Hamburger Staats ersuchen:

„Die Uebernehmer von Arbeiten und Lieferungen sind verpflichtet, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Ansprüche ihrer Handwerker und Arbeiter, sowie die Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeiter rechtzeitig und unverkürzt zu erfüllen.

Sofern zwischen den Vereinigungen der Unternehmer und Arbeiter Tarifgemeinschaften bestehen, ist die Zuschlagserteilung von der Anerkennung des Tarifvertrages abhängig.

Personen, von denen bekannt ist, daß sie diese Pflichten böswillig oder grobfahrlässig versäumen oder die sich weigern, die Ausübung dieser Pflichten zu übernehmen und schriftlich anzuerkennen, sind ohne weiteres von der Zuschlagserteilung ausgeschlossen.

Ausgeschlossen sind ferner solche Personen, von denen bekannt, daß in ihren Betrieben die orts- und gewerbübliche Arbeitszeit überschritten und der in dem betreffenden Gewerbe übliche Mindestlohn nicht gezahlt wird, oder welche Gegenstände, deren Herstellung in Werkstätten möglich ist, in Heimarbeit vergeben.

Der Uebernehmer der Arbeit ist verpflichtet, der Behörde auf Verlangen jederzeit über die mit seinen Handwerkern und Arbeitern geschlossenen Verträge und deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Aufschluß zu geben.

Kommt der Uebernehmer seinen Verpflichtungen nicht oder nicht pünktlich nach, so hat die Behörde die von ihm geschuldeten Beträge für seine Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Zu dem Zweck hat der Uebernehmer eine der Zahl der zu beschäftigenden Handwerker und Arbeiter entsprechende Kaution zu hinterlegen, solange nicht sein Guthaben diese Sicherheit unnötig macht.

Die Weitervergebung von Arbeiten und Lieferungen an Zwischenunternehmer ist nur mit Genehmigung der die Arbeit beaufsichtigenden Behörde gestattet. Die Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten auch für die Zwischenunternehmer.

Bei allen Arbeiten, soweit sie ihrer Eigenart wegen nicht auswärts hergestellt werden müssen, sind bei vorhandenem Angebot in erster Linie einheimische Arbeiter zu beschäftigen."

In der der Petition vorausgegangenen Versammlung war ausgeführt, daß die Submissionsbedingungen des Hamburger Staats die Bestimmung nicht kennen, daß jeder Uebernehmer staatlicher oder städtischer Arbeiten verpflichtet ist, die ortsüblichen bezw. zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen vereinbarten Arbeitsbedingungen zu respektieren. Die Folge davon sei, daß die an Hamburger Staatsarbeiten beschäftigten Arbeiter nicht den geringsten behördlichen Schutz gegen Lohndrückerei, gegen Lohnverluste und gegen allgemeine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erfahren. Es werden Staatsarbeiten sogar zu Preisen vergeben, die es von vornherein ausschließen, daß die Unternehmer die ortsüblichen Löhne zahlen können und wollen. Dieser Zustand habe einerseits dahin geführt, daß sich die Hamburger Arbeiter gerade an Staatsbauten häufig gegen die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung wehren müssen, andererseits haben es aber die Unternehmer solcher Bauten (Elbtunnel, Stadtbahn) durchgesetzt, daß an diesen Arbeiten in immer steigendem Maße auswärtige und ausländische Arbeiter in erheblicher Zahl beschäftigt werden. Hieraus erwächst aber der einheimischen Bevölkerung, insonderheit der baugewerblichen Arbeiterschaft, ein schwerer Schaden, der sich bei der seit längerer Zeit herrschenden und noch immer zunehmenden Arbeitslosigkeit außerordentlich stark fühlbar macht.

Hoffentlich gelingt es, endlich den Mißständen des Submissionswesens, die keineswegs nur in der Pfeffersackrepublik anzutreffen sind, ein Ende zu bereiten.

Nicht invalid, nicht krank, nur halb verhungert!

Eine Jammergestalt, nur Haut und Knochen, so stand der Fabrikarbeiter H. aus einem erzgebirgischen Ort vor dem Chemnitzer Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, um seine Berufung gegen den renieversagenden Bescheid der Landesversicherungsanstalt zu vertreten. Mit der Begründung, daß der Renteanspracher nur um die Hälfte erwerbsunfähig sei, war sein Rentenanspruch zurückgewiesen worden. Nur Pfennige sind es, die der Mann mit seiner Klöppelei täglich verdient; infolge seines körperlichen Zustandes, dem Zustande beinahe völliger Entkräftung, kann er schwere Arbeit gar nicht, leichte Arbeit nur in beschränktem Maße verrichten. Der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts erklärte auf Grund seiner Untersuchung gutachtlich, daß der Mann nicht seiner Leiden wegen, sondern wegen hochgradiger Unterernährung invalid im Sinne des Gesetzes sei, daß aber Aussicht auf Besserung vorhanden sei, schon dann, wenn er in günstige Lebensverhältnisse kommt, das heißt, wenn er sich richtig satt essen kann, denn ist er halb verhungert! Nun sollte man doch meinen, daß dem Manne geholfen werden könnte, und zwar auf Grund der Sozialgesetze, also ohne Armenunterstützung. Weit gefehlt! Die Gesetze stehen dem selbst entgegen! Krank im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes ist er nicht, kann infolgedessen Krankenunterstützung nicht erhalten; invalid mit Aussicht auf Besserung ist er nach dem ärztlichen Gutachten, er könnte also vorübergehende Invalidenrente erhalten. Dafür ist aber wiederum Vorbedingung, daß er vorher 26 Wochen hintereinander erwerbsunfähig krank war. Da das nicht der Fall, wurde nach dem Buchstaben des Gesetzes sein Anspruch zurückgewiesen. Freilich könnte die Versicherungsanstalt auch nach dem Gesetz eingreifen, ist aber hierzu nicht verpflichtet.

Dieser Fall illustriert das hohe Lied von unserer Sozialgesetzgebung in furchtbar grellen Farben und daneben die Erwerbsverhältnisse im Erzgebirge.

Aus der Frauenbewegung.

Ultramontane Schwindeleien.

Das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine, „Die Arbeiterin", erdreistet sich, in einem längeren Artikel „Sozialdemokratischer Arbeiterinnenschutz" (Nr. 49) der Partei, die seit ihrem Bestehen das treibende Element in der Sozialreform gewesen ist, „sozialpolitische Rückständigkeit" vorzuwerfen. Diese Rückständigkeit zu „beweisen", gelingt dem frommen Blättchen natürlich nur durch eine vollständige Entstellung und Verdrehung der Tatsachen, auf die es sich beruft.

So hat die Sozialdemokratie — um auf den ersten dieser „Beweise" einzugehen — bei der Kommissionsberatung der großen Gewerbeordnungsnovelle einen Zentrumsantrag bekämpft, der dahinging, die Arbeitszeit für verheiratete Arbeiterinnen auf 9 Stunden festzusetzen. Diese Tatsache soll nun das sozialpolitische Verständnis des Zentrums gegenüber der angeblichen Rückständigkeit der Sozialdemokratie ins hellste Licht setzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Die Sozialdemokraten wollten ihre Hand nicht dazu bieten, daß durch eine solche gesetzliche Festlegung die verheirateten Frauen aus der Fabrik hinaus- und dafür in das Elend hineingedrängt würden, da jeder Unternehmer natürlich die eine Stunde länger arbeitenden unverheirateten Arbeiterinnen vorzieht. Die katholische Zeitung verschweigt aber auch ihren Leserinnen geflissentlich, daß die Sozialdemokraten mit ihren Forderungen über die des Zentrums hinausgegangen waren, als sie den Neunstundentag für alle Arbeiterinnen als Uebergang zum Achtstundentag beantragt hatten. Eine solche tatsächliche Feststellung hätte dem Vorwurf der sozialpolitischen Rückständigkeit sofort jede Beweiskraft genommen. Statt dessen versucht das Zentrumsblatt die Sozialdemokraten auch der Inkonsequenz zu zeihen, weil sie in bezug auf den Sechsstundentag der verheirateten Arbeiterin an Vorabenden von Sonn- und Festtagen das oben geäußerte Bedenken nicht gelten lassen wollten. Hier hatten die Sozialdemokraten dem diesbezüglichen Zentrumsantrag zur Annahme verholfen, weil sie erwarten durften, daß auch die unverheirateten Arbeiterinnen allmählich der Vorteile der verkürzten Arbeitszeit an den genannten Tagen teilhaft werden würden.

Inkonsequent hat sich in dieser Frage nicht die Sozialdemokratie gezeigt, sondern das Zentrum, das in der Plenarberatung des Reichstags das in der Kommission Beschlossene durch den Zusatzantrag wieder illusorisch machte: „Die Beschäftigung bis zu 8 Stunden ist gestattet, soweit betriebstechnisch dadurch die Weiterarbeit anderer Arbeiter bedingt ist." Ebenso inkonsequent benahm sich das Zentrum in derselben Sitzung des Reichstags, als es einen früher von ihm gestellten und von der Sozialdemokratie aufgenommenen Antrag, die Mitgabe von Arbeit nach Hause zu verbieten, nicht unterstützte. So macht das Zentrum den Gegnern des Arbeiterinnenschutzes Konzession über Konzession, und zwar nicht seit heute und gestern, sondern gewohnheitsmäßig seit jeher. Gerade das Zentrum ist immer — ganz im Einklang mit seinem sonstigen reaktionären Charakter — ein Hort der sozialpolitischen Rückständigkeit gewesen. Ihm ist es in erster Linie zu danken, wenn alle Bemühungen der Sozialdemokratie um das Zustandekommen eines Normalarbeitstages bisher gescheitert sind; stets hat das Zentrum die besten sozialpolitischen Absichten durchkreuzt. Besonders in Arbeiterinnenschutzfragen war seine Haltung entweder zwiespältig oder direkt feindlich, zum mindesten aber unverständig. Vor zehn Jahren war es, als das Zentrum ein Verbot der Beschäftigung verheirateter Arbeiterinnen in Fabriken forderte, obwohl es wissen mußte, daß es ein ganzes Heer von Frauen damit der schrankenlosen Ausbeutung in der Hausindustrie überliefern würde.

Als die Sozialdemokratie im Jahre 1900 bei der Beratung der berüchtigten Lex Heinze den Schutz der Arbeiterin gegen geschlechtliche Ausbeutung im sogenannten, zunächst auch vom Zentrum geforderten „Arbeitgeberparagraphen" verlangte, war das Zentrum widerstandslos bereit, ihn fallen zu lassen, als es sah, daß die Regierung und die Konservativen nicht dafür zu haben waren. Das Zentrum hat so viele Rücksichten zu nehmen auf die Regierung, die Großindustrie, das Handwerk und die Bauern, daß es, ohne diese rückschrittlichen Elemente nicht vor den Kopf zu stoßen, zu einer klaren und entschiedenen Arbeiterschutzpolitik gar nicht kommen kann.

Wenn das katholische Arbeiterinnenorgan dann aber die politische Unerfahrenheit seiner Leserinnen mißbraucht, um die Sozialdemokratie der sozialpolitischen Rückständigkeit zu bezichtigen, so müßte man darüber erstaunt sein, wie ein so frommes Blatt so verteufelt schwindeln kann, wenn man nicht wüßte, daß die schwarzen Demagogen ohne systematischen Volksbetrug überhaupt nicht existieren können. Irreführung und Beschwindelung der Massen, das ist das Fundament der ultramontanen Herrschaft.

Verschmelzung des schwedischen Frauen-Fachverbandes mit dem Schneiderverband.

Der Frauen-Fachverband Schwedens hielt vor einigen Tagen in Stockholm seinen zweiten Verbandstag ab. Es wurde ein Antrag des Vorstandes auf Verschmelzung mit dem Schwedischen Schneidereiarbeiterverband angenommen. Die Veranlassung zu diesem Beschluß war, daß der Schneidereiarbeiterverband dazu übergegangen ist, auch die Mäntel- und Damenkleidernäherinnen zu organisieren. Gerade diesen Branchen gehören die meisten Mitglieder des Frauen-Fachverbandes an, und es war vorauszusehen, daß die Näherinnen sich in Zukunft lieber dem stärkeren und leistungsfähigeren Schneiderverband anschließen würden. Dieser Verband ist mit der Verschmelzung einverstanden, auch hat die Landesorganisation der Gewerkschaften ihre Zustimmung gegeben. Der Kongreß empfiehlt dem Schneiderverband, für die in Aussicht genommene Anstellung einer weiblichen Arbeitskraft zur Agitation unter den Arbeiterinnen die bisherige Vorsitzende des Frauen-Fachverbandes, Fräulein Signe Svensson, zu wählen. Das Verbandsorgan „Morgonbris" soll der politischen Frauenorganisation, dem Arbeitsausschuß des sozialdemokratischen Frauenkongresses, überwiesen werden, mit der Bedingung, daß in dem Organ auch fernerhin die gewerkschaftliche Agitation nach Möglichkeit berücksichtigt wird. Es wurde dann noch über die Stellung der Lohnarbeiterinnen zu den sozialdemokratischen Frauenklubs beraten und beschlossen, dahin zu wirken, daß für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen in den politischen Frauenorganisationen ein geringerer Beitrag festgesetzt und kein Eintrittsgeld erhoben wird. Der Kongreß hielt die politische Frauenorganisation für ebenso notwendig wie die gewerkschaftliche, meinte aber, daß es mancher Lohnarbeiterin allzu schwer werde, in beiden Organisationen den vollen Beitrag zu zahlen.

Gerichts-Zeitung.

Die anonymen Briefe des Herrn Pastors.

Vom Landgericht Braunschweig ist am 21. August der Pastor Albin Lang wegen Beleidigung in zehn Fällen und versuchter Nötigung zu einem Jahre sechs Monaten Ge-

fängnis verurteilt worden. Er ist 1875 zum ersten Male als Pfarrer in Süddeutschland in Stellung gewesen. Er geriet aber in Differenzen mit dem Schultheißen und mußte die Stellung aufgeben. Damals wurde festgestellt, daß es ihm an dem für sein Amt erforderlichen Takt und der nötigen Besonnenheit fehle. Er blieb einige Jahre stellenlos. Dann wurde er 1881 in einem braunschweigischen Dorfe angestellt. Sein Vorleben wurde erst bekannt, als er später höhere Pensionsansprüche geltend machte und auf seine frühere amtliche Tätigkeit hinwies. Mit dem Lehrer B. in D., einem Orte, der zu seiner Parochie gehört, kam er in Feindschaft, und die Aufregung wurde so groß, daß die Einwohner von D. sich in zwei Parteien schieden. Eine Anzahl derselben erhielten nun eine größere Zahl anonymer Briefe zugesandt, welche wegen ihres Inhaltes Beunruhigung hervorriefen. Wer sie geschrieben hat, ließ sich nicht mit Sicherheit feststellen, dagegen ist erwiesen, daß weitere zehn Briefe vom Angeklagten ausgegangen sind. Der Inhalt ist durchweg beleidigend und sollte zur Verhetzung dienen. Den Empfängern wurde u. a. die Leistung eines Meineides zugetraut. An zwei Dienstmädchen, die nacheinander bei ihm in Stellung waren, hat der Angeklagte ebenfalls anonyme Briefe unflätigen Inhaltes, deren Form an den Sauheerdenton „Reichstreuer" lebhaft erinnert, gesandt. Durch beigelegte Geldscheine suchte er sie zu allerlei Klatschereien zu veranlassen. Auf die Einzelheiten in den Briefen einzugehen, verbietet sich wegen des unzüchtigen Charakters derselben. Der Angeklagte war zur **Beobachtung seines Geisteszustandes** sechs Wochen in einer Irrenanstalt. Er konnte in den ersten fünf Wochen nicht beobachtet werden, weil er an der Gefängnispsychose litt. Das Gutachten bezieht sich deshalb nur auf die letzte Woche. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte an geistiger Anomalie leide und degeneriert sei, aber doch die freie Willensbestimmung besitze. — Die **Revision** des Angeklagten bemängelte u. a. das psychiatrische Gutachten, insbesondere deshalb, weil es sich nicht auf 6 Wochen, sondern nur auf eine beziehe. — Der Reichsanwalt hielt das Urteil für unbedenklich. Wenn dem Angeklagten das Gutachten nicht genügte, so hätte er in der Hauptverhandlung beantragen müssen, daß er nochmals auf seinen Geisteszustand untersucht werde. — Das **Reichsgericht** erkannte am Montag auf **Verwerfung** der Revision.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

Der § 10, Ziffer 8 des **braunschweigischen** Polizeistrafgesetzbuches bedroht mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft denjenigen, der vor öffentlichen Behörden oder Beamten **uneidlich die Unwahrheit vorbringt oder wissentlich die Wahrheit unterdrückt.** Auf Grund dieser Bestimmung hatten sich am 5. Juni der frühere Bahnarbeiter Karl **Hotopp** und am 26. Juni der Arbeiter Friedrich **Huke** vor dem Landgericht **Braunschweig** zu verantworten. In beiden Fällen erkannte jedoch das Gericht auf **Freisprechung**, weil es sich der seit Jahrzehnten in der Literatur mit Recht vertretenen Ansicht anschloß, daß die Landesgesetzgebung sich zu unrecht mit dieser Materie befaßt habe, da die Materie der Bestrafung falscher Aussagen durch das **Reichsgericht** geregelt ist. — Die **Revision des Staatsanwalts** kam am **Montag** vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Reichsanwalt erklärte sie für unbegründet. Das Reichsstrafgesetzbuch habe die gesamte Materie der unwahren Angaben vor Gericht (Meineid usw.) erledigt, die Landesgesetzgebung könne deshalb sich nicht mehr damit befassen. Die Tendenz des Reichsgesetzes gehe dahin, daß nur eidliche unwahre Aussagen bestraft werden sollen. Schon in früheren Jahren haben Obergerichte diese Ansicht ausgesprochen. — Das Reichsgericht verwarf in beiden Fällen die Revision des Staatsanwalts und erklärte damit die fragliche Bestimmung für ungültig.

Eine Steuerhinterziehung,

die auf eine sehr originelle Weise zur Kenntnis der Behörde gelangt war, führte gestern den **Berginvaliden und Naturheilkundigen Karl Wiese** aus Borsigwalde vor die dritte Strafkammer des Landgerichts III. — Der Angeklagte war früher in Britz wohnhaft und hier zu einem Einkommensteuersatze von jährlich 12 M. veranlagt worden. Er reklamierte bei der Steuerbehörde und führte an, daß er als Berginvalide nur eine Vierteljahrespension von 120 M. beziehe und nur sehr wenig selbst verdienen könne. Tatsächlich wurde auch von der Steuerbehörde der jährliche Steuerbetrag des Angeklagten auf 6 Mark ermäßigt. Wiese hätte vielleicht nie einen höheren Betrag zahlen müssen, wenn nicht folgendes eingetreten wäre. Seine Ehefrau packte eines schönen Tages ihre sieben Sachen und verließ ihren Mann, da dieser, wie sie behauptete, es mit der ehelichen Treue angeblich nicht sehr genau genommen haben sollte. Bei dieser Gelegenheit nahm sie auch einen Depotschein von der Rixdorfer Bank und ein Sparkassenbuch des Kreises Teltow in einer Gesamthöhe von 33 000 Mark mit. Der Angeklagte, der hauptsächlich hierüber nicht sonderlich erbaut war, reichte gegen seine Ehefrau **Klage auf Herauszahlung von 16 500 Mark** ein. **Hiervon erhielt die Steuerbehörde Wind** und zog den Angeklagten nachträglich wegen der hinterzogenen Steuerbeträge heran. Da Wiese sich weigerte, die ihm auferlegte Strafe von 400 M. zu zahlen, wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben, die das Verfahren wegen Steuerhinterziehung einleitete. Vor der **Strafkammer** machte der Angeklagte ein noch schlechteres Geschäft. Denn er wurde zu einer **Geldstrafe von 680 Mark** verurteilt und muß auch noch die entstandenen Gerichtskosten tragen.

Ein schwerer Bauunfall,

der ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefordert hatte, lag einer Anklage wegen **fahrlässiger Tötung** zu grunde, welche gestern den Bauarbeiter Hermann **Urban** vor die 8. Strafkammer des Landgerichts III führte. Der Angeklagte war auf dem Neubau Pichelsdorfer Straße 4 in Spandau beschäftigt gewesen. Auf diesem befand sich im vierten Stockwerk eine Laufbrücke, welche zum Transport von Baumaterialien mittels Karren nach einem anderen Teile des Baues benutzt wurde. Trotz der ausdrücklichen Bestimmung, daß stets nur eine Karre die Brücke passieren durfte, versuchte der Angeklagte am 8. Mai dieses Jahres mitten auf der schmalen Brücke an einer anderen Karre vorbeizukommen. Dies gelang ihm nicht und das schwere Gefährt stürzte in einen Schacht, auf dessen Grunde im Erdgeschoß der Arbeiter Wilhelm **Sarg** arbeitete. Dieser wurde von der herabstürzenden Karre fast zerschmettert und war sofort tot. — Die **Strafkammer** erkannte auf eine **Gefängnisstrafe von sechs Monaten.**

Ob nicht in anderer Weise eine Gleiseinrichtung zu ermöglichen war, die ein so gefährliches Karren, etwa durch Anlegung einer breiteren Brücke oder von zwei Brücken verhindert hätte, wurde in der Verhandlung leider nicht erörtert.

Die Schrecken des Rückfallparagraphen.

Der Verbrecher wird bestraft, damit er sich bessere. Bessert er sich nicht, verfällt er dem Bösen wieder, dann war die Strafe noch nicht wirksam genug und deshalb muß er immer schwerer bestraft werden. Das ist der ganze Weisheitsinhalt unseres Strafgesetzbuches. Nach diesem Verfahren wird der Unglückliche immer mehr in das Elend des Verbrechens herabgedrückt, in immer heftigere Feindschaft zur Gesellschaft gedrängt und dafür dann noch mit immer furchtbareren Strafen belegt. Diese Strafen zeichnen sich aber dann ganz besonders dadurch aus, daß sie in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den oft lächerlich geringen Vergehen stehen. Dafür einige Beispiele:

Vom Landgericht **Duisburg** wurde am 20. Juli ein Maschinist R. zu **vier Monaten Gefängnis** verurteilt, weil er angeblich **einen Korb voll Abfallholz** auf einem Bau gestohlen habe. Er behauptete noch, daß er dazu berechtigt gewesen sei, das Holz wegzunehmen, da er es von einem dort beschäftigten Unternehmer geschenkt erhalten habe. Dieser Unternehmer war aber nicht einmal vernommen worden. Selbst der Reichsanwalt Dr. Nagel meinte in der Revisionsverhandlung, daß man bei einer Strafe von 4 Monaten Gefängnis eine bessere Begründung hätte erwarten können. Das Urteil wurde dann auch aufgehoben, weil der eine Zeuge nicht geladen worden war.

Besonders grausam erscheinen so hohe Strafen, wenn nicht einmal ein direkter Nachweis für die Schuld des betreffenden Angeklagten geführt werden kann, wenn man sich mit einem Indizienbeweis behilft.

Da hatte das Landgericht **Düsseldorf** am 10. Oktober den Schlosser A. **zu einem Jahre Zuchthaus** verurteilt, weil er angeblich **drei Billardbälle** gestohlen haben sollte. Man hatte ihn erwischt, wie er die Bälle verkaufen wollte. Trotz aller Bemühungen war es nicht gelungen, den ausfindig zu machen, dem die Bälle gestohlen waren. Dennoch erhielt A. die unerhörte Strafe, denn wegen seiner vielen Vorstrafen müßte er gestohlen haben.

Der Tischler K. ist am 29. August vom Landgericht Verden zu **drei Jahren Zuchthaus** verurteilt worden, weil er bei einem Schuhmacher **acht Paar Schuhe** gestohlen haben sollte. Der Indizienbeweis wurde hier indes vom Reichsanwalt Dietz als höchst mangelhaft bezeichnet. Das Urteil wurde hier vom Reichsgericht aufgehoben, weil man dem Angeklagten trotz seines Antrages nicht einmal einen Verteidiger gestellt habe.

Wenn die erzieherischen Erfolge dieser Strafen so hoch sind, wie diese entsetzlichen Urteile selbst schädlich, dann gebührte der deutschen Justiz ein Ehrenpreis für pädagogische Leistungen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. 29. 1. Für Handlungsgehilfen und Werkmeister besteht, falls keine andere Kündigungsfrist vereinbart ist, die sechswöchige Kündigungszeit zum Ablauf des Kalendervierteljahrs. Es muß also die Kündigung, die mit Ablauf des 31. Dezember wirken soll, spätestens am 19. November dem Handlungsgehilfen usw. gegenüber ausgesprochen, bei schriftlicher Kündigung ihm übergeben werden. 2. Eine Klage auf Aufhebung des Lehrvertrages würde in dem von Ihnen geschilderten Fall Aussicht auf Erfolg haben. — **Charlottenburg 02.** Lehnen Sie Zahlung ab und lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — **F. N. 100.** 1. Frühere Stelle. Eine Hypothek hat Priorität vor der anderen heißt: Sie geht der anderen vor, würde also in der Subhastation eher als die andere berücksichtigt werden. 2. Etwa 20 M. 3. Die Beiträge sind verschiedenartig. Die Berufsgenossenschaft muß Auskunft erteilen. — **H. S. 100.** Die Klage können Sie anstellen, freilich ist sie mit Geldkosten verknüpft. — **A. D. 100.** Nein. — **F. F. 12.** 1. Ja. 2. und 3. Den Gerichtsarzt Leppmann halten wir für unbefangen. Die Kosten sind aber ziemlich erheblich. 4. Bei Groß-Köris. — **Borhagen 2.** Aus der Frage ging nicht hervor, daß es sich um eine nicht in Berlin gelegene Kasse handelt. Den Antrag müßten Sie nunmehr beim Magistrat in Lichtenberg stellen und event. gegen dessen Bescheid Berufung beim Amtsgericht einlegen. — **D. 50.** Wenn im Familienstammbuch der Braut oder Konfirmationsschein bescheinigt ist, so genügt das. — **F. K. Ja.** — **F. W. R.** Soweit ersichtlich, steht Ihnen Pensionsberechtigung zu. — **1001.** Ja: innerhalb der Verjährungsfrist. — **K. H. 101.** 1. Nach zutreffender Ansicht nein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Das abzugsfähig ist, haben wir im März und April in mehreren Artikeln dargelegt. Die Ausführungen werden wir zu gelegener Zeit wiederholen. — **Klara 100.** 1. Ja. 2. An wen Sie wollen. Warnen möchten wir vor sogenannten Inkassobureaus und vor Winkelkonsulenten. 3. Das hängt von Ihrer Vereinbarung ab. 4. Nein. 5. Inkassobureaus. 6. Die Sperre hat weitere Gültigkeit. Sie müßten auf Herausgabe des Sparkassenbuches klagen oder sich mit der Sparkasse ins Einvernehmen setzen. — **B. G. 31.** Dem Kinde steht kein Erbrecht, sondern nur ein Recht auf Alimente bis zum vollendeten 16. Lebensjahre zu. Einen Anspruch gegenüber der Behörde hat es nicht. Das Gehalt ist bis zum Schluß des Quartals zu zahlen. — **R. K. 09.** 1. Sie müßten beim Bezirkskommando um Auslandspaß auf zwei Jahre einkommen. Eine Rückkehr für solche, die sich der Militärpflicht entzogen haben, zieht nach der herrschenden Rechtsprechung Nachdienen nach sich. Wer amerikanischer Bürger geworden ist, kann nach dem sogenannten Bankovertrag vorübergehend besuchsweise nach Deutschland kommen. 2. Wegen Steuern ist Lohnpfändung zulässig. Offenbarungseid ist wegen Steuerforderung ebenso zulässig wie wegen anderer Forderungen. — **W. H. 92.** Die von Ihnen angegebenen Umstände berechtigen Sie nur auf Beseitigung der Mißstände und auf Schadenersatz zu klagen, nicht aber zum einseitigen Rücktritt vom Mietsvertrage. Brechen Sie den Vertrag vor Ablauf der Zeit, so hat der Wirt das Recht, Schadenersatz zu verlangen.

Witterungsübersicht vom 8. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	765	SW	3	Nebel	2	Haparanda	740	SW	2	bedeckt	−1
Hamburg	765	SW	5	bedeckt	4	Petersburg	754	WSW	2	bedeckt	2
Berlin	768	Still		bedeckt	4	Scilly	761	WSW	5	bedeckt	10
Frankf.a.M.	768	SW	2	Nebel	6	Aberdeen	747	SSW	4	bedeckt	10
München	770	SW	3	bedeckt	4	Paris	760	SSW	2	Nebel	−1
Wien	771	Still		Nebel	−4						

Wetterprognose für Mittwoch, den 9. Dezember 1908.

Mild, jedoch vorwiegend trübe mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 12. cm	seit 6. 12. cm¹)	Wasserstand	am 7. 12. cm	seit 6. 12. cm¹)
Memel, Tilsit	353*)	−21	Saale, Grochlitz	80	+8
Pregel, Insterburg	-14*)	−21	Havel, Spandau*)	63	+8
Weichsel, Thorn	62*)	−14	„ Rathenow*)	82	−8
Oder, Ratibor	80*)	−18	Spree, Spremberg*)	74	0
„ Krossen	64	−8	„ Beeskow	74	+2
„ Frankfurt	88*)	−4	Weser, Münden	−86	−8
Warthe, Schrimm	58*)	−8	„ Minden	−22	−5
„ Landsberg	33	−12	Rhein, Maximiliansau	310	−1
Netze, Vordamm	1*)	−11	„ Kaub	108	−8
Elbe, Leitmeritz	−72	−9	„ Köln	90	−5
„ Dresden	-183	−9	Neckar, Heilbronn	40	+9
„ Barby	50	−4	Main, Wertheim	110	−1
„ Magdeburg	62	−8	Mosel, Trier	48	−3

¹) + bedeutet Wuchs. — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Eisstand. — ⁴ Grundeistreiben. — ⁵) Eistreiben. — ⁶) Grundeis. — ⁷) Grundeisgang.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 9. Dezember.
Anfang 7½ Uhr.

Königliches Opernhaus. Marie, die Tochter des Regiments. — Versiegelt.
Königliches Schauspielhaus. Zopf und Schwert.
Deutsches. Revolution in Krähwinkel.
Nachmittags 4 Uhr: Opernaufführung: Der Apotheker. Der betrogene Kadi.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.
Nachmittags 3 Uhr: Schneewittchen.

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Gespenster.
Berliner. Herodes und Mariamne.
Komische Oper. Zaza.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Neues. Israel.
Kleines. Moral.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Opferlamm.
Schiller Charlottenburg. Der Familientag.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Als ich wiederkam.
Westen. Der fidele Bauer.
Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen.
Thalia. Künstlerblut.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Luisen. Die Ehre.
Bernhard Rose. Die Entgleisten.
Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Wilhelm-Theater. Die Schöpfung.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Die Liebe wacht.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Nachmittags 3½ Uhr: Den König drückt der Schuh.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana. Anfang 8½ Uhr.
Nachmittags 3½ Uhr: Wilhelm Tell.
Gastspiel-Theater. Demimonde.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die Herren Söhne. Anfang 8½ Uhr.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern. Künstler-Teil.
Apollo. Mizi Gizl. Siegwart Gentes.
Nachmittags 3½ Uhr: Frau Holle.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.
Gustav Behrens. Der Obersteiger. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Israel.
Morgen und folgende Tage: Israel.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Moral.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Die Herren Söhne.
Schwank in 4 Akt. v. Walther u. Stein. Anfang 8½ Uhr.
Donnerstag: **Der Glöckner von Notre-Dame.**
Freitag zum erstenmal: **Die Jüdin von Toledo.**

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.
Freitag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 9. Dezember, abends präzise 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre — Elite-Programm.
Dir. **Albert Schumann** mit seinen neuesten Original-Schul- und Freiheitsdressuren. Ferner: Die großartigen neuen Spezialitäten. Um 9½ Uhr: **Mit gewohntem Erfolge das größte und glänzendste Pracht-Manegeschaustück**
Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler,
ca. 500 Mitwirkende. U. a.: **Indische schwarze Kamele, weißer Elefant** und andere **exotische Tiere.**

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. B. Jehmlich.
Jeden Sonntag und Dienstag: [2161b*
Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 6½ Uhr, wochentags 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
An den Seen Oberitaliens.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr:
Gastspiel **Hedwig Lange.**
Demimonde.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.
Morgen: Herodes und Mariamne.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Madame Flirt.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
3½ Uhr: **Den König drückt der Schuh.**
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Der fidele Bauer.
Mittw., Sonnab. 4 Uhr: **Dornröschen.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 9. Dezember, Anf. 8 Uhr:
Als ich wiederkam.
Donnerstag: Madame Bonivard.
Freitag: Madame Bonivard.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Donnerstag wegen Generalprobe zu Thummelumsen geschlossen.
Freitag z. 1. Male: Thummelumsen.
Sonnabend und Sonntag: Thummelumsen.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Donnerstag: Der Sonnwendhof.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Lügenmäulchen und Wahrheitsmündchen. Abends 8 Uhr: Die Ehre.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Ehre. Abends Premiere: Kinder des Kapitän Grant.
Montag: Der Sonnwendhof.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Sonntag, 13. Dezember, nachm. 3 Uhr:
Durchlaucht Radieschen.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Mittwoch, den 9. Dezember, abends präz. 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung. Um ca. 9 Uhr:
Zizi Bamboula!
Das vielumstrittene Naturwunder aus Paris.
John Higgins.
Neu! **Inas-Truppe.**
Ferner: Frl. Maria Mobuse, Schulreiterin, Nigerclown Ali. Daniels, der urkomische Herr Ernst Schumann, Meisterdressuren.
Um 9¾ ca.:
Barbarossa!!
Große Origin.-Ausst.-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Residenz-Theater.
— Direktion: **Richard Alexander.** —
Täglich abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie".
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: **Kümmere Dich um Amelie.**
Sonntag, 13. Dez., nachm. 3 Uhr: **Ganz der Papa.**

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Philippine Welser.
Romantisches Schauspiel in 5 Akten von Redwitz.
Wochentagspreise.
Nachm. 3 Uhr Schülervorstellung: **Wilhelm Tell.**

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf., ca. 60 Zeitungen; 2 Billards Std. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 9. Dezember 1908:
5. Gastspiel des Neuen Berliner Operetten-Ensembles:
Die Dollarprinzessin.
Operette in drei Akten von Leo Fall.
Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater
Kleine Preise! Nachm. 3½ Uhr:
Frau Holle.
Märchen. Weihnachtskomödie.
Dazu: Die lustigen Schornsteinfeger.
Parkett 1 M., ref. Pl. 50, Entree 30 Pf.
Abends 8 Uhr:
Eine lustige Spreewaldfahrt von **P. Lincke.**
Mizi Gizi — Siegw. Gentes Brothers Schenk und die übrigen Dezember-Attraktionen.

Wintergarten
Otto Reutter
Senorita Florido, span. Tänzerin. Camille-Trio, kom. Reckturner Kara, Meisterjongl. Mlle. Jonia mit ihren dress. Bären. Kaufmanns 12 ladys cycle troupe. 3 Gebr. Wille, Hand- u. Kopf-Equilibrist. Dr Angelos lebend. Porzell. Dorothy Kenton, amer. Banjo-Virtuosin. Paul Conchas, Armee-Herkules. Madelaine de Nocé, französ. Sängerin. Der Biograph. ::: ::: ::: :::
ENTREE M.1 RESERV. PLATZ M2 einschliessl. Garderobe u. Programm

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Oill. Brunnenstr. 16.
Fridolin
oder:
Der Gang nach dem Eisenhammer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag, 10. Dez.: Benefiz: Karl Reich. Ein Tag vor Weihnachten. Versprechen hint. Herd.
Sonnabend, 12. Dez.: Gr. Extra-Vorstellung: Zum erstenmal: Die Schule der Liebe.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstraße.
Die lästige Witwe.
Die Brautschau.
Freitag, den 11. Dezember 1908:
Premiere.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
8 Uhr: Corradini usw. usw.
Das weltberühmte **Bergère-Quartett.**
9½ Uhr: Jubelnder Lacherfolg!
„Die Dianabäder".
Sonntag 4 Uhr: Die fidele Kiste.

Walhalla Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Das neue großartige
Dezember-Spezialitäten-Programm.
Im Tunnel Regimentskapellen rc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm!!!!
Franz Sobanski.
Les Mandros, Gebr. Weiß, E. Charton, Grete Reimann, Mstr. Rex, Mstr. Giron.
Leute von heute.
Berl. Lebensbild mit Gesang in 1 Akt.
Mittw., Sonnab., Sonnt., n. d. B.: Tanz.
16. Dezemb. beg. d. Weihnachtsvorstllg.

Passage-Theater.
Jeden Abend
8 Uhr:
Bozena Bradsky
und das großartige Dezember-Programm.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree!
Lebend! Das Lebend!
Bärenweib.
Neapolitanische Briganten
Panophon-Vorträge:
Alexander Girardi, Otto Reutter, Caruso etc.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Ein Erfolg, wie ihn die Herrnfeld-Bühne bisher nie erreicht!
Die beiden Bindelbands.
Vorher: Vollständig neuer
Künstler-Teil:
Lona Heggi. — Mizzi v. Wenzl. Original-Lindström-Terzett. Les Rhyants. — 5 Hardinis.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr:
Der einzig dastehende Dezember-Spielplan!
U. a.:
Dolorita, die schöne Spanierin.
Jstvan Bélike,
Sturz aus der sechsten Etage.
Clerson and Georgi, Voltigeure.
La belle Florentine, lebende Bilder.
Werthers Leiden,
Burleske von Schmidt-Hawkins,
und **10 Attraktionen.**
Familienkarten, wochentags halbe Preise, überall gratis!

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn. Bis 1 Uhr nachts geöffnet. Bis 5½ Uhr: Populärer Tag. Eintritt 50 u. 30 Pf. Nachm. u. abends Auftreten der engagierten Eiskunstläufer und -läuferinnen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.

Zum Schluß neu:
Der Kompagnie-Ball
Militärische Humoreske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 U.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6

Direktion Wilhelm Reimer.
Montag, Donnerstag, Sonntag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzchen.
Einakter, Ensembleszenen.
Aktuelle Vorträge in Wort und Lied usw.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.
Der Obersteiger
oder:
Bergmanns Freud und Leid.
Charakterbild aus der Neuzeit.
Friedel, Obersteiger: Dir. G. Behrens.
Mr. **Henry: Das Wunder der Hunde-Dressur.**
Außerdem das
Elite-Dezember-Programm.
Anfang 8¼ Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Melchiorstraße 28. **Filiale Berlin.** Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. **Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Köln.**
2. Statutenberatung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Kollegen, die länger als vier Wochen schuldig sind, also die 45. Woche nicht bezahlt haben, und denen die Beiträge nicht gestundet sind, haben zu dieser Versammlung keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung.
130/18*

An die arbeitende Bevölkerung.
Tausende von Kindern erhalten kein warmes Mittagessen, weil die Mutter außer dem Hause arbeitet, oder weil die Hauptmahlzeit erst abends gekocht wird, wenn der Vater von der Arbeit kommt. Die Kinder erhalten mittags meist Kaffee und Brot usw.

Eine solche Ernährung ist für die Kinder gesundheitsschädlich. **Wir verabreichen in unseren Kinder-Volksküchen für Kinder im Alter von 2—6 Jahren ein Mittagessen für 5 Pf., sowie für schulpflichtige Kinder ein Mittagessen für 10 Pf.; auch kann das Essen nach Hause geholt werden.** Die Anstalten befinden sich: **Freiligrathstr. 7, Bredowstraße 22, Antonstr. 35, Gränthaler Str. 17, Swinemünder Straße 26, Senefelderstr. 3, Mulackstr. 35, Wilhelm-Sto ze-Straße 10, Gubener Str. 13, Forster Str. 51, Walzmannstraße 11, Gleimstr. 13, Turiner Straße 3, Hübnerstr. 5, Stralauer Plan 6/7, Großgörschenstr. 23. Marken a 5 Pf. und 10 Pf. sind in den mit Plakaten versehenen Verkaufsstellen zu haben, welche auch in den Kinder-Volksküchen zu erfahren sind.** 4999L*

P. S. **Die Küchen sind, außer an Sonn- und Feiertagen, von 11½ Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.**

Der Vorstand des Vereins für Kinder-Volksküchen.
Hermann Abraham, Vorsitzender.

Spezial-Geschäft für Uhren

1 neue Uhr-Feder la 75 Pfg.
1 neue Uhr-Kapsel . 15 Pfg.
1 neues Uhr-Glas . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Ring . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Zeiger 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pfg.
Neue Uhren L. größter Ausw. genau reguliert
E. Möbis,
14 Beuthstrasse 14
nab. Café Aschinger „a. Spittelmarkt"

Billige Rohtabake. *
Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)
Bezirksversammlungen:
Bezirk 1. Am **Donnerstag, den 10. Dezember,** beim Kollegen **Schwarz,** Tegeler Str. 55.
„ 2. Am **Freitag, den 11. Dezember,** beim Kollegen **Kramer,** Hussitenstr. 40.
„ 3. Am **Freitag, den 11. Dezember,** beim Kollegen **Anton Boeker,** Weberstr. 17.
„ 4. Am **Freitag, den 11. Dezember,** beim Kollegen **Zieß,** Warschauer Str. 61.
„ 5. Am **Donnerstag, den 10. Dezember,** beim Kollegen **Aug. Bercht,** Ritterstr. 75.
„ 6. Am **Freitag, den 11. Dezember,** beim Kollegen **Gensch,** Dresdener Str. 107/108.
51/6
Die Ortsverwaltung.

21 Gegründet 1864 21
Pelzwaren-Fabrik

S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21 II (Ordonnanzhaus)
Kein Laden!
Einzelverkauf
wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Pelz-Stolas Muffen
zu fabelhaft billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.
21 Repar sauber u. billig 21

Wir verkaufen
jetzt noch billigst
□R **4 Mk.** an
in Petershagen, Ostbahn
□R **10 Mk.** an
Seegefeld, am Bahnhof
□R **12 Mk.** an
Kaulsdorf, am Bahnhof
□R **10 Mk.** an
Bahnhof Sadowa, Biesdorf, Kaulsdorf—Süd
□R **30 Mk.** an
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Verkaufsstellen an den Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 15.

Steppdecken
größte Auswahl, sehr preiswert, direkt ind. Fabrik
Bernhard Strohmandel,
Berlin S. 14, **72 Wallstraße 72**
W. 15, Joachimsthaler Straße 25/26
Alte Steppdecken werden aufgearbeitet.
Praktische Weihnachtszugabe.

Wer-Stoff-hat
fertige Herrenanzug **20 M.,** feinste Zutaten, zwei Anproben, für guten Sitz bekam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II** (Alexanderplatz). Gegründet 1892. — Reste zu Anzügen spottbillig. Gelegenheitskauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neueste Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß **36** M. und Winterhose Lefèvre **12** M., weich und warm und Gehrockanzug Paris 48 M., seid. Klappen, Tuchkammgarn unerreicht. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Ohne Konkurrenz. 21/15

6255L*
Erprobt und bewährt!
Spiritus-Glühlicht-
Lampen u. Brenner
Spiritus-Zentrale G. m. b. H.
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Dieses Kostüm soll nur 20 Mark kosten?
„Nicht denkbar!" — Und doch!!!
Kommen Sie, bitte, sofort ins
Spezial-Konfektionshaus Westmann
Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstraße 37a** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße,
und **Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.
und überzeugen Sie sich!
Fast umsonst
gebe ich jetzt der schlechten Konjunktur wegen ab:
Kostüme □□□ Kleider □□□ Röcke □□□ Blusen
in hocheleganten, modernen Fassons und **sauberster Verarbeitung.**
Frauenmäntel, Uebergangsmäntel, Jacketts, Capes, Golfjacken, Abend- und **Theatermäntel, Paletots, Astrachan-** und **Plüschkonfektion, Kinderkonfektion, Pelzjacketts, -Stolas** und **Muffen.**
Keine Ramschware! Nach folgenden Notierungen: Eigene Fabrikation!
Originalw. bis M. 30.— bis M. 50.— bis M. 84.— bis M. 106.— bis M. 180.— bis M. 300.—
jetzt nur M. 7.— nur M. 12½ nur M. 20.— nur M. 25.— nur M. 40.— nur M. 85.—
Weihnachtseinkäufe in meinen Geschäften besorgt man **jetzt!**
Originalmodelle, Reisemuster und **Kopien** zu jedem annehmbaren Preise!
Besuch vormittags erbeten, da nachmittags der Andrang zu stark ist.
Im eigenen Interesse achte man genau auf meine Firma und Hausnummer!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den
1. Berliner Reichstagswahlkreis
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Franz Götze
Georgenkirchstr. 63
verstorben ist. 208/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 6. Dezember, nachmittags 5½ Uhr, entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Milchhändler
Gustav Bischoff
in seinem 56. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Witwe
Alma Bischoff geb. Probst.
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Rummelsburg, Goethestraße 5, aus statt. 9Sb

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Gatten sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen vom 581. Bezirk des 6. Wahlkreises sowie den Formern und Berufsgenossen der Firma Aichele u. Bachmann meinen herzlichsten Dank.
Witwe Schröder.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, Vaters, Schwiegervaters und Großvaters
Otto Klinger
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Vereinen unseren herzlichen Dank. 5371S
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sprechen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangverein, Sektion der Putzer Berlins, den Kollegen der Firma Fordl und dem Wahlbezirk Nr. 166 (Görlitzer Viertel) unseren herzlichsten Dank.
93b **Familie Robert.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, des Zementschleifers **Adolf Barendt** sagen wir allen Freunden u. Bekannten sowie dem Wahlverein von Französisch-Buchholz unseren herzlichen Dank.
Wwe. Amalie Barendt nebst Kindern,
Buch (Bez. Potsdam), Kaiser-Friedrich-Straße Nr. 60. 92b

Danksagung.
Für die innige Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Heinrich Schwahn
sagen wir den Genossen des ersten Berliner Reichstagswahlkreises sowie den Kollegen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, insbesondere den Kollegen der Brauerei Engelhardt, unseren herzlichsten Dank. 98b
Witwe **Schwahn** nebst Kindern.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines unvergeßlichen Mannes, sage ich allen Teilnehmern, die meinem Mann das letzte Geleit gegeben haben, meinen aufrichtigsten Dank.
Rixdorf, 7. Dezember 1908.
Witwe **Hedwig Jendrzejck** nebst Tochter.

Danksagung.
Für die aufrichtige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Paul Pannecke
5372 nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten, Kollegen und Mitarbeitern der A. E.-G. meinen herzlichsten Dank.
Berta Griese.

✝
Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten! *

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Dr. Conradys Vorträge.

Am Montagabend hielt Genosse Dr. Conrady in den „Germaniasälen“ seinen fünften Vortrag über „Die Geschichte der französischen Revolution“. Der Redner schilderte zunächst die Lage Frankreichs zu Anfang des Jahres 1793, nach der Hinrichtung Louis XVI. Ganz Europa stand in Waffen gegen die Revolutionäre, überall erhoben sich die Mächte zum Beistand von Preußen und Oesterreich. Auch England nahm die Gelegenheit wahr, um gegen einen unbequemen Konkurrenten den Krieg zu führen, denn der Krieg mit England war ein Konkurrenzkampf zweier Handelsmächte. Dazu kam der Aufstand in der Vendee, wo der Feudalismus zum Teil noch unberührt geblieben war, wo sich die Bauern für ihre Herren schlugen und in der Revolution ihren gefährlichsten Feind erblickten. Mit furchtbarer Erbitterung wurde in der Vendee gekämpft. Man machte keine Gefangenen, man tötete ohne Gnade die Menschen, man verbrannte ihre Wohnstätten und verwüstete das Land. Wohl 100 000 Menschen mußten in der Vendee ihr Leben lassen. Für die Republikaner war die herrschende Lage ein Kampf auf Leben und Tod. Draußen drohte das koalierte Europa und mußte niedergeworfen werden. Im Innern erhob sich der Feind und vermehrte die Gefahr aufs furchtbarste. Jetzt mußten alle Kräfte angespannt werden, alle Rücksichten mußten aufhören. Hier liegen die Wurzeln der Schreckensherrschaft, die Ströme von Blut vergoß, hier ist die Ursache der Diktatur, der die Aufgabe zufiel, die Feinde der Republik zu vernichten und dem Drängen des Volkes nach Besserung seiner Lage gerecht zu werden. Diese Politik versuchten die Jakobiner im Nationalkonvent gegen den heftigen Widerstand der Girondisten durchzusetzen. Bittere Kämpfe wurden geführt. Die Girondisten versuchten Robespierre, Danton und Marat zu stürzen. Aber sie hatten keinen Erfolg. Die Volksmassen standen auf seiten der Jakobiner. Tumulte entstanden in Paris; billige Lebensmittel verlangte das Volk. Die Patrioten, wie sich die Anhänger der Revolution nannten, drangen in die Läden und setzten die Preise fest. Marat gab selbst in seiner Zeitung den Rat, daß man einen Bäckermeister, der das Brot verteuert, vor seiner Ladentüre zum warnenden Exempel aufhängen sollte. Marat wurde angeklagt, aber vom Revolutionstribunal freigesprochen. Die Gironde verlor an Einfluß. Vom Kriegsschauplatz kam die Kunde, daß General Dumouriez, der zur Gironde zählte, zum Verräter geworden sei. Die äußere Lage wurde bedrohlich, ein energisches und einheitliches Handeln war notwendig, der Konvent tat aber nichts Ersprießliches mehr, denn die Kämpfe zwischen Gironde und dem Berg verhinderten es. Die Bergpartei hatte aber tatkräftige Leute und die Gironde unterlag schließlich. Die Pariser Kommune griff ein. Am 31. Mai 1793 drangen die Pariser gegen den Konvent vor, um „die neue Aristokratie“ des Bürgertums, die Gironde, zu stürzen. Am 2. Juni begann ein neuer Angriff der Pariser Arbeiter und etwa 100 Girondisten mußten ihre Plätze im Nationalkonvent räumen, über 22 wurden mit Anklagen bedroht. Jetzt hatte die Linke freies Spiel, die sogenannte Ebene, die Mittelpartei, ging mit dem Berg und ein starkes, einheitliches Handeln war möglich geworden. Freilich war die Bewegung der Girondisten mit der gewaltsamen Entfernung ihrer Vertreter aus dem Konvent nicht erstickt. Die Partei erhob sich im Lande; besonders in drei Städten, in Lyon, Marseille und Toulon brachen gefährliche Unruhen aus. Diese Aufstände wurden vom Konvent niedergeworfen, allerdings, wie in Lyon, unter furchtbaren Blutopfern. Die Sieger hausten entsetzlich in den eingenommenen Städten, sie ließen das Blut ihrer Feinde in Strömen fließen. Ein Menschenleben galt gering zu jenen Zeiten. Die Republikaner sahen sich umgeben von unbarmherzigen Feinden und kannten ebensowenig Barmherzigkeit. — Der Pariser Konvent entwickelte eine außerordentliche Tatkraft. Im Juni 1793 wurde eine demokratische Verfassung gegeben, die ein Veto des Volkes vorsah, aber im allgemeinen auf bürgerlichem Boden stand. Man erkannte das Recht auf Arbeit und das Recht auf Eigentum an. Man hatte bereits Maximalpreise für Getreide und dehnte das Maximum auf andere Waren und auf Rohstoffe aus. Durch Requisition gegen die Landwirte wollte man die Waren auf die Märkte schaffen. Alle Maßnahmen richteten sich auf Regelung des Handels, die Produktion zu organisieren, daran dachte man nicht. Man erließ ein „Gesetz gegen die Verdächtigen“. Der Wohlfahrtsausschuß bekam furchtbare Arbeit. Massenhafte Verhaftungen und Hinrichtungen fanden statt. Großartig war Frankreichs Erhebung gegen die äußeren Feinde. 1 200 000 Mann, ein ungeheures Heer, standen unter den Waffen und siegten mit ihrer neuen Taktik der losen Formation gegen die steifen Söldnerheere der Feinde. Carnot stand an der Spitze der Armee als der „Organisator des Sieges“. Auch in der Vendee neigte sich schließlich der Vorteil auf die Seite des Konvents. In diesem aber begann innerhalb der mächtigen Bergpartei sich ein Umschwung zu vollziehen. Robespierre, der „Unbestechliche“ genannt, sah die Korruption ihr Haupt erheben. Die Hebertisten und die Dantonisten fielen unter der Guillotine im Frühjahr 1794. In den letzten Monaten der Schreckensherrschaft wurden ungeheuer viele Menschen hingerichtet und oft aus nichtigen Ursachen. Man gab Robespierre die Schuld, obgleich dieser oft nichts davon wußte. Robespierre hatte mächtige Feinde. Alle, die sich auf Kosten des Volkes bereichert hatten, die voll Habgier ihre Stellung und ihren Einfluß im Konvent auszunutzen suchten, fürchteten ihn und arbeiteten an seinem Sturze. Am 9. Thermidor, den 27. Juli 1794, wurden Robespierre und seine Anhänger verhaftet. Als Robespierre abgeführt wurde, rief er: „Die Republik ist verloren; die Räuber siegen!“ In der Pariser Kommune wollte man Robespierre zu Hilfe kommen und gegen den Konvent marschieren, aber es war zu spät. Robespierre fiel am 28. Juli 1794 unter der Guillotine. Nach ihm kam die raubgierige Bourgeoisie, die lange darauf gewartet hatte, obenauf. Die Räuber hatten gesiegt. Die Bourgeoispolitik setzte ein. Man holte die 73 ausgestoßenen Girondisten wieder in den Konvent und wer von den übrigen, die unter Anklage standen, noch lebte, konnte ebenfalls wieder Mitglied werden. Die Sansculotten aus den Pariser Vorstädten erhoben sich im Frühjahr 1795, aber sie wurden geschlagen. Der Jakobinerklub war aufgelöst worden. Der Bourgoisrepublik von Geldsackgnaden sollten jetzt die Wege geebnet werden.

Partei-Angelegenheiten.

Steglitz. Aus Anlaß der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Parteigenossen, den heutigen Zahlabend möglichst pünktlich 8 Uhr zu besuchen. Desgleichen weisen wir auf die Schloßstr. 102 eröffnete Jugendschriften-Ausstellung, geöffnet von 8—9 Uhr, hin.

Der Vorstand.

Lankwitz. Am Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, findet bei Ebel, Marienfelder Straße 9, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genossin Zietz aus Hamburg über das Thema: „Was sagen unsere Frauen zu der heutigen Politik?“ sprechen wird.

Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Heute Mittwochabend findet in sämtlichen Bezirken in den bekannten Lokalen der Zahlabend statt.

Der Vorstand.

Adlershof. Heute Mittwochabend 8½ Uhr findet bei Kaul, Bismarckstr. 16, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Genossen Hoffmann-Nowawes über: „Das persönliche Regiment“. Beiträge werden im Versammlungslokal entgegengenommen.

Der Vorstand.

Fredersdorf - Petershagen. Donnerstagabend 8½ Uhr Zahlabend bei Max Girke, Fredersdorf.

Berliner Nachrichten.

Bureaukratismus und Freispeisung.

Wohl kaum eine Angelegenheit hat der städtischen Schuldeputation zu so vielen Verfügungen Veranlassung gegeben wie die Freispeisung armer Schulkinder. Zu den schon bestehenden Verfügungen ist am 18. November eine neue gekommen, die sich durch Umfang und Gründlichkeit ganz besonders auszeichnet. Sie ist jetzt in den Berliner Volksschulen bekannt gegeben worden.

Der Inhalt dieser Verfügung ist für den sozialpolitischen Geist des Berliner Magistrats so kennzeichnend, daß wir es für angebracht halten, denselben zu veröffentlichen. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut:

Städtische Schuldeputation.
J.-Nr. 3715 Sch. I 08. Berlin, den 18. November 1908.

Für die Fortsetzung der Speisung bedürftiger Schulkinder während des Winterhalbjahres 1908/09 werden folgende Bestimmungen getroffen:

Die Herren Rektoren haben bereits diejenigen Kinder ausgewählt, deren Freispeisung nötig erscheint, und versehen jedes wochentäglich mit der erforderlichen Speisemarke. Dies ist vorläufig fortzusetzen. Wir ersuchen aber nochmals, sorgfältig nachzuprüfen, ob für die ausgewählten Kinder die Freispeisung wirklich notwendig ist. **Die Herren Rektoren wollen sich dabei vergegenwärtigen, daß durch eine zu nachsichtige Gewährung dieser Wohltat die Begehrlichkeit weiter Kreise geweckt, das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern zerstört und die Grundlage eines gesunden Familienlebens untergraben wird.**

Die von den Herren Rektoren mit Hilfe der Klassenlehrer ausgewählten Kinder erhalten, soweit dies in diesem Halbjahre noch nicht geschehen ist, in einem verschlossenen Briefumschlag das anliegende Formular 1 mit dem Auftrage, es vom Haushaltungsvorstand ausfüllen zu lassen und baldigst zur Schule zurückzubringen. Zu diesem Zwecke ist ein Briefumschlag dem Formular beizufügen. Für diejenigen Kinder, die das ausgefüllte und unterschriebene Formular zurückgebracht haben, sind durch den Klassenlehrer die Nummern 1 bis 8 des Fragebogens auszufüllen. Die mit der Unterschrift des Rektors versehenen Fragebogen werden darauf seitens der Schule **den Armenkommissionen** der Bezirke, in denen die Kinder wohnen, zur weiteren Veranlassung übermittelt. Besuchen mehrere Kinder derselben Familie dieselbe Schule und ist für sie Freispeisung in Aussicht genommen, so sind die bezüglichen Fragebogen verbunden der Armenkommission zu übersenden. Kinder, deren Eltern die Unterschrift der Erklärung verweigern oder nicht vollziehen, sind von der weiteren Speisung auszuschließen, es sei denn, daß die Speisung nach dem Urteil der Schule dringend notwendig ist. Für solche Kinder, die, ohne daß die Eltern die Erklärung unterschrieben haben, von der Schule zur weiteren Speisung zugelassen werden, sind, wenn die Armenkommission die Freispeisung gleichfalls befürwortet, die Anträge an die Magistratskommissionen für die Schulspeisung durch das Bureau der Deputation zur Prüfung, **ob etwa grobe Vernachlässigung der elterlichen Pflichten vorliegt und zur Ergreifung weiterer fürsorgerischer Maßnahmen** einzureichen.

Wird von der Armenkommission auf den zurückgesandten Fragebogen die Freispeisung befürwortet, so ist sie für die von der Armenkommission vorgeschlagenen Zeit als genehmigt anzusehen und in der bisherigen Weise fortzusetzen. Ueber die den einzelnen Kindern täglich verabreichten Speisemarken ist **Buch zu führen.** Wird von der Armenkommission bescheinigt, daß Freispeisung nicht notwendig ist und schließen sich Rektor und Klassenlehrer auf Grund der von der Armenkommission mitgeteilten Tatsachen diesem Gutachten an, so ist die Freispeisung einzustellen und der Magistratskommission für Schulspeisung durch das Bureau der Schuldeputation unter Einsendung des Fragebogens und Angabe der Zahl der Tage, an denen die Freispeisung stattgefunden hat, Bericht zu erstatten. Stimmen Rektor und Klassenlehrer mit dem Gutachten der Armenkommission nicht überein, so sendet der Rektor mit Formular 3 den Fragebogen an die Magistratskommission für die Schulspeisung durch das Bureau der Schuldeputation zur Entscheidung ein. Bis zur Entscheidung ist die Freispeisung fortzusetzen. Ueber diejenigen Fragebogen, die vierzehn Tage nach der Uebersendung an die Armenkommissionen von diesen nicht erledigt sind, bitten wir Anzeigen nach dem beigefügten Formular 4 durch das Bureau der Schuldeputation der Armenkommission einzusenden. Wird auch daraufhin innerhalb 10 Tagen der Fragebogen nicht an die Schule zurückgesandt, so ist mit demselben Formular eine zweite Anzeige zu erstatten. 14 Tage vor Ablauf der festgesetzten Dauer der Freispeisung reichen die Rektoren die Fragebogen von neuem der zuständigen Armenkommission ein (vergleiche Vordruck auf Seite 3 des Fragebogens). Befürwortet die Armenkommission die Fortsetzung der Freispeisung und ist die Schule derselben Meinung, so dauert die Freispeisung ohne weiteres bis zu dem von der Armenkommission vorgeschlagenen Termine, der aber über den Schluß des Semesters nicht hinausgehen darf. Sind Armenkommission und Schule bezüglich der Fortsetzung nicht derselben Meinung, so wird unter Benutzung von Formular 3, wie oben angegeben, verfahren, die Freispeisung aber bis zur Entscheidung fortgesetzt. War die Dauer der Freispeisung von der Armenkommission nicht bis zum Schluß des Halbjahres befürwortet, so muß der Fragebogen vor Ablauf der vorgeschlagenen Speisezeit zum Gutachten über die etwaige Fortsetzung nochmals an die Armenkommission zurückgehen (vergl. Vordruck auf S. 3 des Fragebogens). Endlich hat bei Abschluß der Freispeisung am Ende oder im Laufe des Semesters der Rektor dies auf dem Fragebogen zu bescheinigen, unter Angabe der Zahl der Tage, an denen die Freispeisung erfolgt ist.

Ueber die gespeisten Kinder ist in jeder Schule eine Liste nach dem anliegenden Formular zu führen.

gez. Hirsekorn.

Soweit der Wortlaut der Verfügung. Sie sieht für die Regelung der Freispeisung nicht weniger als fünf, sage und schreibe „fünf“ verschiedene Formulare vor. Der ganze Apparat, der durch sie in Szene gesetzt wird, ist so umständlich, daß Rektoren und Lehrer die Lust verlieren können, überhaupt noch einen Schüler vorzuschlagen. Die Erklärung, die von den Eltern zu unterzeichnen ist, dürfte vollends noch die wenigen abhalten, die trotzdem zur Freispeisung vorgeschlagen werden. Formular 1 lautet nämlich:

Nach Meldung des Herrn Rektors erhält Ihr Kind kein warmes Mittagessen. Wir sind bereit, zu veranlassen, daß Ihrem Kinde wochentäglich eine Mittagsmahlzeit von der Kindervolksküche verabreicht wird, es bleibt aber vorbehalten, die für die Speisung Ihres Kindes entstandenen Kosten von Ihnen einzuziehen, wenn sich bei unseren Ermittelungen herausstellt, daß Sie in der Lage sind, diese Summe zu erstatten. Wir ersuchen Sie, durch Unterschrift der nachstehenden Erklärung zu bekunden, daß Sie mit der Speisung Ihres Kindes unter der angegebenen Bedingung einverstanden sind, und mitzuteilen, bis zu welchem Zeitpunkt Sie die Speisung beantragen.

Berlin . . . . . .

Städtische Schuldeputation.

Erklärung.

Ich bin mit der Speisung meines Kindes unter der oben angeführten Bedingung einverstanden und beantrage, meinem Kinde bis zum . . . . . warmes Mittagessen zu verabreichen.

Berlin . . . . . .

Man hat das Gefühl, als sei der ganze Apparat absichtlich so umständlich gestaltet worden, um den Armen die Freispeisung gründlich zu versalzen.

Die ganze Verfügung der Schuldeputation atmet nicht den Geist des Schulrats, sondern den des Vorsitzenden der Armendirektion, Herrn Münsterberg. Wer die „tiefgründigen“ Auslassungen dieses „Anwalts der Armen“ in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gehört hat, weiß, von wem die in der Verfügung enthaltenen Sätze herrühren, in denen es heißt, man dürfe nicht „durch eine zu nachsichtige Gewährung dieser Wohltat die Begehrlichkeit weiter Kreise wecken, das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern nicht zerstören und die Grundlage eines gesunden Familienlebens nicht untergraben“.

Nichts konnte mehr die ganze Frage der Schulspeisung in weiten Kreisen in Mißkredit bringen, als diese Art der Handhabung. Und das ist unserer festen Ueberzeugung nach der Zweck der Uebung. Man möchte nach außen den Anschein erwecken, etwas getan zu haben, trifft aber Maßnahmen, durch die die Freispeisung so gut wie beseitigt wird.

Aus der Tätigkeit eines Kirchenvaters.

Der „Kirchlich-liberale Bote“ der Gemeinden Paul Gerhardt, Elias und Gethsemane erzählt in seiner Novembernummer unter der Ueberschrift: „Ein Kirchenältester, wie er nicht sein soll“, folgende erbauliche Geschichte aus der Paul Gerhardt-Gemeinde (Schönhauser Viertel, außerhalb der Ringbahn):

„In unserer Gemeinde geht das Gerücht, **ein Kirchenältester habe sich an Frauen sittlich vergangen.** Selbstverständlich rief dieses Gerücht große Erregung hervor, um so mehr als bestimmte Einzelheiten erzählt wurden und vom Kirchenrat nichts geschah, diesem Gerücht entgegenzutreten. Wie wir nun erfahren, beruht dasselbe leider auf Wahrheit. Der Sachverhalt ist folgender: Der betreffende Kirchenälteste trat bei einer Frau, die von der Kirche Unterstützung erbeten hatte, als Oberkirchenrat auf und wußte die Frau seinem Willen gefügig zu machen. Wie die Frau aussagt, hätte sie sich nicht vergessen, wenn sie nicht gefürchtet hätte, sie bekäme von der Kirche nichts, wenn sie ihm nicht zu Willen gewesen wäre. Bei einer anderen Frau versuchte er dasselbe Manöver, holte sich aber eine derbe Zurechtweisung, so daß er die Frau dringend bat, sie möchte doch nichts davon erzählen.

Nun wird ja niemand aus diesem Vorfall dem positiven Wahlausschuß, der seinerzeit die Kandidaten aufstellte, einen Vorwurf machen wollen. Denn „Der Mensch siehet, was vor Augen ist“, und wir würden uns mit der ganzen schmutzigen Geschichte gar nicht befassen, wenn der Gemeindekirchenrat dieses räudige Schaf sofort aus seinem Kreise entfernt hätte. Merkwürdigerweise wurde der Mann sogar von einigen Herren in Schutz genommen. Sie bemühten sich mit einem Eifer, der einem Detektiv alle Ehre gemacht hätte, Material gegen die beiden Frauen zu sammeln, um diese als unglaubwürdig hinzustellen. Auch will es uns scheinen, als wenn auch der Herr Vorsitzende des Gemeindekirchenrats in diesem Falle das Ansehen der Gemeinde nicht mit der nötigen Energie gewahrt hatte. Um so mehr müssen wir es anerkennen, daß ein anderer Herr aus dem Gemeindekirchenrate die Angelegenheit mit erfreulicher Entschiedenheit in die Hand nahm. Leider hatte er wenig Erfolg. Trotzdem er unzweideutige Beweise von der Schuld des Aeltesten beibrachte, wurde er aufs heftigste angefeindet. Der Bock aber blieb Gärtner. Er nahm sogar an der Wahl des 3. Geistlichen teil, der zufällig mit einer Stimme Majorität gewählt wurde, er unterzeichnete auch die Urkunde mit, die in den Grundstein der Kirche eingelötet wurde. Da sich der Herr nicht anders helfen konnte, reichte er eine Beschwerde an das Konsistorium ein, welche sie an den Vorstand der Kreissynode weitergab, und da liegt die Sache jetzt noch. Der Bock aber bleibt Gärtner.

Angesichts dieser Tatsache protestieren wir auf das entschiedenste dagegen, daß die Gemeinde sich einen solchen Mann als Kirchenältesten gefallen lassen muß, dessen Verhalten der guten Sitte Hohn spricht.

Ferner protestieren wir dagegen, daß ein Mann angefeindet wird, der das Ansehen des Kirchenrats und der Gemeinde energisch in Schutz nimmt.“

Es ist schade, daß der „Kirchlich-liberale Bote“ nicht den Namen des sittsamen Kirchenvaters nennt, damit er öffentlich an den Pranger gestellt werden kann. Das verdient ein Mann, der sich an armen hilfesuchenden Frauen in dieser unverschämten Weise vergeht.

Die Jagd nach Arbeitsstellen

ist in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit besonders arg. Kaum ist der Arbeitsmarkt ausgegeben, beginnt auch schon ein Wettrennen nach etwaigen offenen Stellen, und seien sie auch noch so miserabel. Am Montag befand sich in der Ausgabe des Arbeitsmarktes des „Lokalanzeiger“ ein Inserat, nach welchem Aktenhefter gesucht wurden. Meldungen Linkstr. 19 bei Baurat Giebel von 10—12 Uhr. Um diese Zeit fanden sich fast gleichzeitig 40 Stellenlose ein. Auf die bescheidene Frage nach den Bedingungen erklärte der Baurat, daß die regelmäßige Arbeitszeit von 8 bis 4 Uhr dauere, daß aber bei stärkerem Geschäftsgange bis 6 Uhr gearbeitet werden müsse.

Die Gesellschaft, für die das Engagement geschieht, ist die Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Aktiengesellschaft; sie hat für die angegebene Arbeitszeit den horrenden Lohn von 30 Mark pro Monat ausgeworfen. Dabei verlangt sie noch Vorlegung von Führungszeugnissen. Es ist unerhört, in welcher Weise sich Arbeitgeber die herrschende Arbeitslosigkeit zunutze machen. Im gewöhnlichen Leben macht sich ein Mensch, der die Notlage seiner Mitmenschen ausnutzt in seinem persönlichen Interesse, des Wuchers schuldig. Sollte das nicht auch auf vorliegenden Fall zutreffen?

Eine schwere nächtliche Bluttat im Untersuchungsgefängnis versetzte in der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr die dort beschäftigten Beamten in große Aufregung. Der Gefangenaufseher Bastard hatte auf dem Hofe, in dem sich das Lazarett befindet, gestern nacht Dienst. Als B. gegen ½11 Uhr die in einem Gange befindliche Wächterkontrolluhr aufsuchen wollte, sprang plötzlich aus einer dunklen Nische ein Mann mit gezücktem Messer auf ihn zu. Ehe B. zur Besinnung kam, hatte ihm der Sträfling drei tiefe Stiche in den Kopf beigebracht, welche das Gehirn bloßlegten. Der Schwerverletzte hatte noch die Kraft, seinen Säbel zu ziehen und sich den Burschen vom

Leibe zu halten, dann brach er blutüberströmt und besinnungslos zusammen. Als er nach einiger Zeit aus der Betäubung erwachte, schleppte er sich mühsam zu dem nächsten Telephon, um nach der Zentrale den Alarmruf zu geben. Bastard konnte aber nur noch die Kurbel drehen, dann sank er wiederum zusammen. Im letzten Moment gab er noch aus seiner Browningpistole zwei Alarmschüsse ab. Diese Schüsse wurden zwar von dem übrigen Aufseherpersonal gehört, das aber machtlos war. In dem Untersuchungsgefängnis ist von dem Direktor nach Einziehung der Militärposten die Einrichtung getroffen worden, daß in jedem der Höfe nur ein bewaffneter Aufseher Wache hält. Die Schlüssel zu den einzelnen eisernen Verbindungstüren sind den Aufsehern abgenommen worden, während die Militärposten früher mit den Schlüsseln versehen waren und einen Rundgang durch sämtliche Höfe machen konnten. Durch diese neue Einrichtung war es den übrigen Aufsehern unmöglich, ihrem schwerverletzten und bedrängten Kollegen sofortige Hilfe zu bringen. Schließlich kletterte der Aufseher Genske über die fünf Meter hohe Mauer. Kaum hatte er den Gang betreten, als der Messerheld auf ihn losstürzte. Es kam zu einem heftigen Kampfe. Als es dem Aufseher nicht gelang, dem gefährlichen Burschen das Messer zu entreißen, zog er in der Notwehr seine Browningpistole und schoß den Gefangenen nieder. Die Kugel traf diesen in den Unterleib. Erst jetzt erschienen die übrigen Aufseher, nachdem von der Zentrale die Schlüssel geholt waren. Der schwerverletzte Aufseher wurde in hoffnungslosem Zustande einem Krankenhause zugeführt. Der von dem Aufseher niedergeschossene Häftling ist ein gewisser Rubin, der wegen verschiedener Vergehen und Verbrechen in Haft sitzt. Er war in einer Werkstatt im Gefängnis beschäftigt gewesen und hatte es verstanden, das zur Bluttat benutzte Messer zurückzubehalten. Der ebenfalls Schwerverletzte wurde noch in der Nacht mit einer Droschke nach der Charité geschafft, wo er, dem Vernehmen nach, inzwischen verstorben sein soll.

Um ihre Spareinlagen gekommen sind viele Lehrer, die dem Hilfsverein deutscher Lehrer Einlagen anvertraut hatten. Der Verein mußte kürzlich Konkurs anmelden. Die Aktiengesellschaft wurde 1895 mit einem Kapital von 20 000 M. gegründet, um die Spareinlagen zu verzinsen. Der Geschäftsbetrieb ließ sich günstig an, denn die Bilanzen weisen Bestände von 60 000, 100 000, 300 000 und 495 000 M. auf. Durch Spekulationen und auch durch Unterschlagungen ist jedoch das Vermögen der Gesellschaft verloren gegangen. Schließlich schrumpfte der Barbestand auf — 21 M. 95 Pf. zusammen. Der Verwalter schätzt im günstigsten Falle die Aktiva auf 293 021 M., die Vorrechtsforderungen, Masseschulden und Kosten des Verfahrens auf 19 600 M., die Forderungen ohne Vorrecht auf 1 514 466 M. Den letzteren steht eine Dividende von 18 Proz. in Aussicht.

Von der Dampffähre ins Wasser gesprungen und ertrunken ist das 19jährige Dienstmädchen Marie Rentsch, das bei dem Direktor St. bedienstet war. Die R. war von ihrer Dienstherrschaft beschuldigt, einige kleine Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, doch kamen sie nach ihren Behauptungen bei der Schuldfrage nicht in Betracht. Aus Gram über das ihr angeblich widerfahrene Unrecht suchte das junge Mädchen den Tod. Es fuhr zu den Eltern nach Strausberg, um sich von ihnen zu verabschieden und stürzte sich dann nachts von der am Straußsee liegenden Dampffähre in die Fluten und ertrank.

In der Irrenhaussache des Kaufmanns Lubecki in Beuthen war auch gegen unseren verantwortlichen Redakteur Georg Davidsohn Anklage erhoben. Wir hatten neben der „Zeit am Montag" rein sachlich über die Angelegenheit referiert; nichtsdestoweniger hatte die Staatsanwaltschaft geglaubt, Beleidigungen gegen Herrn Dr. Alter herauszulesen und Genossen Davidsohn vor den Untersuchungsrichter zitiert. Jetzt ist letzterem von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist. Es hätte gar nicht erst eröffnet werden sollen, da die Absicht einer Beleidigung keineswegs, auch nicht mit der Lupe, in der inkriminierten Notiz zu entdecken war.

„Vater Linsener" ertrunken. Der älteste Fischer in der Umgebung Berlins, „Vater Linsener", hat jetzt den Tod in den Fluten des Seddinsee gefunden. Der alte Mann, der in den achtziger Jahren stand, dürfte vielen Berlinern von ihren Ausflügen her bekannt gewesen sein. Man nannte ihn nur noch „Vater Linsener". Tagtäglich saß er auf seinem Angelkahn und suchte nach Fischen. Jetzt hat er in seinem eigenen Revier den Tod im Wasser gesucht. Andere Fischer fanden seine Leiche am Ufer im Wasser liegen. Nur wenige Meter vom Uferrand entfernt lag sie mit Steinen beschwert am Grund. Da Linsener in den letzten Tagen wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, so kann nur angenommen werden, daß er sich selbst das Leben genommen hat. Linsener hatte die letzten Feldzüge sämtlich mitgemacht. Ein kürzlich erlittener Schlaganfall ist wohl jedenfalls die Ursache für die Tat des Lebensmüden.

Folgenschwere Benzinexplosion. Schrecklich zugerichtet wurden gestern abend die beiden Maschinenschlosser Karl Schuppe, Buttmannstraße 13, und Wilhelm Klpp, Rhinower Straße 24. Die beiden, junge Leute im Alter von 19 und 20 Jahren, waren in einer Automobilreparaturwerkstätte in der Kolonienstraße tätig gewesen. Gestern abend hatten sie ein reparaturbedürftiges Automobil vorgenommen, bei dem auch der Benzinbehälter nicht in Ordnung war. Sie schafften den Kraftwagen über die Fahrgrube und stiegen dann in die Versenkung hinab, um die unteren Teile des Kraftwagens besser untersuchen zu können. Als sie nun mit der Lampe herumhantierten, entwickelten sich infolge des ausströmenden Benzins aus dem Reservoir Dämpfe und plötzlich ertönte eine Detonation. Das Benzin war zur Explosion gekommen und die Stichflammen trafen die beiden Schlosser, die jetzt in eine furchtbare Situation gerieten. Sie vermochten sich nicht aus ihrer qualvollen Lage zu retten. Zweifellos wären die Aermsten vollständig verbrannt, wenn nicht ein Werkmeister, der den Knall gehört hatte, hinzugeeilt wäre und die beiden aus der Grube herausgeholt hätte. Er löschte die Flammen an ihnen und rief aus der Nachbarschaft einen Arzt herbei. Sch. und K. hatten am Kopf, im Gesicht, an den Armen und an der Brust furchtbare Brandwunden erlitten. In Fetzen hing den Unglücklichen die Haut herunter. Nach Anlegung von Notverbänden wurden beide nach dem Virchow-Krankenhause gebracht.

Opfer der Arbeitslosigkeit. Der gestrige Polizeibericht meldet: Am Montag früh erhängte sich der 51 Jahre alte Arbeiter Richard B. in seiner Wohnung in der Graudenzer Straße. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Den Selbstmord beging er aus Lebensüberdruß infolge eines Nervenleidens und Arbeitslosigkeit. — Am Montagvormittag wurde der 36 Jahre alte Arbeiter Karl M., der bei seiner Schwester in einem Hause der Havelberger Straße wohnt, im Kellereingange des Quergebäudes des genannten Hauses am Wasserleitungsrohr mittels Schnur erhängt aufgefunden. Nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, wurde die Leiche dem Schauhause zugeführt. Der Beweggrund zum Selbstmord soll nach Aussagen der Schwester in Arbeitslosigkeit zu suchen sein.

Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse der Kaufleute. Bei der am Sonntag, den 6. Dezember, stattgefundenen Delegiertenwahl der Arbeitnehmer der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker wurden für die vereinigte Liste des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen 2483 Stimmen abgegeben. Gegner waren nicht auf dem Plan erschienen. Der Wahlakt für die 372 Arbeitnehmer-Delegierten wurde in zwei Lokalen: Dräseks Festsälen und Lebensquelle vollzogen und nahm einen mustergiltigen Verlauf. Unter den verschiedenen Wählergruppen war auch das weibliche Geschlecht zahlreich beteiligt.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 Uhr kam in der Langestraße 42 Feuer aus. Es brannten dort bei Ankunft der Feuerwehr in einem Furagegeschäft Säcke u. a. Der 1. Zug hatte einen großen Kellerbrand in der Neuen Königstr. 11 zu löschen. Dort stand der Keller in großer Ausdehnung in Flammen; diese hatten an Korbabfällen so reiche Nahrung gefunden, daß die Feuerwehr mit zwei Schlauchleitungen kräftig Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Gleichzeitig brannten in einem Keller Rosenthaler Straße 68 Preßkohlen u. a. In der Annenstr. 5 hatte der 5. Zug zu tun. Dort war in einem Lagerraum Feuer ausgekommen, das an Watten und der Einrichtung schnell Nahrung gefunden hatte. Möbel, Wäsche u. a. wurden in der Naunynstr. 7 ein Raub der Flammen. Ein Schaufensterbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Georgenkirchstr. 64. Am Holsteiner Ufer 6 und in der Steglitzer Straße 63 mußten Wohnungsbrände, die aus Unvorsichtigkeit entstanden sein sollen, gelöscht werden. Außerdem wurden noch mehrere kleinere Brände gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Fall Haberland in der Stadtverordnetenversammlung.

Vor einiger Zeit erschien in einer in der Finanzwelt gelesenen Monatsschrift ein Artikel, betitelt: „Die Haberland-Fraktion". In diesem Artikel waren neben allgemeinen Ausführungen über die Bodenpolitik schwere Angriffe gegen Mitglieder der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gerichtet worden. Es wird gesagt, daß es in Wirklichkeit nur Grundstücksinteressen sind, die in Schöneberg eine reinliche Scheidung unter den bürgerlichen Parteien herbeiführen, die so weit gehen, daß eine Fraktion (die liberale Vereinigung) sogar offen den Namen „Haberland-Fraktion" führe. Haberland ist bekanntlich der Direktor der Berlinischen Bodengesellschaft, die vornehmlich auch in Schöneberg ihre Bodenspekulationen betreibt. Es wird dann in dem Artikel weiter gesagt, daß Haberland, der gar nicht in Schöneberg wohne, bei den Schöneberger Stadtverordnetenwahlkämpfen die Hauptrolle gespielt und in der seinen Namen tragenden Fraktion sich eine ausgezeichnete Vertretung seiner Interessen geschaffen habe. Diese aus 14 Mann bestehende Fraktion soll sich zusammensetzen aus Verwandten Haberlands, aus Grundstückshändlern, welche für die Berlinische Bodengesellschaft tätig sind, und im übrigen aus Baumeistern und Architekten, auf deren Häusern Haberland die erste Hypothek besitzt. Es wird gesagt, daß Haberland nicht nur auf die Häuser, sondern auch auf den Ausfall der Wahlen die erste Hypothek besitzt. Der Stadtverordnetenvorsteher selbst soll als Taxator der Berlinischen Bodengesellschaft ein jährliches Einkommen von 10 000 Mark beziehen. Auch ein Mitglied des Magistrats soll Grundstücksagent Haberlands sein. Es werden dann noch einige Fälle herangezogen, bei denen die Berlinische Bodengesellschaft in ganz besonderer Weise interessiert war, so die Wertzuwachssteuer, die Untergrundbahn usw. — Dieser Artikel gab der Liberalen Vereinigung Veranlassung, bereits vor acht Tagen jedem Stadtverordneten eine schriftliche Erklärung zuzusenden, in welcher mitgeteilt wurde, daß niemand imstande wäre, einem Mitgliede der Fraktion nachzuweisen, daß er jemals seiner Verpflichtung, ausschließlich städtische Interessen wahrzunehmen, auch nur im mindesten untreu geworden wäre. Die gegenteiligen Behauptungen des betreffenden Artikels werden in dieser Erklärung als unbegründete Verdächtigungen gemeinster Art zurückgewiesen. Auf Antrag der liberalen Fraktion war nun diese Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Besprechung gestellt worden und ist als erster Punkt in der letzten Sitzung zur Verhandlung gekommen.

Stadtverordnetenvorsteher Lohausen (lib. Vg.) wandte sich namens seiner Fraktion gegen den Artikel, indem er zunächst den Verfasser desselben in ein ungünstiges Licht zu stellen versuchte. Eine Rundfrage in seiner Fraktion habe ergeben, daß nicht ein einziges Mitglied an Schöneberger Terrainspekulationen beteiligt sei. Es sei der Fraktion auch niemals eingefallen, sich den Namen Haberland-Fraktion zu geben. Nur ein Verwandter Haberlands befinde sich darunter, aber keine Grundstückshändler. Da von den 14 Mitgliedern 12 Hausbesitzer seien, so sei es auch erklärlich, weshalb die Fraktion gegen die Wertzuwachssteuer gestimmt habe, denn Hausbesitzer seien eben Gegner der Steuer. Auch die übrigen Vorwürfe wies Redner als unberechtigt zurück. Seine Fraktion habe bereits die nötigen Schritte getan, um gerichtlich gegen den Verfasser des Artikels vorzugehen. Nach der Meinung des Redners gibt es in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung keine Korruption.

Stadtv. Zobel (lib. Fr.) erklärte, daß es ihm nach dem warmherzigen Appell des Vorredners schwer werde, auf die Angelegenheit einzugehen, aber er müsse es tun, da seine Fraktion in der Bürgerschaft vielfach mit der liberalen Vereinigung verwechselt werde. An der Hand von Zeitungsausschnitten und Flugblättern weist Redner nach, daß die in dem genannten Artikel veröffentlichten Tatsachen bereits vor langer Zeit in Schöneberg bekannt seien, ohne daß die liberale Vereinigung es für nötig befunden habe, irgend etwas dagegen zu unternehmen. Man hätte schon viel früher Strafantrag stellen müssen, wenn die veröffentlichten Tatsachen nicht der Wahrheit entsprächen. Redner brachte dann noch weitere Beweise, wie der Direktor der Berlinischen Bodengesellschaft in die kommunalen Verhältnisse Schönebergs eingegriffen und wie er stets hierbei die Unterstützung der liberalen Vereinigung gefunden habe. In der ersten Abteilung könne kein Stadtverordneter gewählt werden, der nicht Herrn Haberland konveniert. Ja es sei sogar vorgekommen, daß ein Stadtverordneter sich erst von Herrn Haberland Rat holte, wie er in der Stadtverordnetenversammlung zu stimmen habe. Redner ersuchte, dafür zu sorgen, daß die Macht und der Einfluß Haberlands in Schöneberg gebrochen wird.

Stadtv. Hepner (Unabh. Vereinig.) gab ebenfalls zu, daß in dem genannten Artikel viel Wahres enthalten sei. Er hätte erwartet, daß der Magistrat in der Angelegenheit ebenfalls eingegriffen hätte, da sich die Angriffe doch gegen die ganze städtische Verwaltung richteten. Redner machte dem Magistrat weiter den Vorwurf, daß er die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht ausführe, wonach die Terrainbesitzer zu den Kosten der Untergrundbahn herangezogen werden sollen. Das komme einer Begünstigung der Terraingesellschaften gleich. Im übrigen war Redner der Meinung, daß sich Haberland Verdienste um Schöneberg erworben habe, auch wenn er dabei Millionen verdient habe.

Oberbürgermeister Wilde wandte sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Der Magistrat habe keine Veranlassung, in der Angelegenheit einzugreifen, da es sich in dem genannten Artikel nur um Angriffe gegen einzelne Stadtverordnete handelt. Der Magistrat habe niemals eine Terraingesellschaft bevorzugt, sondern stets dahin gestrebt, mehrere Terraingesellschaften nach Schöneberg heranzuziehen. Im übrigen richtete Redner an die Versammlung die Bitte, die Debatte nicht fortzusetzen, damit dem eingeleiteten Strafverfahren nicht vorgegriffen werde.

Die Versammlung folgte aber diesem Ratschlage des Oberbürgermeisters nicht, sondern setzte die Debatte ins Endlose fort. Die Mitglieder der liberalen Vereinigung sangen abwechselnd Loblieder auf den Stadtverordnetenvorsteher und Haberland, während die Redner der liberalen Fraktion ihre Angriffe auf die liberale Vereinigung fortsetzten. Diese Auseinandersetzungen gingen dann auch auf das persönliche Gebiet über und führten zu gegenseitigen heftigen Angriffen. Da es mittlerweile 10 Uhr geworden war, so schloß der Vorsteher einfach die Sitzung, ohne daß die Debatte zu Ende geführt wurde. Auch den Rednern, die das Wort zur Geschäftsordnung erbeten hatten, wurde dieses nicht gewährt und unter den heftigsten Widersprüchen und größten Tumulten fand die öffentliche Sitzung ihr Ende. Die sich daran anschließende geheime Sitzung konnte nicht stattfinden, da die liberale Fraktion nach Verlesung eines Protestes gegen die Geschäftsführung des Vorstehers den Sitzungssaal verlassen hatte und die Versammlung somit beschlußunfähig geworden war.

Rixdorf.

Schwer betroffen wurde eine Genossin, der am Sonnabend, den 5. Dezember cr. im Vollring bis zur Station Landsberger Allee ein Karton mit Goldsachen abhanden gekommen ist. Da die Genossin für die Sachen ersatzpflichtig ist, wird der ehrliche Finder dringend gebeten, dieselben in der Parteispedition Rixdorf abzugeben.

Am Sonntag, den 6. Dezember, ist in der Garderobe bei der Uraniavorstellung des Wahlvereins Rixdorf ein Spazierstock verwechselt worden. Es wird gebeten, denselben in der Parteispedition Neckarstr. 2 umzutauschen.

Wilmersdorf.

Einer sonderbaren Zurückhaltung befleißigte sich die „Wilmersdorfer Zeitung" in der Berichterstattung über den Beleidigungsprozeß unseres Genossen Heine gegen ihren verantwortlichen Redakteur Herrn Heenemann. Die „Wilmersdorfer Zeitung" hatte bekanntlich im Februar d. J. unter großer Ueberschrift drei Schmähartikel gegen Heine veröffentlicht. Hiergegen erhob unser Genosse Klage gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes. Vor Gericht stellte es sich heraus, daß die in den Artikeln erhobenen Anschuldigungen gegen Heine völlig haltlos waren. Der Angeklagte trat deshalb den Rückzug an und erklärte, die beleidigenden Behauptungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Man hätte nun von dem Blatte erwarten sollen, daß es seine Leser über den Gang der Gerichtsverhandlung objektiv unterrichten würde. Doch weit gefehlt. Die „Wilmersdorfer Zeitung" hat zwar über den Prozeß berichtet, die Art, in welcher sie es aber getan, entsprach so recht der Haltung und dem kläglichen Rückzug des Angeklagten vor Gericht. Am Tage darauf erschien in dem Blatte ein Bericht über den Prozeß, in welchem es zum Schlusse heißt:

> Nach zirka vierstündiger Verhandlung wurde über einen Vergleich verhandelt. Derselbe kam, wie uns „telephonisch" mitgeteilt wurde, dahingehend zustande, daß der Angeklagte eine Erklärung durch seinen Anwalt abgab, die Rechtsanwalt Heine akzeptierte und die beiden Teilen gerecht wird.

Damit zieht man sich am besten aus der Patsche; man läßt sich einfach „telephonieren" und die Sache ist erledigt.

Was brauchen auch die Leser im einzelnen zu wissen, daß keine der in den Schmähartikeln aufgestellten Behauptungen sich als wahr erwiesen hat.

Trotz dieser schamlosen Haltung wendet sich das Blatt in der gestrigen Nummer gegen die ihm in unserem Prozeßbericht zu teil gewordene Züchtigung und betont, bei „gelegener" Zeit den Speer recht tief in die verwundbare Ferse der Sozialdemokratie stechen zu wollen. Das Blatt hätte hinzufügen können: Etwaige moralische Ohrfeigen, die sich für uns daraus ergeben sollten, stecken wir unter dem Siegel der Verschwiegenheit ein.

Zur Stadtverordneten-Stichwahl. Wie groß selbst in bürgerlichen Kreisen die Mißstimmung über die heutige Wirtschaft in der Stadtverordnetenversammlung ist, zeigen verschiedene Vorgänge, die sich bei der Erörterung der bevorstehenden Stadtverordneten-Stichwahl im Kommunalverein abgespielt haben. Im Bezirksverein Kaiserplatz stellten gestern verschiedene Mitglieder sich auf den Standpunkt, daß die Geheimrats- und Sanitätsratsluft des Stadtparlaments etwas sozialdemokratisch infiziert werden müsse. Eine Resolution, die sich für die Unterstützung des mit unserem Parteigenossen Riedel in Stichwahl stehenden Herrn Kleitke erklärt, wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Noch bezeichnender sind die Vorgänge in der gestrigen Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Kaiserplatz. Zwar erhob man hier gegen die Aufforderung, Herrn Kleitke zu unterstützen, keinen Widerspruch, doch lehnte man die Forderung, für die Wahlkosten eine Unterstützung von 40 M. zu stiften, glatt ab. Ebenso verweigerte der Verein seine Unterschrift unter ein Flugblatt, das zur Wahl des Herrn Kleitke auffordert. Zum Schluß erklärte ein Redner, daß jedes Mitglied wählen möge, wen es wolle.

Wenn die Wirkung dieser Mißstimmung auch nicht überschätzt werden darf, so zeigt sie doch, wie unzufrieden man mit dem Gegenkandidaten der Sozialdemokratie dort ist, wo man diesen Herrn am genauesten kennt.

Steglitz.

Aus dem Gemeindeparlament. Schöffe Fabarius berichtet über die Tätigkeit der Kommission, der die Abänderung des Ortsstatuts über das Gewerbegericht, betr. Einführung der Verhältniswahl, übertragen war. Die Kommission hatte beschlossen, die bisherige Gruppenwahl auch unter dem Proporz beizubehalten. In einer Sitzung der Beisitzer, zu der vier Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugezogen waren, lehnten jedoch die letzteren die Gruppenwahl entschieden ab, weil sie mit der Verhältniswahl unvereinbar sei. Die Arbeitgeber waren sich nicht klar und wünschten, erst noch mit den beteiligten Kreisen Rücksprache zu nehmen. „Diesem Wunsche der Arbeitgeber konnten wir uns nicht verschließen", sagte Herr Fabarius wörtlich (Die Arbeitnehmer zählen demnach für den Herrn Gemeindeschöffen nicht. D. V.), und beantragte deshalb, die Beschlußfassung über diesen Punkt zu vertagen. Erst nachdem der Berichterstatter die Vertagung beantragt hatte, teilte er mit, daß auch noch eine Resolution einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung eingegangen sei, in der die Gemeindevertretung ersucht werde, aus Gründen einer besseren Auswahl der Beisitzerkandidaten die Gruppenwahl abzulehnen. Die Gemeindevertretung stimmte dem Vertagungsantrage debattelos zu; es läßt sich deshalb nicht beurteilen, inwieweit die Gründe der Arbeitnehmer gewürdigt wurden. Fest steht nur, daß Schöffe Fabarius über jeden Verdacht erhaben ist, auch auf Gründe der Arbeiter etwas zu geben. Für einen unparteiischen Vorsitzenden eines Gewerbegerichts eine eigenartige Empfehlung. Ein Antrag, unser Gemeindewahlrecht dadurch etwas zu verbessern, daß an Stelle des anderthalbfachen Steuerdurchschnittes der einfache zugrunde gelegt werde, fand nicht die nötige Zweidrittelmehrheit; Steglitz behält also den „Ruhm", von allen Vororten das reaktionärste Wahlrecht zu haben. Aus der langen Debatte ging nur hervor, daß es den Antragstellern (Mieterverein) darum zu tun war, in der zweiten Abteilung Einfluß und damit Mandate zu erringen. Um jeden Verdacht ausdrücklich von sich abzuweisen, als ob der Mieterverein auch den Arbeitern größere Rechte durch den Antrag zuschanzen wolle, und um den Hausbesitzern zu beweisen, was für tüchtige Kerle sie doch eigentlich sind, brüsteten sich die Wortführer Radtke und Gädke (früher Oberst) damit, daß der Mieterverein die Sozialdemokratie aus dem Rathaus verdrängt habe. Dabei leistete sich Herr Gädke den famosen Witz, den Hausbesitzern zu drohen, daß sie mit der Ablehnung des Antrages die Steglitzer Bürger veranlassen würden, bei der nächsten Gemeindewahl für die Sozialdemokraten zu stimmen. Die Hausbesitzer lächelten, wohl in dem sicheren Bewußtsein, daß die Kasse des Mietervereins nicht stark genug ist, um die Kosten für die bei solch einer heroischen Tat der Steglitzer „Bürger" verdorbenen — Hosen zu bezahlen. Der Mietervereinsvorsitzende Radtke findet es schrecklich, daß die „gebildeten Bürger" mit einem Einkommen bis zu 7000 Mark in der dritten Klasse wählen sollen, gemeinsam mit dem „durch die Sozialdemokratie vertretenen, ungebildeten Proletariat". Die Hausbesitzermehrheit und der Gemeindevorstand hatten aber kein Mitleid mit dem so furchtbar gebildeten Herrn Rat Radtke; sie ließen ihn und seine Leidensgenossen bei den dummen Sozis in der dritten Abteilung. Herr Steinthal er-

klärte seelenruhig im Namen der Mehrheit, daß sie gar nicht daran denken, durch eine Wahlrechtsänderung ihre jetzige komplette Mehrheit zu zerstören. — Der Punkt: „Aufstellung von festen Grundsätzen über die Behandlung der Etatsüberschreitungen und Nachbewilligungen" wurde von der Tagesordnung zwar abgesetzt, aber vermutlich doch schon danach verfahren. Bisher verlas der Referent immer die einzelnen Posten und es entspann sich regelmäßig eine Debatte. Diesmal teilte Schöffe Mancke einfach mit, daß für Nachbewilligungen und Ueberschreitungen 39 000 Mark gefordert würden. Sie wurden ohne Debatte bewilligt. Grundsatz: Für was, kann der Oeffentlichkeit Wurst sein! — Dem Gemeindevorstand liegt das Wohl aller Einwohner am Herzen, deshalb beantragte er Bewilligung von 5000 Mark für Notstandsarbeiten: Regulierung der Bäke. Weitere 1000 Mark zur Weiterbeschäftigung von Gemeindearbeitern. Wurde natürlich bewilligt!

Steglitz-Friedenau.

Die Jugendschriften-Ausstellung, die am Sonntagnachmittag eröffnet worden ist, fand gleich am ersten Tage einen erfreulich guten Besuch. Es konnten auch zahlreiche Bestellungen von Büchern entgegengenommen werden. Am Montag war der Besuch leider nur gering. Wir machen die Genossen und Genossinnen von Steglitz und Friedenau noch einmal auf die günstige Gelegenheit aufmerksam, in einer übersichtlichen Anordnung die gesamten 184 Jugendschriften des Verzeichnisses des Bildungsausschusses sehen und prüfen zu können. Jeder Arbeiter, der in den letzten Tagen vor Weihnachten auch nur einen Groschen für einen wertlosen Bücherschmarren ausgibt, begeht eine Versündigung an seinen Kindern. Die sämtlichen Büchereinkäufe für Weihnachten müssen in dieser Woche in der Ausstellung (Schloßstraße, Ecke Flensburger Straße) besorgt werden.

Lichtenberg.

Arbeiterentlassungen im hiesigen Gaswerk. Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter wird uns geschrieben: Erst kürzlich hatten wir Veranlassung, uns mit den Zuständen im städtischen Gaswerk zu beschäftigen. Wir kritisierten die teilweise Wiedereinführung der zwölfstündigen Arbeitszeit, die damit begründet wurde, „daß nicht genügend Leute zur Verfügung seien." Unsere damalige Kritik hatte denn auch den Erfolg, daß die 12stündige Schicht beseitigt wurde. Im krassen Gegensatz zu den damaligen Ausführungen über Arbeitermangel steht die am letzten Sonnabend erfolgte Entlassung von 14 Gasarbeitern wegen Arbeitsmangel. Während allerorts die Gemeindeverwaltungen bestrebt sind, durch Inangriffnahme minder dringender Arbeiten oder durch Notstandsarbeiten der Arbeitslosigkeit in größerem Umfange zu steuern, erleben wir hier, daß die Verwaltung die Arbeitslosigkeit noch vermehren hilft. Unter den Entlassenen befinden sich Arbeiter, die über vier Jahre ununterbrochen bei der Verwaltung beschäftigt waren. Als „Weihnachtsgeschenk" für mehrjährige Tätigkeit in Diensten der Stadt wird ihnen die Entlassung zuteil. Dabei ist von Arbeitsmangel keine Rede. So könnten z. B. bei dem notwendigen Abriß des einen Gasbehälters alle entlassenen Arbeiter beschäftigt werden. Eine Sparpolitik ist nach dieser Richtung zurzeit nicht am Platze. Die Zeit der wirtschaftlichen Krise fordert gebieterisch, daß die Städte Sozialpolitik treiben.

Eine Weihnachtsfeier für Kinder der Parteigenossen, verbunden mit Märchenvorlesung, findet am Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 2½ Uhr im Lokal von P. Schwarz, Dorfstraße 25/26 statt. Es werden die Genossen ersucht, ihre Kinder zahlreich daran teilnehmen zu lassen.

Treptow-Baumschulenweg.

Zum Weihnachtsfest sind in der Parteispedition beim Genossen Hornig, Marientaler Str. 13, vorn 1 Treppe, eine große Auswahl von Werken, Schriften, Bildern, Bilderbüchern usw. angeschafft worden. Die Arbeiterschaft wird ersucht, bei eventuellen Einkäufen obige Parteispedition zu berücksichtigen. Die Ansicht der Ausstellung steht jedermann frei.

Wannsee.

Der letzten Gemeindevertretersitzung lag u. a. ein Antrag der Verkehrsdeputation vor, zu den bereits bewilligten 3000 M. für den elektrischen Omnibus noch 300 M. zu bewilligen, da die Einrichtung eines halbstündigen Verkehrs erfolgen soll. Dem Antrage wurde mit der Bedingung zugestimmt, daß die Amtsdiener, Gendarmen und der Straßenmeister im Dienst freie Fahrt haben. Mit der Einrichtung eines Wochenmarktes erklärte sich die Vertretung einverstanden. Es soll, sobald die Sache vom Oberpräsidenten genehmigt ist, über die Platzfrage entschieden werden. Einem Antrage der freiwilligen Feuerwehr, ihr die leerstehenden Beamtenwohnungen in der Mädchenschule zur Abhaltung von Instruktionsstunden zur Verfügung zu stellen, stimmte die Vertretung zu.

Wilhelmsruh-Rosenthal.

Die Gemeindevertretung lehnte in ihrer letzten Sitzung die Abnahme der Jahresrechnung ab, weil der Abschluß der Einnahmen und Ausgaben zu unübersichtlich ist und außerdem Etatsüberschreitungen vorgekommen sind, welche noch nicht bewilligt waren. Der Antrag des Schulvorstandes, noch zwei neue Lehrer anzustellen, wurde angenommen. Die Einrichtung, katholischen Religionsunterricht an 20 Kinder zu erteilen, wurde vorläufig nicht für nötig befunden. Die Turnhalle der neuerbauten Schule droht infolge schlechter Ausführung einzustürzen; der Bau muß jetzt aufs neue ausgeführt werden. Das Guthaben des Bauführers ist deshalb einbehalten worden. — Sonderbare Preisunterschiede haben sich bei der Vergebung der Betonarbeiten im Submissionswege ergeben. Die Firma Sollwedel-Berlin forderte pro Quadratmeter 11 Mark, während die höchstfordernde Firma 25 Mark verlangte. Den Zuschlag erhielt die Firma Sollwedel. — Der Rosenthaler Dorfpfuhl sollte zugeschüttet werden; die Gemeindevertretung lehnte dies jedoch ab, weil er bei starken Regenfällen eine gute Vorflut sei, andererseits aber auch als Ersatz dafür große Regenentwässerungsanlagen geschaffen werden müßten. Eingelaufen war noch eine Petition der Ladeninhaber um Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. Von 66 erklärten sich bei der Abstimmung 54 dafür. Es wird nun in nächster Zeit eine amtliche Abstimmung hierüber stattfinden.

Spandau.

Ein Kämpfer für die Sache des Proletariats ist uns in dem Genossen Paul Bauer, von Beruf Böttcher, durch den Tod entrissen worden. Die Beerdigung findet am heutigen Nachmittag 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Es werden die Genossen zu Ehren des Verstorbenen ersucht, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen.

Nowawes.

Ueber das Thema: „Was ist Wahrheit" referierte Genosse Stern-Berlin in einer zahlreich besuchten Volksversammlung. Die Geistlichkeit, welche eingeladen war, hatte sich brieflich mit Zeitmangel Abhaltung von Teeabenden entschuldigt. Genosse Stern kennzeichnete dieses Verhalten seiner früheren Amtsbrüder und erklärte, wenn die Geistlichen keine Zeit hätten, zur Arbeiterschaft zu kommen, dürfte diese auch keine Zeit haben, zu ihnen, das heißt zur Kirche, zu gehen. Auf sein eigentliches Thema übergehend, zeigte Redner in interessanter Weise, wie die geistige und kulturelle Entwickelung im Laufe der Jahrhunderte fortgeschritten ist und eine fortwährende Forschung nach Wahrheit stattfindet. An den verschiedenen Religionen erläuterte er, wie dieselben in steter Umbildung begriffen sind, und forderte die Versammelten auf, den Kampf um Wahrheit und Freiheit energisch aufzunehmen. In der Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, forderten verschiedene Redner zum Austritt aus der Landeskirche auf.

Potsdam.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erstattete der Vorsitzende als Obmann des Bildungsausschusses den Bericht über das abgelaufene Jahr. Redner erwähnte, daß nach Weihnachten verschiedene Vorträge in Aussicht genommen sind. Der jetzt aus Kartell- und Wahlvereinsmitgliedern zu gleichen Teilen bestehende Ausschuß wird in nächster Zeit ein bestimmtes Programm vorlegen. Der Kassierer macht darauf aufmerksam, daß der am Mittwoch, den 16. Dezember, stattfindende Zahlabend möglichst von allen Genossen besucht werden soll, da mit dem 1. Januar 1909 neue Mitgliedsbücher für den Kreis eingeführt werden. Am 2. Weihnachtsfeiertag findet im „Viktoriagarten" ein Vergnügen des Wahlvereins statt. Eingehende Besprechung fanden dann noch einige lokale Vorgänge. Aufgenommen wurden vier Mitglieder.

Versammlungen.

Die Lederarbeiter hielten am Sonnabend ihre Jahresschlußversammlung ab. Der Kassierer Burkhardt gab die Abrechnung. An Einnahmen der Ortsverwaltung sind zu verzeichnen: Kassenvorschuß 1477,48 M. Eintrittsgeld a 25 Pf. 0,25 M., a 50 Pf. 13 M., Beiträge a 25 Pf. 11,75 M., a 50 Pf. 1386 M., a 60 Pf. 2382,90 M., macht zusammen 5268,38 M. Die Ausgaben betrugen: Streikunterstützung 31 M., Reiseunterstützung 35,85 M., Ortsunterstützung 2891,35 M., Familienunterstützung 600 M., Umzugsentschädigung 83,20 M., Notstandsunterstützung 60 M., Sterbegeld 50 M., Agitation 70,85 M., Porto 21,03 M., Remuneration 4 Proz. 151,64 M., 6 Proz. für örtliche Ausgaben 227,46 M. An die Hauptkasse gesandt 1500 M., Kassenvorschuß für das III. Quartal 639,97 M., ergibt die Summe von 5268,38 M. — Kassenbericht der Lokalkasse: Bestand vom II. Quartal 1908 2117,15 M., die Einnahme des III. Quartals ergab 2600,90 M., bleibt Bestand mit Einnahme: 4718,05 M. Dem steht eine Ausgabe von 1949,33 M gegenüber, so daß der Bestand für das IV. Quartal 2768,72 M. aufweist. Dem Kassierer wird einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben folgendes Resultat: Runge, der seinen bisherigen Posten im Zentralvorstand freiwillig niederlegt, als 1. Vorsitzender mit überwältigender Majorität wiedergewählt. Der 2. Vorsitzende Weiß behält sein Amt weiter. Burkhardt als Kassierer wiedergewählt, während Menger als Revisor aus der Wahl hervorgeht. In nächster Zeit sollen Vorträge über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgesetze veranstaltet werden.

Vermischtes.

Folgenschwerer Brückeneinsturz.

Nach einer Meldung aus Chemnitz, 8. Dezember, ist gestern nachmittag in der dritten Stunde in Grünhainichen eine Interimsbrücke eingestürzt. Dabei sind zwölf Personen verunglückt. Eine davon ist tot, acht sind leicht und drei schwer verletzt.

Ein marokkanisches Idyll.

Aus Paris wird berichtet: Ein Telegramm aus Casablanca meldet: der Franzose Mercier tötete den Italiener Rubino, während beide den Pächter Amieux bestehlen wollten. Als Mercier sich weigerte, Amieux zu ermorden, suchte Rubino aus Furcht, von seinem Genossen verraten zu werden, diesen durch einen Revolverschuß zu töten. Die Kugel ging aber fehl, worauf Mercier den Rubino niederschoß.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft in Gänsen flau, sonst lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise teilweise etwas anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Als Geschenk!
Zu Weihnachten und Neujahr empfehlen wir
schön ausgestattete Körbchen mit unseren feinsten unübertroffenen Likörfabrikaten
z. B.: Nervus rerum, El-Kognak, Cocktail, Cherry-Brandy, Choriner, Abtey, Allasch, Curaçao, Kognak, Punschextrakte etc.
von 5 bis 20 Mark,
Ausstattung nicht berechnet.
Zu beziehen direkt oder aus allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen. 11/18*
Hermann Meyer & Co. A.-G.
Berlin N., Wattstraße 11/12.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!
Das Waschmittel der Zukunft!
Persil
Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche
Garantiert chlorfrei und unschädlich.
Millionenfach erprobt
Alleinige Fabrikanten Henkel & Co., Düsseldorf
In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstr. 11.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 7, II. (Städt. Börse).

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115/1, a. Oranienbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Die erste Grossmacht
ist und bleibt das größte und leistungsfähigste Kreditunternehmen. Wir offerieren mit beispielloser Billigkeit nachstehende Preise:
Moderner Herren-Anzug vorzügl. Qualität Anzahl. v. 4.00 M. an
Elegant. Winter-Paletot beste engl. u. deutsche Ware, Anz. 4.00 M. an
Schicke Direktoire-Kostüme in bester Verarbeit. Anzahl. v. 4.00 M. an
Feinster Damen-Paletot ausgt. Diagonalstoff Anzahl. v. 4.00 M. an
Auf
Kredit
empfehlen wir in unerreichter Auswahl:
Herren- u. Damen-Garderobe
Wir machen extra darauf aufmerksam, dass auch das billigste Stück garantiert gut verarbeitet und nur aus haltbaren Qualitäten hergestellt ist
Anzahlung von 3 M. an. Rate von 1 M. an.
Wir bitten in Ihrem eigenen Interesse um Lagerbesichtigung.
M. Glogau nur Alte Jacobstr. 73 Ecke Dresdenerstr. Keine Filialen.
C. Wachsmann & Co. Reinickendorferstr. 15 direkt am Weddingplatz neben der Feuerwache.
Paul Neugebauer Nachf. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 81.

46 eigene Dampfer.
„Nordsee"
Probieren Sie unsere
Riesen-Salz-Lachsheringe
Sie werden diese anderen vorziehen, weil dieselben durch ihre Größe wie durch ihr fettes weißes Fleisch andere Heringe übertreffen.
Vorzüglich geeignet
zum Heringssalat.
Wir empfehlen dieselben
per Stück mit 10 Pf.
3 Stück wiegen ca. 2 Pfund.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
„Nordsee"
Hauptfiliale BERLIN O., Bahnhof Börse. — Tel. III, 8804.
Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94.
Schlesisch. Bahnhof, Bog. 6/9.
Invalidenstraße 131.
Große Frankfurter Str. 85.
Potsdamer Str. 112a.
Wilmersdorfer Str. 111.
Wilsnacker Str. 57.
Spandau, Breitestr. 54.
Eigene Eisenbahn-Kühlwagen.

Pelzwaren
eigener Fabrik
Verkaufe nach beendeter Engros-Saison Pelz-Stolas, Muffen, Kindergarnituren zu sehr bill. Preis. Enorm große Ausw.
H. Bonin,
Kürschnermstr., Weißenburgerst. 60 (Kein Laden).
Rep. werd. i. eig. Werkst. eng. Verzeiger dieses Ins. erhalten trotz d. billigen Preise extra 5 % Rabatt.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt | Belle-Alliancestrasse | Grosse Frankfurterstrasse | Brunnenstrasse | Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!

Mama!
Ich gehe aufs Eis!

Schnell noch eine Tasse Bouillon aber **nur** von Bouillon-Würfel Marke **„Krone“**

1 Würfel für 5 Pfennig

Ueberall käuflich.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung. Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Christbaumschmuck für Wiederverkäufer billigst Rungestraße 18.

Teppiche, fehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1501R*

Plüschportieren, Musterexemplare für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Steppdecken, spottbillig. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Hermannplatz 6! Großberlins Einkaufsvorteil! „Vielttausenden Großberlins und Umgegend wird Gelegenheit geboten, allerlei notwendigste, vielseitigste Einkaufsbesorgungen zum bevorstehenden Weihnachtsfeste staunendbillig anzuschaffen.“ Ueberbürdete Warenansammlung erfordert wiederum den ausnahmsweisen extrabilligen Warenverkauf! Riesenauswahl Pfänderverkauf! Staunendbillige Winterpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Pelzstolas! Allerbilligste Festgeschenke! Goldsachen! Damenuhren! Damenketten! Herrenuhren! Herrenketten! Allerlei Schmucksachen! Wanduhren! Teppichauswahl! Steppdecken! Plüschtischdecken! Gardinenauswahl! Bettenauswahl! Wäscheauswahl! „Bequemste Fahrverbindung!“ Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet.

Steppdecken, großer Weihnachts-Ausverkauf. Bollatlas, Similiseide usw., wundervolle Steppereien, jetzt: 2,75, 3,85, 4,75 bis 10,00, Wert bedeutend höher. Richard Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten Rabatt. 1517R*

Plüschtischdecken, großer Weihnachts-Ausverkauf, wundervoll bestickte, beste Qualitäten: jetzt 5,85, 6,75, 7,50. Richard Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten Rabatt. 1518R*

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. Weltbekannte Pfandleihe! 50 Prozent billiger wie im Laden. Goldsachen, passend zum Weihnachtsgeschenk. Winterpaletots, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Knabenanzüge von 3,50 Mark an, Monatsgarderobe, für jede Figur passend, aus den feinsten Werkstätten Berlins, Betten, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. Bitte sich zu überzeugen. 20/20*

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Harzer Kanarienhähne, sprechender Papagei Restaurant, Kommandantenstraße 52. 1520R*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

1000 neue Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, gebe auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1305R*

Pfandleihhaus!! Rixdorf, Bergstraße 58. Pfänderverkauf! Festgeschenke! Goldsachen! Uhrenverkauf! Freischwinger! Winterpaletots! Herrengarderobe! Teppichverkauf! Aussteuerwäsche! Bettenverkauf! Gardinenauswahl! Spottpreise! 1482R*

Bronzegaskronen für Händler und Installateure. Alte Jakobstr. 125.

Puppenwagen spottbillig Badstraße 32. 2897b*

1000 Teppiche, Prachtstücke einzelner Musterteppiche. Einen großen Posten Plüschportieren, Stores, Steppdecken verkauft bis zur Hälfte des regulären Listenpreises Teppichfabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1385R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Tischdecken (reich gestickt), in Viktoriatuch 1,85—10 Mark, in Velvetplüsch 4,85—25. Saison-Extrapreise Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1153R*

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 M. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. Sonntag den ganzen Tag. 266/14*

Steppdecken, Bollatlas und Similiseide 3,25, 3,85, 4,85, 5,00, 5,75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1523R*

Plüsch- und Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.

Tülldecken in weiß und crême 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 1525R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1526R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1527R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1529R*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Nähmaschine, gebrauchte, 15 Mark. Büttner, Andreasstraße 79. 1470R*

Baustelle Berlin O. Rute 1325 Mark mit Priorität, genehmigter Zeichnung und Baugeld zu verkaufen. Offerten unter T. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts“. 945

Sensationell! Bis Weihnachten muß das enorme Lager hochmoderner Winterpaletots, Herrenanzüge, Hosen geräumt werden. Wir verkaufen deshalb zu spottbilligen Preisen Winter-Paletots und Anzüge, früher 30—60 Mark, jetzt 15—30 Mark. Hosen früher 10—20 Mark, jetzt 5—12 Mark. Sonntag bis abends geöffnet. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Geschäftsverkäufe.

Schnell, diskret verkaufen Geschäfte, Grundstücke Gornikiewicz & Co., Oranienstraße 149. Telephon 4, 11611.

Parteilokal, Verkehrsstraße Rixdorf, sofort. Auskunft Friedelstraße 41, Kohlengeschäft. †98

Parteilokal krankheitswegen verkauft sofort Becker, Blumenstraße 49.

Eckrestaurant, bekanntes, verkauft nach sechsjährigem guten Betrieb wegen Todesfall und Krankheit sofort preiswert. Muskauerstraße 12, neben der Markthalle. †2

Restauration am Stettiner Bahnhof, flotter Frühstücks- und Mittagsverkehr, krankheitshalber sofort billig verkäuflich. Auskunft Paradisk, Gabelsbergerstraße 5. 21/14

Zigarrengeschäft, guter Nebenerwerb, billig Rhinowerstraße 10.

Restauration krankheitshalber billig verkäuflich, schöne Wohnräume, Brüsselerstraße 25. †80

Restauration sofort zu verkaufen. Allzeit, Müllerstraße 118. †80

Restaurant, Parteilokal, Zahlstelle mehrerer Vereine. Wegen Uebernahme meines Grundstücks spottbillig. Miete 105 Mark. 1000 Mark Brauereihilfe. Näheres Fahl, Adolfstraße 26.

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube, Küche. Anzahlung 15 Mark an. Verliebten gewesene Möbel spottbillig. „Berolina“, Kastanienallee 49.

Möbel! alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Lombardspeicher, Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 266/13*

Sie sind entzückt, wenn Sie sich meine Ausstellung von Wohnungseinrichtungen ansehen. Spottbillige Preise. Enorme Auswahl in Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, selten schön, mit dreiteiligem Spiegelschrank 875,—. Wunderhübsche bunte Küchen 60,—. Einzelne Möbel jeder Art. Eigene Werkstätten. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. 1420R*

Möbel, ganze Wohnungs-Einrichtungen spottbillig. Wiehr, Petersburgerstraße 62. 1436R*

Umständehalber spottbillig, fast neu: 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, sechs Stühle, Spiegelpfeiler, Spiegel, Gaskrone, komplette Küche Böhmstraße 30, I links. 1409R*

Krautstraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Kleiderschrank 27,00, Vertiko 27,00, Englische Bettstellen, reelle Matratzen 20,00, Sofas 15,00, Plüschsofas 50,00, Trumeaus, Küchenmöbel, um Räumung jeden annehmbaren Preis bis Freitag. Krautstraße 50. 1008

Sofort verkäuflich: Zwei englische Bettstellen, Plüschsofa, Vertiko, Kleiderschrank, Teppich, Portieren, Säulentrumeau, Kanarienvogel, Ausziehtisch, moderne Küche billigst Chausseestraße 52, vorn II, Flureingang, Hasemann. 1015

Bettstelle, Seegrasmatratze, verkauft billig Admiralstraße 22 II, Lenz.

Musik.

Konzertplatten, Walzen, staunend billig, Lothringerstraße 40. 1469R*

Sprechmaschinen, Phonographen, Teilzahlungen ohne Preisaufschlag, Lothringerstraße 40. 1468R*

Grammophone, Phonographen, Platten und Walzen, besonders preiswerte Weihnachtsangebote, auch gegen Teilzahlung. Neanderstraße 8. *

Pianino, hohes, nußbaum, 150, (umbauhalber) Turmstraße 8 I.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. [*

Verschiedenes.

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Patentanwalt Weisel, Grüchmerstraße 94a. 2555R*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1008R*

Platina, Gold, Bruchgold, Kehrgold, Staubgold, Silber, Gebisse, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstraße 29, Telephon 4 6958.

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Einrahmungen, Vergolderei, Glaserei. Urban, Schöneberg, Bahnstraße 44. †125*

Tüchtige Sattler auf Stellkummete
(Teilarbeiter) für sofort **nach Wien** gesucht. Reisekosten werden vergütet. Reflektanten werden gebeten, sich an die Firma
Pabst & Wackernell, Wien VII,
Lerchenfelderstr. 143, zu wenden. 158/11

Für eine ausländische **Heeresausrüstungsfabrik** werden
Riemer für Sattel- und Kummet-Arbeit gesucht.
Reflektanten mögen ihre Offerte mit näheren Angaben unter **„U. H. 2632“** an **Haasenstein & Vogler** (Jaulus & Co.). Budapest, einsenden. 252/4*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Arbeiter-Gesangverein sucht Dirigenten (Pianino). Offerten unter „Dirigent“ mit Angabe des Honorars sind niederzulegen bei Suddring, Friedrichsfelde, Berlinerstraße 98.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
R. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 38.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Weiße, Nazarethkirchstr. 49.
L. Techand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
R. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Weckert, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
Tachn, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifert, Kronprinzenstr. 4.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bänmler, Martin Lutherstr. 59

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 89.

Reinickendorf:
P. Gursch, Kamekestr. 12.

Treptow: 245/9*
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.